Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Absender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID–Nummer	Exemplare
	3	

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID–Konto überweisen–sonst meinen wir; ihr wollt keinen ID mehr
UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

Nr. 204

Posteinlieferung des letzten ID: **Freitag, 11. November 77**



Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WÖCHENTLICH NR. 204 18. NOVEMBER 1977
Redaktionsschluß: Donnerstag, 16.00 Uhr

D 1870 CX

frankfurter informationsdienst
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

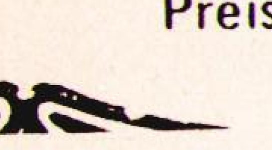
KONTAKTZENTRE

2000 hamburg
hälfte des himmels
schluterstr.79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel.0234/702336

5000 koln
der andere buchladen
zulpicherstr.197
0221/420214

7400 tubingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr.20



BILDERDIENST IM ID

Postfach 90 03 43, Hamburger Allee 45
6000 Frankfurt/Main 90
Tel.: 0611/ 70 43 52
PSchKto: Ffm 360 811 - 608
Preise: 5 DM pro Sendung plus 1,50 DM pro Bild

Neue Bilder im Bilderdienst

- neue Bilder vom Stammheimer Begräbnis
- Schweizersoldatenkomitees
- 500-Jahrfeier in Tübingen
- Bilder von einer Faschistenkundgebung in Hannover mit Bullenüberfällen auf antifaschistische Gegendemonstranten
- Bilder aus Guniea - Freiheitskämpfer - Dschungelschulen etc.
- Bilder aus Amerika - Banküberfälle - aus der Bürgerrechtsbewegung, sowie ältere Aufnahmen der Black Panthers (Bobby Seale etc.) und aus der Zeit von 64 bis 70, Bilder aus der amerikanischen Studentenbewegung: Berkeley People's Park etc.
- wahnsinnig gute Bilder amerikanischer Indianer: Portraits, Aufnahmen des täglichen Lebens, des Widerstands etc.

WOHNGEMEINSCHAFTSERFAHRUNGEN DOKUMENTIERT

DER "RADIKALEN-ERLASS" FÜR RÄUME

GIESSEN
November 77

Aus Gießen ging uns eine Meldung zu, die zu denken gibt. Da wird in einem Mietvertrag, abgeschlossen zwischen Studentenwerk Gießen und dem LHV gefordert:

"...8. Der Veranstalter verpflichtet sich, Handlungen und Willensbekundungen (Plakatierung, Aufrufe, Vertrieb von Drucksachen, Gebrauch von Hoheitszeichen etc.), welche gegen die Verfassung und Rechtsordnung der Bundesrepublik gerichtet sind, zu unterlassen bzw. zu unterbinden. ..."



SOLIDARITÄT MIT INFO BUG UND ROTER HILFE

KÖLN
12. November

Zur Veröffentlichung übersendet die Freie Arbeiter Union (FAU) nachfolgenden Beschluß der Internationalen Arbeiter-Assoziation:

Das Sekretariat der Internationalen Arbeiter-Assoziation (IAA) (Anarchosyndikalistische Internationale), versammelt am 31.10.77 in Paris, drückt seine Solidarität aus mit den verhafteten Genossen der Zeitung ‚Info-Bug' und der Roten Hilfe West-Berlin. Es verurteilt die brutalen Unterdrückungsmaßnahmen in der BRD und fordert die sofortige Freilassung der

ZUM TOD VON INGRID SCHUBERT

MÜNCHEN
15. NOVEMBER

PRESSEERKLÄRUNG der Anwälte Waechtler, Bendler und Gaugel vom 15.11.

...

„Schon jetzt ist es notwendig, auf folgende Umstände hinzuweisen. Nach ihrer Verlegung in die Justizvollzugsanstalt (JVA) Stadelheim etwa Mitte August 1977 wurde die Strafhaft an Frau Schubert bis zu ihrem Tode in Form der strengen Isolation vollzogen. Frau Schubert hatte keinen Kontakt mit Mithäftlingen. Der Hofgang mußte allein durchgeführt werden....

Während der über sechs Wochen dauernden Kontaktsperre war sie zusätzlich hermetisch von der Außenwelt abgeschlossen. Nach der Aufhebung der Kontaktsperre dauerte die Isolation an, und sie wurde nachgerade noch verschärft durch nun eingesetzte massive Überwachungsmaßnahmen. Ihre Zelle wurde täglich rund um die Uhr in Abständen von einer viertel Stunde kontrolliert....

Auch nachdem „nur" alle halbe Stunde kontrolliert wurde, berichtete sie, daß sie durch die Geräusche jedes Kontrollganges, die bei dem niedrigen allgemeinen Geräuschpegel in der abgeschlossenen Abteilung umso eindringlicher waren, stets aus dem Schlaf gerissen wurde.

Unmittelbar nach dem Bekanntwerden von Waffenfunden in Stammheim, berichtete Frau Schubert ihren Verteidigern, sei sie ohne Angabe von Gründen einer zwangsweisen körperlichen Durchsuchung unterzogen worden. Sie hatte keine Gelegenheit, ihre Verteidiger zu verständigen. Die Durchsuchung machte nicht beim vollständigen Entkleiden halt. Es wurde gegen ihren Willen unter Anwendung von Gewalt eine gynäkologische Untersuchung durchgeführt. Dabei haben zwei männliche „Pfleger" mit Gewalt ihre Beine festgehalten. In dieser nicht nur schmerzhaften, sondern auch entwürdigenden Situation habe sie sich gewehrt und soll einen Pfleger in die Hand

11.11.77, beim bayerischen Staatsministerium der Justiz gestellt.

Sollte aufgrund der weiteren Ermittlungen feststehen, daß Frau Schubert sich selbst getötet hat, so kann nach ihren eindringlichen Berichten nicht mehr ausgeschlossen werden, daß die Isolations- und Überwachungsmaßnahmen mitverantwortlich sind.

...

Obwohl das bayerische Staatsministerium der Justiz offenbar von der Selbstmordthese als feststehender Tatsache ausgeht, werden in Bayern immer noch Häftlinge isoliert. Rolf Pohle, der sich bis zur Kontaktsperre ohne besondere Vorkommnisse im Normalvollzug in Straubing befand, ist seither in unausgesetzter strenger Absonderung von den übrigen Gefangenen. Nach dem Tode von Ingrid Schubert wurde ihm zusätzlich das Radio abgenommen. Alle halbe Stunde...wird er kontrolliert. An Schlaf ist nach dieser Behandlung nach seinen Angaben nicht zu denken.

Diese Reaktionen auf die Vorgänge von Stadelheim werden unserer Ansicht nach nicht verhindern, was sie verhindern sollen. Sie werden im Gegenteil dazu führen, daß die betroffenen Gefangenen in eine psychische Ausnahmesituation manövriert werden, die dann niemand mehr steuern oder kontrollieren kann...

In dieser Situation fordern wir das Staatsministerium dringend auf, die angeordneten Isolationsmaßnahmen rückgängig zu machen, gerade weil die persönlichkeitszerstörenden Folgen einer Isolierung absehbar sind, und ein Staat, der dazu verpflichtet ist, das Leben der ihm anvertrauten Gefangenen unter allen Umständen zu schützen, für ein ausreichendes Maß sozialer Beziehungen zu sorgen hat..."

KÖLN
10. November

Über den "Verein für kommunkatives Leben" ist jetzt endlich eine Dokumentation erschienen. Es geht um Wohngemeinschaften im allgemeinen, Kooperationsversuche, die Geschichte des Vereins, die Teestube als Kontaktzentrum, um die Probleme und Schwierigkeiten, Wohngemeinschafts-Erfahrungen usw.

Die Dokumentation könnt ihr bestellen für DM 3,50 bei K-Putt 2, Königstr. 43, 5040 Brühl.

& 88 A VOR GERICHT

BOCHUM
17.November

Nachdem das 88a -Verfahren gegen den "Anderen Buchladen" in Köln vorerst verschoben wurde, hat sich die Staatsschutzkammer Dortmund mit der Terminierung des in der Sache gleichen Prozesses gegen den "Politischen Buchladen" in Bochum sehr beeilt:

Nur 14 Tage vor Beginn der Gerichtsverhandlung teilt der Richter mit, daß die Hauptverhandlung gegen Thomas K. am 2./6./ und 13. Dezember jeweils um 9 Uhr vor der ersten Strafkammer des Landgerichts Dortmund, Kaiserstr. 34, Zi24 stattfinden soll.

Gegenstand der Anklage sind, neben einem versuchten Autodiebstahl, wie in Köln der Vertrieb des "Revolutionären Zorn" Nr.2 (Zeitung der Revolutionären Zellen) (§ 88a) sowie die Unterstützung einer kriminellen Vereinigung (§ 129a) durch eben diesen Vertrieb.

**Kontaktadresse: Politischer Buchladen
im Westenfeld
4630 Bochum**

Gefangenen.

Mit freiheitlichen Grüßen, Freie Arbeiter Union, Mitglied der IAA, das Nationalkomitee.

KONTAKTE ZU GEFANGENEN GESUCHT

*DORTMUND
15. November*

Aus Dortmund erhielten wir folgenden Brief:

"Wir sind ein paar Leute aus Dortmund und wollen Knastarbeit machen. Wir haben vor, die ganze Sache aber nicht nur auf "Politgefangene" zu beziehen, sondern auf ganz "Normale". Auf jeden Fall wissen wir für den Anfang ganz schön wenig, z.Bsp. noch nicht mal wie wir Kontakte zu Gefangenen kriegen. Nachdem wir vor ein paar Wochen einigen Knastgruppen geschrieben haben, sie sollten uns mal konkrete Sachen dazu und zur sonstigen Knastarbeit mitteilen, sind wir jetzt ganz schön frustig, weil keiner drauf geantwortet hat. Wir hoffen, daß sich mal ein paar aufraffen, uns zu schreiben, da wir sonst noch nicht mal anfangen können."

Kontaktadresse:

Rosy Breitkopf, Sudermannstr. 20, 46 Dortmund 1

"POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG IN OLDENBURG"

OLDENBURG
10. November

In Oldenburg hat die Unterstützergruppe für ein Russell-Tribunal ihr erstes Info herausgegeben: 'Politische Unterdrückung in Oldenburg'. Zu beziehen gegen DM 1,50 plus Porto bei: Münzenberg-Buchversand, Bergstr. 1, 29 Oldenburg.

gebissen haben. Folge war die Verhängung einer sogenannten Einkaufssperre als Hausstrafe.

...

Der letzte Verteidigerbesuch fand zwei Tage vor ihrem Tod statt. Rechtsanwalt Bendler konnte dabei keine Anhaltspunkte für eine Selbsttötungsabsicht erkennen. Im Gegenteil nahm die Frage der Verlegung aus Stadelheim breiten Raum in der Besprechung ein. Rechtsanwalt Bendler gewann den Eindruck, daß sich Frau Schubert durchaus langfristig planend mit der Art ihrer künftigen Strafvollstreckung beschäftigte. Fazit war der ausdrückliche Auftrag, einen Antrag auf Verlegung in die örtlich zuständige JVA Preungesheim-Frankfurt zu stellen. Dabei entsprach es dem ausdrücklichen Wunsch von Frau Schubert, in den sogenannten Normalvollzug überführt zu werden, d.h. in jene Form der Strafvollstreckung, wie sie bei jedem beliebigen Häftling angewandt wird. Hintergrund dieses Wunsches war ihre Erfahrung mit der bis dahin fast dreimonatigen Isolation und ihren Auswirkungen. Frau Schubert hatte diese Erfahrungen in einem mehrseitigen schriftlichen Bericht niedergelegt, dessen wesentlichen Inhalt sie ihrem Verteidiger bei seinem letzten Besuch vortrug. Daraus geht hervor, daß die absolute Informationssperre, die permanente Überwachung, die stetige Unterbrechung ihres Schlafes und der Ausschluß von jeglichem sozialen Kontakt mit Mithäftlingen bei ihr zu einem Empfinden einer totalen inneren Leere und zu teilweiser Desorientierung führte, zu einem Zustand, den sie als Dauerstreß bezeichnete. In diesem Zustand, so beschrieb sie, trat das Phänomen einer absoluten Reizbarkeit, sogar teilweise halluzinatorische Vorstellungen auf, die bei geringfügigen Anlässen, wie z.B. Türenschlagen, ausgelöst wurden und Angstzustände hervorriefen. Dies waren für Frau Schubert die Gründe, dringend den sozialen Kontakt mit anderen Häftlingen im Normalvollzug zu fordern. Der Verlegungsantrag wurde am folgenden Tag, dem

PRESSEERKLÄRUNG

FRANKFURT
14. November

Als Verteidiger der Gefangenen Verena Becker teile ich folgendes mit:

Die Gefangene Verena Becker, deren Prozeß am 28.11.1977 vor dem 5. Strafsenat des OLG Stuttgart stattfinden soll, ist seit nahezu vier Monaten in einem Seitentrakt des 7. Stocks der JVA Stuttgart-Stammheim isoliert. Sie hatte lediglich kurze Zeit Umschluß mit den weiblichen Gefangenen aus dem politischen Zusammenhang der RAF, nachdem diese hierfür in den Hungerstreik getreten waren.

Nach der Aufhebung der Kontaktsperre und dem Tode von Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan-Carl Raspe wurden die Haftbedingungen von Verena Becker dramatisch verschärft.
Seit dem 18.9.1977 ist die Zelle von Verena Becker Tag und Nacht beleuchtet. Hierdurch, durch die sonstigen Haftbedingungen und durch eine mit der Einführung der Kontaktsperre unterbrochene zahnärztliche Behandlung wurden erhebliche gesundheitliche Beeinträchtigungen verursacht. Verena Becker leidet unter ständigen Kopfschmerzen, Flimmern vor den Augen, Konzentrationsstörungen, Schwächeanfälle u.a..

Auch nach Aufhebung der Kontaktsperre bleibt der Zugang zu den Medien gesperrt bzw. behindert. Durch Gerichtsbeschluß vom 27.10.1977 wurde die Aushändigung von u.a. (1) 15 Exemplaren der Süddeutschen Zeitung, 9 Exemplaren der Frankfurter Allgemeinen, 11 Exemplaren der Frankfurter Rundschau, 14 Exemplaren der Welt, 3 Nummern des Spiegels und einer Nummer des Stern untersagt.

Die Zelle von Verena Becker wird manchmal mehrmals täglich durchwühlt und in größter Unordnung hinterlassen. Die Durchsuchungen erstrecken sich auch auf Verteidigungsunterlagen. Eine Prozeßvorbereitung ist unter diesen Umständen nicht möglich.

Verena Becker wird entwürdigenden körperlichen Kontrollen unterworfen. Sie muß sich vor und nach jedem Besuch vollständig ausziehen. Nachdem alle Körperöffnungen untersucht worden sind, muß sie neue Kleidung anziehen. Diese körperlichen Untersuchungen werden sowohl vor und nach Privatbesuchen, als auch nach Anwaltsbesuchen durchgeführt, obwohl Anwälte wie Privatbesucher vor den Besuchen ebenfalls intensiv durchsucht werden und während der Privatbesuche jeweils zwei Beamte rechts und links neben der Gefangenen sitzen und jedes Wort und jede Bewegung verfolgen.

Nach dem Tode von Ingrid Schubert wurden die Haftbedingungen unter Mißachtung auch der letzten Persönlichkeitsrechte erneut verschärft.

In der Zelle brennt nachts zuzüglich zu der blauen Lampe auch eine ca. 1m lange Neonröhre, die den Haftraum taghell erleuchtet. Normaler Schlaf ist unmöglich. Hinzu kommt seit dem 13.11. die unglaubliche Tatsache, daß eine ununterbrochene direkte Überwachung stattfindet. Dies geschieht dadurch, daß die Zellentür geöffnet ist und vor die geöffnete ein Tisch gerückt wurde, an dem im Schichtdienst ständig eine Beamtin sitzt, die jede Bewegung der Gefangenen verfolgt. auf dem Gang vor der geöffneten Zelle halten sich ständig weibliche und männliche Justizbeamte sowie Beamte des BKA auf, die ungehindert Einblick in die Zelle nehmen können. Seit dem 14.11.1977 wurde auf dem Flur vor der geöffneten Zelle mit Bauarbeiten begonnen, so daß auch die mit diesen Arbeiten beschäftigten Häftlinge und anstaltsfremden Arbeiter Einblick in die Zelle haben. Zudem ist der Lärm, der durch die Bauarbeiten verursacht wird, so groß, daß eine Verständigung während des heutigen Verteidigerbesuches zeitweise nur unter Schreien möglich war.

Angesichts einer Behandlung, die aus Quälereien, flagranter Mißachtung der Menschenwürde und brutaler Beraubung auch der minimalsten Persönlichkeitsrechte besteht, ist eine Verteidigung nur durch Unterrichtung der Öffentlichkeit möglich.

Unter den derzeitigen unerträglichen Bedingungen, unter denen die geringste Achtung vor der Person und der Würde des Menschen offensichtlich nicht mehr gewahrt ist, ist die Gefangene Verena Becker am 13.11.77 in einen unbefristeten Hunger- und Durststreik getreten.
Sie erklärt, daß die für die neuerlichen Haftverschärfungen Verantwortlichen, diese entweder zurücknehmen, oder eine weitere Tote produzieren werden.

gez. Heinz Funke
Rechtsanwalt

LIBERTE POUR CROISSANT

PARIS 16.11. Ein französisches Appelationsgericht entschied, Klaus Croissant an Deutschland auszuliefern. Von den vielen Anklagen in den Auslieferungsgesuchen ließ das Gericht allerdings nur einen bestehen, nämlich den Vorwurf, Croissant habe ein Informationsnetz unter Anwälten und Gefangenen aufgebaut.

Die Anklagepunkte bezogen sich zum einen auf die Tätigkeit Croissants als Rechtsanwalt in den Jahren 72 - 76, zum anderen wurde ihm selbst terroristische Tätigkeit im Jahre 77 vorgeworfen. Von diesem zweiten Punkt ließ das Gericht überhaupt nichts bestehen.

Die Entscheidung des französischen Gerichts bedeutet, daß Croissant in Deutschland nur für die vom französischen Gericht anerkannten Anklagepunkte vor Gericht gestellt werden kann. Das Justizministerium in Baden-Würtemberg bestätigte dies auf Anfrage und fügte hinzu, daß gelte auch für bereits eingeleitete Verfahren. Wie sehr allerdings die Bedenken des griechischen Gerichts im Fall Rolf Pohle die bundesrepublikanische Justiz beeinflußte, hat die Entwicklung gezeigt, nämlich überhaupt nicht.

Gegen die Auslieferung von Croissant hatten sich neben der radikalen Linken auch die KPF, PS (Sozialistische Partei) und die PSU (Linkssozialistische Partei) ausgesprochen.

Klaus Croissant wurde am Mittwoch, dem 16.11. (Tag des Auslieferungsbeschlusses) gegen 24 Uhr zum Straßburger Militärflughafen Ensheim gebracht und von dort mit einem französischen Militärhubschrauber in das Gefängnis von Stuttgart-Stammheim.

Am Abend des 15.11.77 kam es in Paris und etwa einem Dutzend anderer französischer Städte zu teilweise militanten Demonstrationen. In Paris hatte die Polizei die - verbotene - Demonstration im Norden der Stadt erwartet, die etwa 6000 Leute trafen sich allerdings im Süden.
Am 16.11.77 kam es zu einem Polizeieinsatz gegen etwa 100 Rechtsanwälte, die vor dem Gericht in Paris demonstrierten.

copyright: Max Watts/ID

AUSLIEFERUNGSVERFAHREN GEGEN KLAUS CROISSANT

Paris - Mittwoch 2/11/77 Sitzung der Strafkammer des Berufungsgerichts

Nach dem Plädoyer des obersten Anklägers der Republik (Procureur General). der sich - ein äusserst seltener Fall - höchstpersönlich die Ehre gibt, hat sich die RAF "durch den besonders verabscheuungswürdigen Charakter ihrer Taten jegliche politische Rechtfertigung selbstabgesprochen".

Die Verteidigung haben 14 Anwälte übernommen; neben den französischen 4 deutsche, ein belgischer, ein spanischer & ein italienischer. In ihren 5 1/2 Stunden dauernden Plädoyers konzentrieren sie sich im wesentlichen auf 7 Punkte.

I.) Wenn Bonn versucht, die Angelegenheit zu 'internationalisieren', dann ist es notwendig, eine angemessene, das heißt, ebenfalls internationale Verteidigung aufzustellen. Einmal, um internationale Solidarität mit den von deutscher Justiz und deutschen Behörden bedrängten Anwälten zu bekunden, zum andern, um die Rechte der politischen Verteidigung zu schützen, die durch den versuchten Export von 'Modell Deutschland' auch in anderen Ländern in Gefahr geraten

II.) Die derzeitige Situation in der Bundesrepublik, mit Berufsverbot und einer auf Hochtouren laufenden Anti-Terror- und Anti-Gewalt-Gesetzgebung , immer schärferer Einschränkung bislang anerkannter REchte, ist so besorgniserregend, daß sich das Russell-Tribunal genötigt sieht, hier aktiv zu werden. Insbesondere wird auf die gegen bislang 70 Anwälte laufenden Verfahren wegen ihrem Auftreten in politischen Prozessen hingeweisen (unabhängig von denjenigen Verteidigern, die strafrechtlich verfolgt werden). Mit anderen Worten: die politische Verteidigung in der BRD ist so gut wie "erledigt". Dem Gericht wird mit Auszügen aus Presse-Artikeln und Zitaten führender Politiker ein Eindruck vermittelt vom Geisteszustand im Land der Dichter und Denker: wo eine gewisse "ZEITUNG" den Nobelpreisträger für Literatur auffordern kann, doch abzuhauen, wenn es ihm in diesem Land nicht mehr passe. Dazu eine Äußerung von Böll:" Jetzt sind die Drohbriefe, die ich erhalte, unterzeichnet, die ermutigenden sind anonym. Bisher war es immer umgekehrt."

III.) Die französische wie die deutsche REgierung scheinen auf einem Terroristen-Auge blind zu sein: Terroristen waren und sind auch all die Nazis, die im Nachfolgerstaat des 3.Reiches, Entnazifizierung hin oder her, ein ordentliches Auskommen und zum Teil sogar auf ihre alten Posten zurückgefunden haben, darunter einige namentlich erwähnte Richter. Trotz eines speziellen deutsch-französischen Auslieferungsabkommens für Kriegsverbrecher (das zunächst einmal 15 Jahre lang im Bundestag blockiert worden war - von einem gewissen MdB Achenbach, der selber Dreck am STecken hatte), trotz etlicher Auslieferungsanträge der franz. Regierung, ist vie len dieser Terroristen nichts geschehen. Im übrigen war sogar der 1.Croissant-Auslieferungsantrag von einem einstigen Mitglied der Nazi-Partei unterzeichnet.

IV. u. V.) Zur sogenannten Staatsräson und der ihr angepaßten Taktik der franz. Regierung, die für alle (speziell aber für Bonn, dann auch für das Gericht) deutlich machen will, daß es ihr mittlerweile ernst ist, daß sie Croissants's Auslieferung wünscht. Dieser Beeinflußungsversuch wird auf breitester Front geführt.

1.) Angefangen im Gerichtssaal, durch das in solchen Fällen äußerst seltene persönliche Aurtreten des Procureur General (PS) - was dem Fall schon mal die richtigen Proportionen verleiht.

2.) Durch das massenhafte Polizeiaufgebot im, vor und um den Gerichtssaal - was am eindrücklichsten die Gefährlichkeit Croissant's demonstriert.

3.) Durch den Versuch des von der Regierung vorgeschickten P.G., dem gericht weiszumachen:
   a) die von der Verteidigung erwähnte politische Motivation von Seiten der BRD hinter dem Antrag stünde gar nicht zur Debatte. In dem betreffenden deutsch-französischen Abkommen sei ein derartiger Passus (wonach die Auslieferung im FAll politischer Motivation abzulehnen sei) nicht enthalten. Folglich habe das Gericht über den politischen oder nicht-politischen Charakter überhaupt nicht zu befinden.
   b) im Endeffekt sei es nicht das Gericht, sondern die Regierung, welche die Verantwortung für die Ausweisung übernehme - immer suggerierend, der Fall sei (durch den Willen der REgierung) schon entschieden.

4.) Dieser Eindruck wird per Presse auch in der Öffentlichkeit erweckt; plötzlich kommt es einem vor, als sei diese Sitzung mehr eine Formalität, das letzte Wort aber habe die Regierung.

Dagegen macht die Verteidigung klar:

1.) Sehr wohl stehen politische Motive hinter dem Auslieferungs-Antrag der BRD.

2.) Sehr wohl liegt die Zuständigkeit bei diesem Gericht - es käme allerdings der Regierung sehr gelegen, wenn es sich hinter's Licht führen ließe und eine dem politischen Kalkül genehme Entscheidung fällte.

3.) Dagegen spricht ein (vom P.G. natürlich nicht erwähntes) franz. Gesetz aus dem Jahr 1927, das für alle späteren Abkommen eindeutig festlegt, daß ein Antrag auf Auslieferung abzulehnen sei, wenn dahinter politische Gründe stehen.

4.) Dies ist der Fall. Der 1.Bonner Antrag war pauschal begründet mit 'Anschlag auf die Staatssicherheit' und Croissants 'Kampf für den Umsturz der bestehenden Ordnung' - Beschuldigungen, für die in Frankreich eine Instanz zuständig ist, die sich ausschließlich mit politischen Angelegenheiten befasst.

5.) Soweit konnte der Schriftsatz aber gar nicht vorstoßen: dasselbe Gesetz bestimmt nämlich, daß die einem Beschuldigten zur Last gelegten VErbrechen genau aufgeführt werden, einschließlich Orts- und Zeitangaben. DAvon konnte keine Rede sein, dafür aber

6.) im 2. Antrag eine Verbrechensliste, vor der ein Hitler erblassen müßte: Attentate, Brandstiftungen, Auslösung von Überschwemmungen, Missbrauch von ionisierten Strahlen, die Öffentlichkeit gefährdende Giftanschläge, Versuch der Benutzung von Kernenergie(!). Dazu ist eigentlich nicht viel zu sagen, außer: wann und wo Croissant das alles angestellt haben soll, bleibt im Dunkeln der Köpfe, die sich diese glorreiche Zusammenstellung ausgedacht haben. Die Liste, die vielleicht noch etwas zu reich garnierte, hat mit Croissant selbst nicht viel zu tun - aber: aus dem politischen Verbrecher den man will, muß ein gewöhnlicher gemacht werden. Einen anderen legalen Weg seiner habhaft zu werden, gibt es nicht.

7.) Die vom Gericht zu treffende Entscheidung hat deshalb den politischen Aspekt der sogenannten Staatsräson außer Acht zu lassen. Es ist eine Sache, was eine auf ein paar Jahre gewählte Regierung für richtig, wichtig oder opportun hält. Es ist eine ganz andere Sache, wie ein auf die Verfassung geschworenes Gericht aufgrund von bestehenden Gesetzen zu befinden hat. (Und hier zeigt sich auch schon das Dilemma der Regierung ab, sollte das Gericht am 16.11. in seiner Entscheidung den deutschen Antrag zurückweisen: hält man sich an den Gerichtsentscheid, oder hält man sich an den lieben Nachbarn über'm Rhein?)

VI.) Abgesehen von den schon beschriebenen Versuchen, die Entscheidung des Gerichts in ihrem Sinne zu beeinflussen, haben sich die franz. Behörden auch ganz konkreter Eingriffe schuldig gemacht - so zum Beispiel 'der skandalösen Intervention', den von Bonn gesandten Unterlagen 'eine Note' beizufügen - diskret zwar, aber diese 'Anmerkung der Übersetzerin' (unter dem Vorwand, Schwierigkeiten mit der exakten Übertragung des Ausdrucks 'Höllenmaschine' zu haben) erlaubte dem Ministerium, die Photokopie eines Spiegel-Artikels beizulegen - worin aber nicht die erwähnte Höllenmaschine abgebildet war, sondern Klaus Croissant, Baader, Buback ... comprend le coup?

VII.) Klaus Croissant wird dem Gericht von der Verteidigung beschrieben als 'weder Militanter noch Guerillero', sondern als Anwalt, der sich eingesetzt hat für die Rechte seiner Mandanten, später für den Schutz der Verteidigung über haupt; der als Anwalt dem Prozeß der allmählichen Kriminalisierung ausgesetzt war und heute dem Gericht als Großverbrecher verkauft werden soll - "er würde die Haft nicht überleben in einem Gefängnis, in dem 7 seiner Mandanten den Tod gefunden haben".

Schlußwort von Croissant:" Ich bitte Sie, mich nicht meinen Todfeinden auszuliefern." Am 16.November kommts raus.

Nachtrag und Bestätigung: Um den Argumenten der Verteidigung mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen, wurden die vier deutschen Anwälte bei ihrer Rückreise in die BRD am Grenzübergang Saarbrücken über 4 Stunden lang gefilzt und verhört, bevor sie in ihr eigenes Land einreisen durften.

aus Liberation 4/11/77

" DER ANKLÄGER VON BAADER UND CROISSANT IST EIN ALTER NAZI"

STUTTGART/PARIS 16.November Ernst Schuele ist Generalstaatsanwalt in Baden-Württemberg. In der französischen Zeitung "Le Matin" vom 11.11.77 (eine den Sozialisten nahestehende Zeitung) erschien ein Artikel über Erwin Schuele unter der Überschrift: "Der Ankläger von Baader und Croissant ist ein alter Nazi"

Generalstaatsanwalt Schuele ist zuständig für die Auslieferung von Klaus Croissant. Er ist letztlich verantwortlich für die staatsanwaltlichen Ermittlungen im Fall der Stammheimer Toten. Und er ist verantwortlich für das Ermittlungsverfahren gegen Helmuth Ensslin wegen "Staatsverleumdung".

Interview von Joelle Kuntz (Le Matin) mit Erwin Schuele:

JK: Herr Generalsstaatsanwalt, wir besitzen ein Dokument, das beweost

JK: Herr Generalsstaatsanwalt, wir besitzen ein Dokum .e

JK: Herr Generalsstaatsanwalt, wir besitzen ein Dokument, das beweist, daß Sie Mitglied der SA seit 1933 und der NSDAP seit 1935 waren. Was haben Sie dazu zu sagen?

ES: Ich weiß, daß Klaus Croissant immer solche Sachen sagt?

JK: Ja, aber wir haben einen Lebenslauf, von Ihnen handgeschrieben, im Jahr 1943, der das beweist. Waren Sie wirklich Mitglied der SA und der Nazi-Partei?

ES: Man kann das nicht alles in einem Wort sagen, schon gar nicht am Telefon.

JK: Wenn das Dokument veröffentlicht wird, werden Sie sich schon erklären müssen. Nun, ist es richtig oder falsch?

ES: Ja, aber.....Ich kann das nicht am Telefon sagen.

JK: Sie bestätigen es also?

ES: Denken Sie mal nach. Ich bin 1913 geboren ... Mit allem, was bis 1933 und 1935 passiert ist. Ich begann zu der Zeit mein Stud ium

gann zu der Zeit mein Studium. Ich mußte Mitglied der Studenten-SA werden. Das war obligatorisch, um die Immatrikulation zu erhalten. Man mußte sich beim Universitätsdienst der SA vorstellen, ohne das konnte man nicht studieren. Von da an wurde man automatisch, ohne das man etwas dazu tat, Mitglied der Nationalsozialistischen Partei.

JK: Aber Sie haben das niemals gesagt.

ES: Doch, zigmal. Sie wissen sicher auch, daß ich schließlich Leiter der Zentralstelle zur Ermittlung nationalsozialistischer Verbrechen in Ludwigsburg geworden bin.

JK: Wie war das möglich?

ES: Ich hatte ja manches zu sagen gegen die NS-Verbrechen.

Dieses Gespräch wurde am 11.11.77 in Frankreich veröffentlicht. Es ist bemerkenswert, daß nicht ein einziger deutscher Journalist in Paris es seinerzeit für Wert befunden hat, dies seiner Zeitung in Deutschland zu berichten.

Rechtsanwalt Weidenhammer schrieb bereits am 12.8.1977, einer inneren oder äußeren Eingebung folgend, einen Brief an das Justizministerium Baden-Württemberg.

"Wie mir bekannt geworden ist, sollen Vermutungen dahingehen, daß Herr Generalstaatsanwalt Schuele, wohl in früherer Zeit Leiter der Zentralstelle für NS-Verbrechen in Ludwigsburg, in vorkonstitutioneller Zeit,nämlich 1934/35 "Amtswalter" der "NSDAP" gewesen sein. Diese Partei ist als eine Verbrecherorganisation weithin bekannt. Ich bitte um alsbaldige Mitteilung, ob diese ungeheuerliche Vermutung der Wahrheit entspricht, oder ob sich, wie häufig, möglicherweise um böswillige Unterstellungen irgendwelcher Unbelehrbarer handelt."

Antwort 19.8.77

"Auf Ihr Schreiben vom 17.8.77 teilen wir Ihnen mit, daß die von Ihnen zitierte Vermutung nicht zutreffend ist."

Die Antwort stimmt sogar. Schuele war 1935 nicht "Amtsträger", sondern nur Mitglied.

copyright Max Watts

Aus anderen Quellen liest sich der Lebenslauf noch etwas detaillierter: (Brownbook, Le Monde)

Im Kriege gehörte Schuele zu der IC-Einheit des Divisionsstabes der 25. Infantrie-Division seit März 1943, die die Politik der verbrannten Erde und des Verhungern-Lassens praktizierte. Unmittelbar vor Kriegsende kommandierte er noch die berüchtigten Strafkompanien der 253. Infantrie-Division. Am 26.12.1949 wurde er von einem sowjetischen Kriegsgericht zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Bereits 5 Monate nach der Verurteilung wurde er aus der Gefangenschaft befreit. Im April 1966 leitete die Staatsanwaltschaft Stuttgart aufgrund von fundierten sowjetischen Anschuldigungen eine Untersuchung gegen ihn wegen Kriegsverbrechen aus dem Jahre 1942 in Tchoudovo ein. Anscheinend ohne Folgen. Seit dem 1.4.1970 ist er als Staatsanwalt am Landgericht Stuttgart tätig.

DIE GROSSEN FRAGEZEICHEN ZU STAMMHEIM

BREMEN/DARMSTADT 7. November *Die Anwälte Jutta Bahr-Jendges und Hans Heinz Heldmann haben folgenden Fragenkatalog aufgestellt:*

Das " Suizid-Komplott" von Stammheim ist nach den öffentlichen Erklärungen unerklärlicher als vorher.

Weswegen gibt es keine Feststellungen zu den Todeszeitpunkten? Gehört nicht zur Aufgabe des Obduzenten die Todeszeitbestimmung immer dann, wenn Fremdtötung nicht auszuschließen ist? Gingen die Obduzenten MALLACH und RAUSCHKE und ihre Auftraggeber schnurstracks davon aus, Fremdtötung sei auszuschließen? Begründeten nicht verschiedene Stadien von Leichenstarre und Leichenflecken an den Körpern BAADERs und ENSSLINs die Annahme eines um Stunden früheren Todeszeitpunkts von BAADER?

Trug nicht Andreas BAADER erstmals in seiner Zelle Lederschuhe, an deren Kreppsohlen breitflächig Sandspuren hafteten - hellen, feinkörnigen Sandes? Weswegen schweigen die Behörden dazu?

Gab es nun eine Schmauchspur an der rechten Hand des ausgeprägt linkshändigen BAADER? Gab es Schmauchspuren an RASPEs Händen?

Weswegen antworten nicht ernsthaft die Behörden auf die Fragen:
Wie kommen Schußwaffen und Munition in das bestbewachte Gefängnis, wo nicht einmal eine Büroklammer in einer Jackentasche unbemerkt geblieben ist?

Weswegen die offensichtliche öffentliche Lüge, Rechtsanwälte 'vermutlich' hätten Schußwaffen in die Zelle transportiert - per anum und per vaginam?

Weswegen Zellenuntersuchungen ohne neutrale Zeugen oder Rechtsanwälte, welche angeblich Kopfhörer, Radios, Morseapparate, Plastikmassen, Sprengstoffe, Atombomben, etc., etc, etc. zutage fördern?

Weswegen verschweigen hierzu die Behörden, daß BAADER, ENSSLIN, RASPE und MÖLLER während der Kontaktsperre mehrfach die Zellen wechseln mußten?

Weswegen wird den Anwälten der Familien BAADER, ENSSLIN und RASPE der längst öffentlich erörterte Obduktionsbericht vorenthalten?

Weswegen Verlautbarungen öffentlich und offiziell: Fremdtötung sei auszuschließen? Hat nicht zumindest einer der beteiligten Obduzenten sich verwahrt dagegen, daß auch in seinem Namen Fremdtötung als eine von zwei Möglichkeiten verneint wurde?

Weswegen eigentlich wird Irmgard MÖLLER weiterhin unter Kontaktsperre gehalten, isoliert von Außenwelt-Informationen - alleingelassen mit ihrer Aussage, am "Suizid-Komplott" sei kein wahres Wort? Weswegen sitzt rund um die Uhr ein Bewacher neben ihr: vielleicht, damit keiner einen Suizidversuch an ihr wiederhole?

VORLÄUFIGE DETAILS ZU DEN OFFENEN FRAGEN

Staatsanwalt Herrmann bestätigt das Ergebnis der Untersuchungskommision, daß auf der bei J.C. Raspe gefundenen Waffe kein Blut war. Gleichwohl gebe es auf dieser Waffe auch keine Fingerabdrücke, die verwertbar seien. Es gebe lediglich Wischspuren. Ein Polizeibeamter erklärte dazu vor dem Untersuchungsausschuß, daß, wenn eine Waffe vor Gebrauch abgeputzt würde, durch das einmalige Berühren kaum auffindbare Spuren hinterlassen würden.

Das Nichtvorhandensein von Spuren, einmal bedingt durch das Blut, zum anderen durch (un)glückliche Umstände, verweist nach gängiger Interpretation eher auf die besondere Infamie der Gefangenen als auf die Möglichkeit von "Fremdeinwirkung". Es entspringt damit nur dem Hirn eines Krimilesers, daß bei einem Selbstmord nicht vorhandene Spuren auf den benutzten Waffen den Verdacht auf "Fremdeinwirkung" erwecken muß.

Die Untersuchung der Waffen fand im BKA Wiesbaden statt.

Die Frage, wieso das Blut die Feststellung von Fingerabdrücken unmöglich macht, wurde bisher nicht beantwortet. Auch über mögliche Spuren an den Patronen fehlt jede Auskunft.

Daß es bisher keine Feststellung der Todeszeit bei Gudrun Ensslin und Andreas Baader gibt, ist ein alter Hut. Aber auch der Zeitpunkt der Verletzung von Jan-Carl Raspe wird im Obduktionsbefund nicht festgestellt. Staatsanwalt Herrmann ist nach der Strafprozeßordnung verpflichtet, Feststellungen zu treffen, die eine Fremdeinwirkung ausschließen. Es liegt in seinem Ermessen, die dazu notwendigen Untersuchungen anzustellen. Die Feststellung von Raspes Verletzungszeit gehört seiner Ansicht nach nicht dazu. Wenn er zu der Feststellung komme, Fremdeinwirkung sei auszuschließen, dann sei die Verletzungszeit für ihn lediglich von wissenschaftlichem Interesse.

Heldmann hält auf Befragen allerdings selbst die Feststellung der Todeszeit bzw. des Zeitpunktes der Verletzung für einen Bestandteil eines normalen Obduktionsbefundes. (Aber warum sollte es bei diesem Fall schon normal zugehen?)

Nach Herrmanns Angaben sind in dem (noch immer nicht veröffentlichten) Obduktionsbericht alle Voraussetzungen dafür gegeben, Todes- und Verletzungszeit zu bestimmen. Nur eben diese Bestimmung wird nicht gemacht. Inhaltlich würde sich am Obduktionsbericht nichts mehr verändern, alle Untersuchungen seien gemacht. Alles Weitere sei eine Frage der Formulierung.

In einem Gespräch mit H. Ensslin korrigierten die beiden Gefängnispfarrer von Stammheim alte Meldungen, nach denen die drei Briefe von Gudrun Ensslin ans Bundeskanzleramt gerichtet gewesen seien. Gudrun Ensslin habe ihnen gesagt, es seien Briefe an die Eltern und die Anwälte. Umso verwunderlicher ist es, daß beide vor der Untersuchungskommission wieder aussagen, die Briefe seien ans Bundeskanzleramt gerichtet gewesen.

BRIEF AUS DEM KNAST

SCHWALMSTADT
8. November

Liebe leute!

Warum ich euch schreibe? Nun, ich dachte, vielleicht zeigt ihr Interesse an der Meinung eines Knackis, der sich so seine Gedanken über das Stammheim-Deutschland macht?

Warum

Seht, für jeden Gefangenen, oder wer sich noch im Knast-Milieu auskennt, müssen diese Nach-und-nach-Funde Anlaß zum Nachdenken geben. Ganz einfach deswegen, weil schon unter normalen Umständen große Schwierigkeiten damit verbunden sind, etwas in eine Anstalt hinein zu schmuggeln, wie, sofrage ich, soll sowas möglich sein bei den extrem verschärften Bedingungen, denen die Häftlinge von Stammheim unterzogen wurden. Nach meiner Feststellung stinkt die Sache bis zum Himmel! Nehmen wir doch nur mal das Versteck, in dem Irmgard den Kopfhörer gehabt haben soll: diese Ausbuchtung hinter dem Waschbecken ist ein Versteck, das dir die Kumpels im Jugendknast schon zeigen. Allerdings wirst du dabei darauf aufmerksam gemacht, dort nichts unterzubringen, da dieser Ort jedem Beamten bekannt ist, und jetzt wird behauptet, Irmgard hätte dort ihren Kopfhörer versteckt, an einer Stelle, an der kein Knacki auch nur einen selbstgebastelten Tauchsieder verstecken würde. Schon dieser Punkt zeigt mit, daß ich hier irgendwie verarscht werden soll.
Ich kann die Leute, die die Möglichkeit haben, Aufklärung zu verlangen, nur darum bitten, dies zu tun.

VERFÜGUNG ÜBER „UNKONTROLLIERTE NACHRICHTENÜBERMITTLUNG"

FRANKFURT/ KAISERSLAUTERN 14. November

Untenstehende „Verfügung", soviel steht fest, ist kein Einzelfall. Ihr Effekt wie er sich in der Ausdehnung auf Anwälte herstellt, ist, daß die politischen Gefangenen überhaupt keine Verteidigerbesuche mehr bekommen.

„Verfügung. 1. Der Antrag des Assessors Gerhard Knöss, Zeiselstraße 8, 6000 Frankfurt/Main, ihm zugestatten, die Angeklagten Manfred Grashof und Klaus Jünschke in der Justizvollzugsanstalt Zweibrücken zu besuchen, wird

abgelehnt,

weil zumindest eine Beeinträchtigung der Anstaltsordnung zu befürchten ist; denn der Antragsteller betätigt sich aktiv in der Öffentlichkeitsarbeit der „RAF" und versucht, die Besuche bei den der „RAF" zugeordneten Untersuchungsgefangenen zu steuern, wie die Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat; deshalb besteht die Gefahr, daß seine Besuche bei den Angeklagten Grashof und Jünschke zu unkontrollierter Nachrichtenübermittlung mißbraucht werden.

2. ....

Kaiserslautern, den 14.November 1977
Landgericht - 4. Strafkammer
Der Vorsitzende
gez.: Dr. Stiefenhöfer
Vorsitzender Richter am Landgericht

DER BEGINN DER ENDLÖSUNG

STAMMHEIM 8. AUGUST

Am 8./9. August geschahen im Stammheimer 7. Stock Dinge, die gemeldet wurden als Prügelei der Gefangenen mit den Schließern oder als Schlägerei. Dabei wurde kein Zweifel daran gelassen, daß die Schuld bei den Gefangenen gelegen habe. Wie konnte es anders sein, da doch jeder Staatsbürger den Charakter der Gefangenen seit Jahren aus intimer Berichterstattung kennt. Entsprechend einer Berichterstattung, die, wie im Falle SPIEGEL, direkt aus dem BKA in Wiesbaden kommt.

Wir drucken im folgenden die Berichte von Ingrid Schubert, Gudrun Ensslin, Jan-Carl Raspe, Helmut Pohl und Irmgard Möller ab. Uns liegen ebenfalls inhaltlich gleichlautende Berichte von Werner Hoppe und Wolfgang Beer vor, die wir wegen schlechter Lesbarkeit allerdings nur in Auszügen hätten bringen können.

PROTOKOLL VON INGRID SCHUBERT

„Die offene Brutalität des Überfalls heute morgen ist das Signal, daß der Staatsschutz, das baden-württembergische Justizministerium und Bender auf die Endlösung in Stammheim innerhalb der nächsten Tage aus sind. Der direkte physische Angriff (bei G., A., Jn. im sechsten Jahr der Untersuchungshaft) ist sicher nicht die Spitze der Offensive, die in Stammheim seit voriger Woche systematisch angeheizt wird, analog zu der Eskalation auf allen Ebenen - der Kampagne gegen das Anwaltsbüro hier in Stuttgart, den Fälschungen, den Versuchen, Croissant mit dem Tod Pontos in Verbindung zu bringen, dem faschistischen Feindbild der 'Terror-Megären' - das alles soll nicht nur die Menschenjagd draußen anheizen, sondern auch die Öffentlichkeit auf die gezielte Liquidierung der Gefangenen vorbereiten.

Es ist ein Muster psychologischer Kriegsführung, d.h. der Taktik, die militärische, ideologische, psychologische und ökonomische Mittel einsetzt, um eine oppositionelle Bewegung zu liquidieren.

Der Hintergrund, der die Sache so dringend macht, ist, daß es sehr wahrscheinlich ist, daß sich die KSZE-Nachfolgekonferenz in Belgrad und - spätestens nach der Abweisung der Revision - die Menschenrechtskommission in Straßburg und die UNO mit der Dramaturgie des Schauprozesses in Stammheim befassen werden, für die Rebmann, inzwischen höchster Ankläger der BRD - mal abgesehen von den Wanzen in den Verteidigerzellen und dem Tod Ulrikes und Siegfrieds (Hausner) in Stammheim - als Ministerialdirigent im baden-württembergischen Justizministerium wesentlich verantwortlich war.

Es ist klar, daß dieser Schwabe, der im wahrsten Sinn des Wortes über Leichen Karriere gemacht hat - über die der Gefangenen und die seines Vorgängers - sich den Ärger, der da auf ihn zukommt, durch eine Kombination von Hetze und Mord vom Hals schaffen will, was nach Bubacks Tod schon klar war - daß wir Geißeln der Bundesanwaltschaft sind, macht er jetzt nach Pontos Ende in einer neuen Dimension evident.

Die einzelnen Phasen der Eskalation:
Nach der 'verbindlichen Zusage' von Rebmann - noch als Verantwortlicher des Justizministeriums - brechen wir den Hungerstreik ab. Sieben Wochen lang passiert überhaupt nichts.
Sie bauen hier nur eine perfekte Maschine zusammen, die jede unserer Bewegungen kontrollieren und registrieren kann - eine Architektur, die ein Bastard aus einem schußsicheren Bankschalter, hinter dem die Bullen lauern und uns keine Minute aus den Augen lassen, und einem Raubtierhaus ist, in dem wir an unserem 12 000nsten Kassiber sitzen und - die Justiz und die Politiker lügen doch nicht - neue epochale Verbrechen ausbrüten, vollgestopft mit Überwachungselektronik und Alarmsystemen, so daß die Schließer oft selbst nicht durchblicken, die falschen Knöpfe drücken und Alarmklingeln auslösen.
Nachts wachen hier zwei Fernsehkameras mit einer Elektronik, die auf jede Fliege und auf flatterndes Papier z.B. mit Großalarm reagiert.
Die Bauarbeiten werden sieben Wochen in die Länge gezogen. Danach werden 3 Gefangene aus Hamburg verlegt und wir sind hier acht statt vorher sechs. Ratte (V. Becker) kommt trotz eines 6-wöchigen Hungerstreiks und der faktischen Zusage Nussers (ehemaliger Anstaltsleiter) nicht in den Trakt. Günther (Sonnenberg) wird aus Stammheim in die Totalisolation in dem Irrenhaus Weissenau und von dort in die berüchtigte Gefängnispsychiatrie auf dem Hohenasperg verlegt.
Durch Nusser und Schreitmüller wird deutlich, daß das Justizministerium in Koordination mit der Bundesanwaltschaft eine Verzögerungstaktik drauf hat, die Bundesländer wissen plötzlich nichts mehr von einer Absprache und lehnen Verlegungen ab: Seit Mitte Juli wird immer klarer, daß die Zusagen nicht eingehalten werden.

Die Bundesanwaltschaft formuliert die absurde Anzeige wegen versuchten Mordes gegen Newerla und Müller, weil sie Verena (Becker) und Sabine (Schmitz) nicht vom Hungerstreik abbringen können, um die letzten beiden Anwälte - denn Heldmann und Schily haben sich längst verkrümelt - die hier noch Gefangene besuchen, und damit jede Kontrolle auszuschalten.

Natürlich wird jetzt auch draußen der ideologische Volkssturm mobilisiert. Die fett und falsch gewordenen Kinderstars der Studentenbewegung und die alten Krauter der Ostermarschbewegung treffen sich in der Antiterrorfront der SPD. Da haben sie plötzlich gegen Gefangene zur Verfügung, was ihnen zur Staatsgewalt nie einfallen konnte: klassenechten Haß. Cohn-Bendit lanciert die schwachsinnige Staatsschutzkolportage Kleins in den SPIEGEL, und Gollwitzer veröffentlicht nach dem Modell des Staatsschutzjournalismus parallel in den Multiplikatoren der Linken: ED, ID, LINKS - seine unsauber argumentierenden Pamphlete. Sie haben den Job, die Reflexe der Linken, wo es sie noch gibt, gegen die geplanten Morde an Gefangenen zu neutralisieren. Schließlich tritt Albertz mit der Sorte Menschlichkeit im Fernsehen auf, mit der er 68 abtreten

mußte.

Rebmann fängt, kaum ein Tag auf Bubacks Thron, eine Propagandaoffensive gegen die Gefangenen und Anwälte an, besonders gegen das Stuttgarter Büro. In den SPIEGEL wird Ende Juli ein Staatsschutzartikel lanciert, der vom ersten bis zum letzten Wort ein Konstrukt der Polizei und der Nachrichtendienste ist - und insofern eine neue Qualität des Staatsschutzjournalismus,als darin tatsächlich fast alle Lügen des Staatsschutzes gegen die Anwälte aus dem letzten 3/4 Jahr zusammengefingert werden.

Ende Juli - zwei Tage bevor die Dresdner (Bank) den Mitarbeiter einbüßt, der sie zur agressivsten Monopolbank in Westeuropa gemacht hat - erklärt Rebmann schließlich ganz nackt, daß er als Generalbundesanwalt die Zusage, die er als Ministerialdirigent für das baden-württembergische Justizministerium formuliert hat, nicht einhalten und daß die Gruppe nicht vergrößert wird. Schließlich, eine Stunde nach dem Todesfall, wird die bisher massivste Hetzkampagne hochgeschraubt und im Laufe der Woche immer mehr auf Gudrun (Ensslin) und Andreas (Baader) scharf gemacht.
Am Sonntag ist das Stuttgarter Büro dran. Zeiss (Bundesanwalt), der als Skorzeny der Bundesanwaltschaft posiert, macht bis an die Zähne bewaffnet eine Razzia gegen das Stuttgarter Büro und lanciert danach die infame Falschmeldung, daß dabei das Original der Erklärung des Kommando Ulrike Meinhof gefunden und als Verfasserin Gudrun (Ensslin) identifiziert worden ist. In der Durchsuchungsliste liest du dann: 'ein Umschlag mit Bekennerbrief' und natürlich ist es das Ding, das das Kommando in alle Richtungen geschickt hat.

Zum Punkt kommt die Sache wie gewöhnlich in Stammheim. Wie immer, wenn sie was vorbereiten, wird das Personal ausgetauscht. Großmann, der Bulle, der Ulrikes Zelle am Morgen ihres Todes aufgeschlossen hatte, ist wieder da, trotz Urlaub. Die Grünen werden provozierend aggressiv, eine Stimmung, die auf allen Ebenen signalisiert, daß wir mit irgendeinem Angriff zu rechnen haben.

Freitagabend, während Gudrun noch beim Anwalt ist, geht Andreas während der Ausgabe des Abendessens in Gudruns Zelle, um irgendwas zu holen, wie es bei allen jeden Tag ein paar Mal läuft. Das müssen praktisch alle Grünen gesehen haben. Kurz danach kommt G. und geht in ihre Zelle, etwas später kommt Gabi (Möller), die in der Zelle war wo das Obst ist - [illegible] - das Undenkbare muß hier gedacht werden - A. ist mit zwei 'eiskalt kalkulierenden scharf gedrillten Mörderfrauen' (Leitartikler Zehm - DIE WELT) in einer Zelle. Die Bullen, die das gesehen haben, schließen die Tür abrupt vor meiner Nase zu. Was wir angesichts des Ärgers, den sie sonst machen, wenn zwei von uns nicht zu sehen sind, ziemlich komisch fanden.
Ich stand unmittelbar vor der Tür und es war völlig klar, daß sie wußten, wo A. ist. Es fiel mir auf, daß sie alle nervös waren und vor dem Glaskasten rumtuschelten. Die drei in der Zelle waren offenbar auch erstaunt, denn sofort danach leuchtete die Rufanlage auf und die Tür wird wieder aufgeschlossen. Gabi kommt raus, geht in ihre Zelle und holt irgendwas. Münzing, Oberverwalter, der seit einer Woche Dienst hat hier, geht vor mir in die Zelle, quer durch und klopft an beiden Fenstern an die Stäbe, dreht sich dann um und geht an A., der offensichtlich in den Mappen vor dem Bücherregal gewühlt hatte, einen Apfel aß und ihn beobachtet, also überhaupt nicht versteckt ist, vorbei und vor mir wieder raus. Ich bespreche mit Gabi kurz, daß ich nachts zu R.
rübergehe, die in einem anderen Teil des Stockwerkes von uns isoliert wird, die wir aber über Mittag und nachts sehen können. Dann geh ich raus zum Tisch in der Mitte des Flurs und Münzing schließt augenblicklich und wortlos die Tür hinter mir ab. Während sich das Sittendrama entfaltet, stehen mindestens 5 Schließer im Trakt.

Wir haben uns später klargemacht, daß zu dem Zeitpunkt keiner von uns wußte, was das Ganze bedeutet. Ich habe keine Lust zu erklären, warum wir nach 6 Jahren Isolation was dafür übrig haben, zusammen zu sein - und wenn schon in einer Gewalt, die jedes Gefühl, jeden Gedanken und jede Bewegung unwirklich oder zu dieser wirklichen Qual machen soll, zu der wir Folter sagen, weil sie bewußt, beabsichtigt, wissenschaftlich geplant ist. Wir waren verblüfft, fanden's dann aber auch, weil's nicht unsre Sache ist, das dreckige ekopische Kalkül, das jede unserer Bewegungen verfolgt und registriert, durchzusetzen, ganz witzig. Tatsächlich ist es nämlich in den 1 1/2 Jahren, in denen wir hier zusammen sind, so, daß der Schließer, der uns - alle 20 Minuten abgelöst - ununterbrochen beobachten muß - (am Anfang waren es drei, die auf drei Stühlen nebeneinander saßen und stierten) - wenn zwei von uns (nicht desselben Geschlechts) einen Augenblick nicht zu sehen sind, anfängt laut zu werden und gleichzeitig drei andere, die hinter dem Vorhang Bereitschaft sitzen, in den Trakt schickt, um unverzüglich einzuschreiten'. Außerdem haben sie eine Strichliste, auf der sie - falls nur einer nicht zu sehen ist - notieren, in welcher der beiden offenen Zellen er ist. Es ist ein infames und perfektes System totaler Kontrolle, dem keine Lebensäußerung im Trakt entgehen kann.

Was gemeint war, bekamen die anderen eine Stunde später, als sie A. aus der Zelle holten, mit und dann am nächsten Morgen, Samstag.
Die Provokationen und Aggressivität, die sie seit Pontos Tod drauf haben, laufen jetzt mit einem fettigen Grinsen, und sie ziehen jetzt die Sache weiter hoch; kündigen an, daß am Montag 'der Rest folgt'; die beiden Türen, die bisher offen waren, bleiben geschlossen bzw. die Grünen bleiben solange im Trakt stehen, bis die Tür zu ist, mit dem Ergebnis, daß während der gesamten Umschlußzeit am Wochenende meistens drei, manchmal vier Beamte drohend im Trakt stehen, außer dem, der im schußsicheren Cockpit sitzt. Auf die Frage, warum sie auf Ärger aus sind und warum sie die Sache am Freitag eingefädelt haben, reagieren sie drohend aggressiv 'Wir werden ja sehen', 'hier wird sich was ändern' (Emil).

Es wird klar, daß sie glauben, daß sie sich's leisten können, auf der Welle des Chauvinismus, den die psychologische Kriegsführung angedreht hat, mit ihren Schweineprojektionen und Schlüpfrigkeiten uns auf die Nerven gehen zu können. Sie demonstrieren, daß sie sich nicht nur als Bullen im Recht fühlen, sondern ganz besonders als Männer.
Obwohl auch dem letzten trüben Schließer in den 1 1/2 Jahren, die sie uns ununterbrochen beobachten, klar sein muß, daß die Intimität in den Beziehungen der Gruppe (und ganz sicher im Gefängnis) auf einem Level läuft, in dem Sexualität — anders als Zärtlichkeit oder meinetwegen Sinnlichkeit — praktisch keine Rolle spielen kann, die 3, die sich Freitagabend da in der Zelle fanden, hatten mit Sicherheit andere Probleme, und das war in der Situation um 4 und um 5 Uhr, als sie A. aus der Zelle holten, völlig klar.

Seitdem quatschen sie — wenn überhaupt gesprochen wird — vom Ficken. Grossmann schließlich. wörtlich: 'Ich hab sowas nicht von ihnen gedacht, daß sie das machen, ficken ...'', so, daß A. der Senf in die Nase stieg und er ihm sagt: 'Wenn das nicht aufhört, dann kriegste mal 'n Pfund', das war die einzige Drohung, die überhaupt ausgesprochen wurde. Und es wird schon am Jargon klar, daß die Kolportage in Grossmanns Aussage frei erfunden ist.

Montag morgen ist alles auf Totalkonfrontation angelegt: Ab 1/2 10 stehen die Grünen im Trakt, belauern jede Bewegung Während der halbstündigen Auseinandersetzung darum, ob sie sich zurückziehen, stehen Nusser, Schreitmüller, Haug, Bubeck usw. hinter dem Vorhang und lauschen, darunter auch der kleine wieselartige Pockennarbige, der in der Kantine offen damit rumgeprahlt hat, daß er raufgeht und A. in der Zelle abknallt.

Um 10 Uhr stürmt das Rollkommando. Ich glaube, es waren 40 - 50 Grüne insgesamt, an der Spitze der trompetende Nusser, daneben Schreitmüller fett und grinsend und natürlich Haug, so hoch wie breit, das ist der verhaßteste Bulle im ganzen Knast. Schon der Generalstab dieser Armee bringt zusammen 6 Zentner auf die Waage. Die meisten von ihnen haben wir noch nie gesehen. Die Bullen, die normalerweise hier Dienst haben, wie Misterfeld z.B., sind nicht da, wie üblich, wenn sie was vorhaben. Der ganze Trupp schiebt sofort nach hinten auf uns und die offenen Türen zu, und Nusser — ohne auch nur den Versuch mal zuzuhören, befiehlt 'Türen zu, keine Diskussion'. A. sagt ihm noch mal ruhig, daß er es auf offene Diskussion anlegt. Wir stellen uns in die Tür vor A.'s Zelle, worauf Haug sofort Igel (W. Beer) angreift. Jn. brüllt Haug an, er soll Igel loslassen und erstmal erklären, was sie wollen. Ein feister, nach Bier stinkender Bulle, der an der Spitze hinter Nusser in den Trakt gewalzt kam, schlug mit erhobenen Fäusten auf Leo (Helmut Pohl) ein. A., der bis dahin mit einer Kaffeetasse dagestanden hatte, schmiss sie ans Gitter. Daraus wird dann bei Schreitmüller 'gezielt an den Kopf' (da muß man sich mal erinnern, daß er schon 74 irgendwelche Aufrufe von Gefangenen in Stammheim umgefälscht hat, indem er RAF runtergeschmiert hat — was damals rauskam, weil sich die Verfasser an die Presse gewendet haben, nachdem er seine Fälschungen veröffentlicht hat). Die Tasse schlug 1 - 1 1/2 Meter neben dem Grünen auf und A. nur ca. 2 m von ihm entfernt. Schreitmüller, selber Staatsanwalt, bevor er sich im Staatsschutzvollzug verdient gemacht hat — er war der Verantwortliche Vollzugsbeamte, als Ulrike Meinhof und Siegfried Hausner hier gestorben sind — lügt einfach dreist, und er kann das natürlich in der Gewißheit, daß sein Beitrag zur inneren Sicherheit — 50 brutalisierte Bullen auf die Gefangenen zu setzen — dem Beifall und das Verständnis aller Instanzen der Rechtsfindung haben wird.

Dann gings los:
Sechs Grüne packten Werner Hoppe, der nur gerufen hatte, sie sollten Igel (Wolfgang Beer) loslassen, und prügelten auf ihn ein, gleichzeitig 6 Grüne auf Andreas drauf, und beide wurden sofort wahllos in irgendeine Zelle geschmissen, dann Leo und Werner und immer so, daß sie auf Kopf und Rücken gegen Tische oder Regale knallten. Vor Andreas' Zelle prügelten sie auf Jan rum, ich schrei sie an und Hauk stieß mich weg. Neben mir an der Heizung sehe ich Gudrun auf der Erde liegen — und es kommt mir so vor, als würde die Bestialität bei Gudrun kulminieren. Einer der Bullen hat ihr ganzes Gesicht in der Hand und presst, zwei zerren an ihren Beinen,ein vierter hat ihre beiden Arme links vom Körper verdreht und zusammengedrückt und versucht sie mit den Knien mit aller Gewalt in die Seite zu stoßen.

Das Ganze sieht aus wie ein Mord. Ich versuche zu ihr zu kommen und werde in dem Moment von 6 Grünen gegriffen — kann gerade noch Irmgard sehen, die auch auf die Erde geschmissen wurde — und werde ne Weile hin- und hergeschleudert und dann auf dem Boden, sodaß ich mit dem Kopf aufschlug.

Als ich mich dann wehrte gegen die Tritte in die Seite und Nieren kniete sich Hauk mit seinem ganzen Gewicht auf meinen Kopf und presste mit aller Gewalt gegen den Boden, hob dann den Kopf hoch und knallte ihn 5-6 mal auf die Erde. Es dauerte ne ganze Weile, gut 5 Minuten, bis sie mich die 30 Meter bis zum anderen Ende des Trakts geschleift hatten. Wo sie mich dann an allen vieren in Igels Zelle schmissen. wieder so, daß ich mit Hinterkopf und Rücken aufschlage. Ich kann mich nur noch erinnern, daß ich auf dem Boden liegend aufwache. Ich weiß nicht, ob es Sekunden oder Minuten waren, die ich weg war. Danach Brechreiz und völlig fertig.

Um zwei Uhr die zweite Welle. Sie holen uns einzeln aus den Zellen, in die sie uns getreten hatten, um uns in eine andere zu schaffen. Zehn Grüne unter Führung von Hauk,Großmann und den Besoffenen. Nach dem gescheiterten Versuch, Andreas rauszuholen, den sie nicht anfassen, holen sie Igel aus meiner Zelle und stoßen ihn — ich höre die Schläge klatschen — in ein leeres Loch. Im Vorbeigehen droht Hauk mir „Du kommst auch gleich dran, du Sau".

Als sie schließlich aufschließen und reinkommen, gehe ich sofort auf den Gang, frage nach Jan, dann nach Andreas. Und hatte noch nicht mal den Versuch gemacht, auf seine Zelle zuzugehen, als mir der Besoffene von hinten in die Haare greift und sie mit der Kopfhaut umdrehte und büschelweise Haare ausreißt. Die anderen Schließer fassen mich jetzt auch an und schlagen mich präzise, sadistisch von hinten ins Genick und auf den Rücken und in die Seite, mit Sprüchen wie „Da hast du's, du Drecksau", „Dir werden wir's zeigen". Sie zerren mich von meiner Zelle, und da gibt mir Hauk einen so brutalen Tritt ins Kreuz, daß ich durch die ganze Zelle bis zur Außenwand fliege. Dazu brüllt er: „Verschwinde, du Sau".

Neben Prellungen am ganzen Körper, Nierenschmerzen und Sehnenzerrungen hab ich vor allem eine schmerzhafte Schwellung des rechten seitlichen Hinterkopfs hinterm Ohr und ein geschwollenes Ohr. Circa 2 Stunden später entwickeln sich starke Kopfschmerzen, Druck auf die Augen, Frieren, Übelkeit, Kreislaufschwäche. Das Ganze ist jetzt 43 Stunden her und ich habe immer noch starke Kopfschmerzen trotz der stärksten Analgetica, die es hier gibt.

Seit der Prügelei sind wir vollständig isoliert, wir können uns nicht mehr sehen und sprechen, die Freistunde wurde gesperrt und jeder Schritt auf dem Gang passiert nur unter Anwesenheit von 3 Grünen.

Wir haben uns durch die Schlitze in der Tür verständigt. Wir sind in den Hungerstreik getreten und haben erklärt,daß wir in den Durststreik treten, wenn nicht innerhalb weniger Stunden die alte Regelung ohne eine einzige Einschränkung wieder aufgenommen wird.

Ich bin sicher, daß die brutalen Schikanen und Demütigungen der Sorte Vollzug, für die Stammheim inzwischen international bekannt ist, aufhören werden — oder sie werden uns einen nach dem anderen tot hier raustragen.

„Wir können nur unterdrückt werden, wenn wir aufhören zu denken und aufhören zu kämpfen. Menschen, die sich weigern, den Kampf zu beenden, können nicht unterdrückt werden — sie gewinnen entweder oder sie sterben. Anstatt zu verlieren und zu sterben", sagt Ulrike.

9.8.77 Ingrid Schubert

(Anmerkung: eine Woche nach diesen Vorfällen wurde Ingrid Schubert in die JVA Stadelheim verschubt, wo sie bis zu ihrem Tod am 12.November als einzige Frau unter über 1000 männlichen Gefangenen isoliert war.)

PROTOKOLL VON IRMGARD MÖLLER

Seit der letzten Woche — nach Ponto — kulminiert das hier: als ich Freitagabend die Sachen für die Nacht zusammengekramt und mit einem Arm voll Obst in Gudruns Zelle zurückkam, stand Andreas vor dem Bücherregal und suchte sich Papiere zusammen. Die Tür stand weit offen, und unmittelbar vor der Tür zogen die Grünen die Jalousien herunter und öffneten die Klappe vor der elektronischen Kamera, die nachts eingeschaltet wird. Gudrun war noch beim Anwalt, und als sie zurückkam, wurde die Tür sofort abgeschlossen. Wir stellten erstaunt fest, daß wir zu dritt waren, und um die Situation zu klären, klingelte ich. Münzinger schloß die Tür auf, und ich ging in meine Zelle, um noch ein paar Bücher zu holen.

Als ich zurückkam, stieß ich auf Münzinger, der Gudruns Zelle verließ. Hinter ihm kam Nina (?), und wir besprachen, daß sie diese Nacht zu Verena rübergehen würde. Die Tür wurde sofort wieder abgeschlossen, und ich war ganz verdutzt, daß Andreas immer noch in der Zelle war, fand das aber ganz witzig. Wir haben überlegt, was das zu bedeuten hat, und inzwischen ist uns klar, daß die Bullen wußten, wo Andreas war, weil er unter den Augen von sechs Bullen in Gudruns Zelle ging, um einen Text zu holen, und sie aus eigener Initiative einen Eklat provoziert haben, um hier wieder die Totalisolation durchzusetzen.

Ungefähr nach einer Stunde schloß ein Kommando von inzwischen acht Grünen die Tür auf. Gudrun stand mitten im Raum, und ich warf, bevor ich ihnen entgegen ging, eine Decke auf Andreas, der zusammengerollt auf dem Bett lag, was wir dann auch albern fanden, weil wir ziemlich sicher waren, daß sie kommen würden, um ihn rauszuholen und sie in den drei Jahren nicht ein einziges Mal nach 16.00 Uhr die Zellen betreten haben.

Am Samstag wurde klar, worauf diese Provokation hinauslief: die Grünen wollten dafür sorgen, daß alle Zellentüren geschlossen bleiben, während wir Umschluß haben, und weil das nicht lief, standen sie zwei Tage lang zu dritt im Trakt.

Heute morgen waren sie entschlossen, es mit Gewalt durchzusetzen: beim Aufschluß um 9.30 Uhr kamen nicht wie sonst zwei oder drei Grüne in den Trakt, sondern gleich sechs, die sich mit agressivem Gehabe vor Andreas Tür aufbauten, um sie in einem günstigen Moment zuzuschlagen. Nachdem Jan ihnen erklärt hatte, daß sie abhauen sollen und wir geschlossene Türen nicht hinnehmen werden – sie höchstens abends zu zweit in ihrer Sicherheitskanzel sitzen können, ging Münzinger nach einiger Zeit los, um das Schreitmüller auszurichten. Wir saßen dann zu sechst am Tisch oder schleppten Zeug aus den Zellen rein und raus; die Grünen zogen sich ein paar Meter zurück.

Als Andreas ihnen gerade nochmal klar gemacht hatte, daß sie abhauen sollen und was für Konsequenzen es hat, wenn sie sich weigern, stürmten Nusser und Schreitmüller mit einem Haufen von mindestens 30 bis 40 stiernackigen Bullen, die wir hier oben noch nie gesehen hatten, in den Trakt, gleich auf die offene Tür von Andreas' Zelle zu. Die Grünen besetzen den ganzen Flur und bauten sich in Klumpen um die Türen herum auf. Nach einigem Hin und Her – wir machten ihnen klar, daß der Ärger für sie nicht mehr aufhören würde, wenn sie diese Sorte Maßnahmen nicht lassen, wobei sie versuchten, uns wegzudrängeln.

Andreas, der am Tisch stand und Kaffee trank, warf seine Tasse ans Gitter, nachdem Schreitmüller das Kommando für die Grünen gebrüllt hatte, die Türen zuzumachen. Sie stürzten sich sofort auf Ingrid und Jan, die in der Tür standen, drehten ihnen die Arme um, zogen ihnen die Beine weg und drückten Wolfgang mit Knien und Ellbogen die Brille ins Gesicht, dann packten sie Werner, der ein Stück weg stand, an Armen und Beinen, schleppten ihn mit Fußtritten und Fausthieben rüber zu meiner Zelle und schleuderten ihn rein.

Während die Grünen Nina und mich an den Haaren rissen und in die Ecke drückten, konnte ich sehen, wie Großmann und fünf andere Bullen Andreas packten und in verschiedene Richtungen zerrten. Auf der anderen Seite schlugen fünf bis sechs Bullen auf Leo ein. In der Ecke vor Andreas Zelle konzentrierten sich immer mehr Bullen. Jan und Ingrid lagen am Boden, um sie rum und über ihnen Hauck und die anderen besonders fetten Bullen aus den anderen Abteilungen und schlugen auf sie ein. Einer von ihnen zertrat Ingrids Brille mit dem Absatz.

Als Nina, Gudrun und ich uns aus der Ecke befreien wollten, stürzten sie sich sofort auf uns, rissen uns an den Haaren nach hinten, schlugen uns die Beine weg. Ich hörte Gudrun halb erstickt schreien und konnte sehen, daß ein schwarzhaariger Bulle ihr das Gesicht eindrückte und sie mit der anderen Hand am Hals würgte, sie lag am Boden, und ich wurde auf sie drauf geschleudert. Sie schlugen auf uns ein und warfen Gudrun und mich dann in die Zelle von Andreas, während Nina von sechs Schränken an Armen und Beinen auf die andere Seite geschleppt und an Haaren und Ohren gerissen wurde. In der Zelle schien es mir, als sei Gudrun einen Moment bewußtlos; sie hatte einen krebsroten Hals, ein angelaufenes Gesicht und konnte erst keine Luft kriegen.

Nach zwei Stunden machten Kommandos von acht Bullen einzeln die Zellen auf, zogen die Typen auf den Gang und schlugen sie dort zusammen und warfen sie dann wieder in ihre Löcher. Zuletzt schlossen sie – Großmann und Hauck an der Spitze – die Zelle von Andreas auf, forderten uns auf, in Gudruns Zelle rüberzugehen, warteten aber gar nicht ab, sondern fielen im Gang über uns her, drehten mir die Arme nach hinten und stießen mir mit dem Knie ins Kreuz, während zwei andere an den Haaren rissen und mir die Füsse verdrehten. Ich fand mich in Gudruns Zelle auf dem Boden wieder; Gudrun wurde auf mich draufgeworfen und die Tür zugeknallt.

PROTOKOLL VON JAN CARL RASPE

Montag, 8.8.77, Aufschluß (für den Umschluß), um 9.30 h, nachts war ich in Andreas Zelle (719).

Die Tür stand dann offen und als ich ein paar Minuten später in den Trakt komme, stehen – verteilt – sechs Uniformierte an den Wänden – dazu Münzing, (deren unmittelbarer Vorgesetzter als Oberverwalter), direkt neben der Tür zur Zelle von Andreas.
Gudrun schlief noch, die Tür war geschlossen; die anderen waren damit beschäftigt, das Zeug, was man braucht, aus den Zellen zu holen, aufzuräumen, usw. – normalerweise dauert das so ca. 15 Minuten. Währenddessen fängt Münzing, obwohl inzwischen alle Türen bis auf die von Zelle 719 wieder geschlossen waren, plötzlich an, ich solle raus – oder reingehen – die Türen werden jetzt geschlossen.

Ich habe ihm darauf gesagt, daß er der Anstaltsleitung ausrichten soll, daß wir es hinnehmen würden, wenn sie in Zukunft ab 15.30 Uhr – um 16.00 Uhr ist Einschluß – zu zweit in ihrem Bewacherkasten sitzen würden, daß wir aber jede Einschränkung des ohnehin winzigen Bewegungsraums – also etwa, daß die Türen zu den beiden Zellen 719/720 während des Umschluß' geschlossen sind – ablehnen werden.

Ich bin dann wieder in die Zelle gegangen, um noch Sachen rauszuholen; Münzing wiederholte inzwischen draussen, daß es ne Anordnung der Anstaltsleitung sei, daß die Zelle jetzt geschlossen werde usw. Irmgard läßt sich die Tür zu Gudruns Zelle aufschließen.

Münzing versuchte die Tür zu Gudruns Zelle zuzudrücken, ließ davon nur ab, weil Wolfgang in der Tür stand. Münzing verschwand daraufhin. Als er zurückkam und am Eingang des Trakts stehen blieb, hab ich ihn aufgefordert, den Trakt samt den 6/7 Mann sofort zu verlassen. Ich konnte dabei durch den Vorhang im Aufenthaltsraum der Bullen sehen, daß Nusser, Schreitmüller und Bubeck und ne Masse Uniformierter bereits im 7.Stock waren – obwohl Münzing erklärt hatte, Schreitmüller würde erst im Laufe des Vormittags hochkommen.

Münzing versuchte nochmal die Tür zu schließen. Inzwischen war auch Andreas aus der Zelle rausgekommen und hat ihm noch mal das gleiche gesagt. Dann ging alles sehr schnell: der Trakt füllte sich mit Massen Uniformierter – ca. 30 – 40, dabei ein Rollkommando.

Bullen, die wir großenteils noch nie gesehen hatten, außerdem die höheren Dienstgrade – Bubeck, Hauk, Münzing usw. darunter auch die normale Besetzung der laufenden Woche – Großmann usw. und mittendrin Schreitmüller und Nusser und ein paar andere von der Anstalts-Verwaltung.

Offensichtlich waren die Bullen vorher von Schreitmüller und Nusser usw. aufgehetzt – jedenfalls versuchte sofort einer aus dem Rollkommando – nebenbei stank er heftig nach Bier – ohne daß überhaupt ein Wort gesprochen worden war, Wolfgang Beer, der noch in der Tür von 719 stand, wegzudrücken, um die Tür zuzuschlagen.
Ich stand etwas hinter Wolfgang und versuchte den Bullen daran zu hindern – daraufhin sprang er sofort rum und fing an mit Fäustern um sich zu schlagen; wir haben dann gebrüllt, um uns überhaupt in dem Gerangel, mit dem diese 30-40 Mann – übrigens nach den Anweisungen und Befehlen von Schreitmüller, Nusser Bubeck und Hauk – soweit ich sehen konnte (die sich bis auf Hauk im Hintergrund zu halten versuchten) eine Schlägerei – also scheinbar einen Angriff durch uns zu provozieren versuchten.

Aber die Provokation war von Schreitmüller usw. von vorneherein so angelegt, daß jedes Gespräch ausgeschlossen war. Schreitmüller gab mit dem Ruf „die Tür wird aufgeschlossen" das Zeichen, auf das hin sich die Bullen auf uns – jeweils 6-8 auf einen Gefangenen – stür zten.

Zuerst traten sie auf Werner ein, schleppten ihn zu mindestens sechst zur nächsten Zelle und schleuderten ihn rein; gleichzeitig hatten sie sich auf Andreas gestürzt (ich konnte das aber nicht genauer sehen) ; auf mich stürzte sich Hauk, zusammen mit 4 oder 5 anderen, ich wurde auf den Boden geschmissen und Hauk quetschte sein Knie mit dem ganzen Körpergewicht zuerst auf Ober- und Unterkiefer, dann auf Hals- und Brustkorb, sie schleiften mich dann in eine der hinteren Zellen.
(Verletzungen: Prellungen/starke Schmerzen im Gesicht, Ober- und Unterkiefer, zwei gelockerte Vorderzähne durch Schläge, Prellungen, Hämathome, Hautabschürfungen am ganzen Körper).

Daß dieser Angriff klar darauf zielte, den Gefangenen schwere Verletzungen zuzufügen, war im ganzen offensichtlich; besonders deutlich bei Wolfgang, dem sie die Brille mit dem Ellbogen/Unterarm ins Auge drückten – die Brille zerbrach dabei;
und im Angriff auf Gudrun, Ingrid und Irmgard mit der ganzen Brutalität und dem aufgestauten Sadismus einer Horde uniformierter Schliesser.

Wichtig ist, daß es zu keinem Zeitpunkt wir waren, die angegriffen haben. Von uns lief, als dieser Pulk aufgehetzter Uniformierter losprügelte, passiver Widerstand. Was auch im ganzen Ablauf unmittelbar evident ist: die Anwälte wurden schon am Besuch – ohne Erklärung – gehindert, bevor das hier oben überhaupt anfing – das zeigt Schreitmüllers Planung, die so weit ging, daß er die verschiedenen Richter vorher über eine Besuchssperre aus Sicherheitsgründen informiert hat; und Schreitmüller hatte die Horde zusammengerottet, ohne daß es einen sichtbaren oder artikulierten Anlaß gegeben hätte.

Jan Carl Raspe

PROTOKOLL VON GUDRUN ENSSLIN

Von Lärm, Schreien vor Schmerz und Schlägen auf dem Flur wache ich auf und stürze aus dem Schlaf aus der Tür. Ich werde sofort von 5 bis 6 Beamten auf den Boden gerissen. Bevor sie mich im Griff haben, entkomme ich irgendwie. Ich will auf die gegenüberliegende Seite, wo ich Ingrid und Irmgard schreien höre. Schreitmüller sehe ich dabei zwischen den Grünen stehen, die um Jan und Wolfgang zusammengeklumpt damit beschäftigt sind, sie rumzutreten.

Als ich Ingrid und Irmgard sehen kann, haben sie sich grade in den Türrahmen der Zelle von Andreas geflüchtet und jetzt – ich stehe neben ihnen – sehe ich: der Flur ist voll von Grünen. Es ist – das ist in dem Moment das Bild – ein Gemetzel. Ich sehe, wie auf der gegenüberliegenden 5-6 Beamte Helmut gegen die Tür und den Türrahmen meiner Zelle knallen, sie treten ihn und werfen ihn an den Beinen in die Zelle. Ich höre ihn auf den Boden krachen. Jan und Wolfgang werden immer noch jeder von 5 bis 6 Grünen zusammengetreten und auf dem Boden hin- und hergerissen. Von beiden ist nur noch ein Bündel zu sehen, von Wolfgang auch, daß er blutet.

Ingrid, Irmgard und ich wollen auf die gegenüberliegende Seite. Um jeden schlagenden Haufen von Beamten hat sich ein zweiter Ring von Beamten gebildet. Aus ihm lösen sich jetzt einzelne, die uns alle 3 auf den Boden reißen. Sie reissen meinen Kopf an den Haaren auf den Boden hin und her, verrenken mir Arme und Beine. Einen Moment in Panik schreie ich, weil sie angefangen haben, mein Gesicht und meinen Hals zuzudrücken, mich zu würgen. Ich bekomme keine Luft mehr und es kommt mir vor, als würde ich bewußtlos. Doch sie haben mich wieder losgelassen: fast gleichzeitig werden Irmgard und ich in die Zelle von Andreas geworfen. Die Tür kracht zu und wird abgeschlossen. Nach den Schreien von Wolfgang und Ingrid – es müssen Minuten sein – wird es still, der Flur ist leer.

Etwa eine Stunde später – gegen zwölf – werden wir durch die Klappe gefragt, ob wir essen wollen. Wir lehnen ab. Gegen zwei Uhr erscheint ein Trupp Grüner in der Zelle – an ihrer Spitze Hauk, der uns anschreit, auf den Flur zu kommen und in meine Zelle zu gehen. Aber da sind sie auch schon dabei, uns rauszuzerren. Wir sagen, daß wir selbst rausgehen werden und verlangen auf dem Flur, daß auch die anderen Zellentüren aufgeschlossen werden, damit auch die anderen raus können. Hauk – er ist in einem vollkommen erregten Zustand, zittert. Er schreit irgendwas und 4 oder 5 Beamte reißen mich an den Armen und an den Haaren nach hinten, nehmen mich in den Griff. Auf dem Weg zu meiner Zelle und voll in ihrem Griff – sie schieben mich an den nach hinten gedrehten Armen ohne Mühe vor sich her, während vor mir 2 bis 3 mit dem Gesicht zu mir rückwärts gehen, d.h. ich bin auch eingeklemmt – kriege ich ein Knie voll in den Steiß und wie sie mich festhalten ist es dabei, als würde ich die Schmerzen in den Armen und Schultergelenken erst jetzt spüren. Ich bin durch die Zellentür auf Irmgard drauf in die Zelle geflogen.

Gudrun Ensslin

PROTOKOLL VON HELMUT POHL

In dem Maß, in dem in der ersten Augustwoche die Hetze gegen das Büro Croissant hochgezogen wurde – womit direkt wir gemeint sind –, nahm die Agressivität der Bullen im Trakt zu. Man konnte es einfach sehen, wie das, was der Staatsschutz über die Medien angedreht hatte, direkt in den Trakt einzog: an den kurzen Wortwechseln mit den Bullen, an der Schärfe,

mit der sie die Bewegungen jedes Einzelnen von uns beim Umschluß verfolgten, am Verhalten Schreitmüllers, wenn wir mit ihm sprechen wollten usw. Also genau der Ablauf, wie sich eine zentral gesteuerte Kampagne umsetzt in Agressivität der Bullen.

Wir haben die Eskalation kommen sehen. Ein paar Beispiele für die Entwicklung:

– die Pressekonferenz Rebmanns, auf der er als Generalbundesanwalt die Zusage, in Stammheim eine interaktionsfähige Gruppe von Gefangenen zu konzentrieren, die er als Ministerialdirigent im baden-würtembergischen Justizministerium gegeben hatte, öffentlich gebrochen und auf der er diese 'Dokumentation' über die Haftbedingungen mit den uralten Lügen von Hunderten von Besuchen bei uns der Presse eingefüttert hat, während es nach der Besucherliste des Knasts von immerhin vier Jahren für Andreas, Gudrun und Jan insgesamt 19 Besucher waren, die nicht mit ihnen verwandt sind.

– die Tatsache, daß die zähe, monatelange Entwicklung hin zu Mindesthaftbedingungen, nachdem acht Gefangene zusammengekommen waren, abrupt zum Stehen kam.

– die gezielte Hetze gegen Andreas und Gudrun in der Presse, sinngemäß: 'solange es die beiden gibt, wird es keine Ruhe geben' oder die Behauptung, Gudrun hätte den 'Bekennerbrief' des Kommandos Ulrike Meinhof geschrieben.

– die Medienkampagne gegen die letzten verbliebenen Anwälte, hochgezogen am Büro Croissant als 'Informationszentrale' der Guerilla, als 'Schaltstelle' usw.

Das sind nur ein paar Beispiele.

Das Zusammentreffen dieser Kampagne – wobei deren Planmäßigkeit z. B. an dem Spiegel-Artikel vom 1. August zu sehen ist, der, vor der Ponto-Aktion geschrieben, die Staatsschutzbegriffe 'Informationszentrale' und 'Schaltstelle' zum Büro Croissant bringt, die nach der Ponto-Aktion dann breit ausgewalzt werden – mit der Reaktion auf die Ponto-Aktion konnte für uns nur heißen, daß der Staatsschutz, in der Zange zwischen der Kontinuität des Widerstands und der zunehmenden Akzeptanz im Ausland, wie sie sich zuletzt in der Weiterentwicklung der Genfer Konvention und ihrer Anwendung auf Befreiungsbewegungen ausgedrückt hat, und der zunehmenden außenpolitischen Isolierung der BRD, ein Prozeß, der wesentlich über den Widerstand der RAF, auch in den Gefängnissen, lief, in Stammheim jetzt zur Endlösung kommen will.

Am Freitag, dem 6. August, ist kurz vor dem Einschluß Andreas in Gudruns Zelle gegangen, um etwas nachzuschlagen. Nachdem Irmgard noch hineingegangen war, schlossen die Bullen die Zelle ab. Wir anderen standen noch auf dem Gang und beobachteten die überraschende Situation. Kurz davor hatten die Bullen vor, in Gudruns Zelle zu gehen, um die Gitter abzuklopfen, redeten aber nur in der Tür unentschlossen herum. Jetzt rufen Gudrun und Irmgard sie und fordern sie auf, die Kontrolle durchzuziehen. Münzinger geht auch rein, geht an das Gitter und kommt zu unserem Erstaunen allein wieder heraus, und die Bullen schließen die Zelle endgültig ab. Man kann sich in so einer Zelle nicht verstecken, und Andreas hat das auch gar nicht erst versucht. Er hockte vor dem Bücherregal, Münzinger muß ihn also gesehen haben. Das heißt, die Bullen wußten schon vorher, wo Andreas ist. Sie haben ihn 'übersehen', und natürlich hat Andreas sich nicht gerührt, und sind ein bis zwei Stunden später, wo sie es plötzlich doch wussten, mit zehn Mann gekommen, um ihn in einer großen Affaire aus der Zelle zu holen.

Das Arrangement war darauf angelegt, die Sache so abzuwickeln, daß sie als ein überdimensionierter Vorgang durch den ganzen Apparat durchschlägt, was dann wieder die Konfrontation im Trakt verschärfen muß. Es ging damit los, daß sie am Wochenende versuchten, unsere Bewegungsfreiheit weiter einzuschränken; alle Zellen, also auch die zwei großen, die während des Umschlusses jeweils von Frauen bzw. Männern benutzt werden konnten, sollten abgesperrt werden. Da wir dies nicht zuließen, standen während der gesamten Umschlußzeit drei Bullen ein paar Meter vor uns im Trakt.

Heute sollte nach einer Ankündigung der Bullen 'die Situation geklärt' werden. Am Morgen stehen schon statt der drei Bullen, wie am Wochenende, sechs im Trakt. Etwa um 10 Uhr marschieren Nusser und Schreitmüller mit 30 bis 40 Bullen auf und umstellen uns sofort. Bubeck, Großmann, Emil sind dabei und an der Spitze Hauck, seit Jahren als Chef des Rollkommandos in Stammheim berüchtigt. Das Verhalten der Bullen ist eindeutig: sie wissen schon, was kommen wird, sie haben die Eskalation vor. Kaum, daß ein, zwei Sätze gesagt sind, bedrohen sie uns. Ein Bulle steht vor mir und holt aus.

Auf das Signal von Schreitmüller: 'die Türen zumachen' stürzen sich die Bullen auf uns. Zuerst auf Wolfgang und Jan, die in der Tür von Andreas' Zelle stehen, dann sofort auf alle anderen, als wir dazwischengehen wollen, auf jedem von uns sind etwa fünf Bullen. 'Emil' zeigt mit ausgestrecktem Arm auf mich, drei packen mich von hinten und drei versuchen, meine Füsse zu fassen zu kriegen. Sie drehen mir die Arme hinten hoch, schlagen und treten. Dann liege ich mal auf dem Boden, ich weiß nicht, wieviele auf mir drauf sind, als ich wieder auf die Füsse komme, greifen sie mich wieder von vorn und hinten an, schlagen und treten.

So geht das ein paar Minuten. Ich sehe immer mal kurz Andreas, Jan, Wolfgang, wie die Bullen sie an allen Vieren über den Boden schleifen und mit Armen und Knien bearbeiten. Wolfgang blutet im Gesicht. Ich sehe, wie sie Gudrun brutal anfallen. Sie beschimpfen uns mit 'du Schwein', 'ihr Säue'. Dann werfen sie uns, auf ein Kommando von Hauck oder Schreitmüller, in die nächstbeste Zelle. Mich zerren sie hoch und werfen mich kopfüber in die große Frauenzelle. 'Emil' tritt mehrmals hinterher.

Nach ungefähr vier Stunden kommen sie wieder und wollen uns in die Zellen, die uns zugeteilt sind, sortieren. Fünf oder sechs Bullen holen mich raus. Auf dem Gang verlange ich, daß ich die Arbeitsmappen von allen, die wir zum Umschluß mit aus den Zellen genommen hatten, auf den Tischen zusammenpacken kann. Zunächst läuft das, aber als ich an meiner Zelle bin, schließen sie nicht auf. Ich sollte in eine leere Zelle am Ende des Trakts. Als ich mich weigere, fallen sie sofort wieder über mich her. Der Stoß Papiere fliegt durch den Trakt, und sie schleifen mich über den Boden in diese leere Zelle, wieder mit Schlagen und Treten.

Es gab keinen Grund, mich in diese leere Zelle zu schaffen, denn in meiner Zelle war keiner, der erst hätte rausgeholt werden können, bevor ich reinkam. Es war pure Schikane. Lust der Bullen, zu einer zweiten Gelegenheit zu prügeln. So haben sie mich auch nach zehn Minuten wieder rausgeholt, und ich konnte in meine Zelle.

Die Bullen haben mir ein Stück aus den Schneidezähnen herausgebrochen, ich habe Prellungen am Knie, meine Hüftknochen schmerzen, und ich habe Hautabschürfungen.

ÜBERSICHT ÜBER REAKTIONEN IN ITALIEN' FRANKREICH,GROßBRITANNIEN AUF DIE STAMMHEIMER EREIGNISSE

Wir beschränken uns auf eine Zusammenstellung der Aktionen, die in den jeweiligen Ländern stattgefunden haben. Auswertung und Verständnis dieser Reaktionen bedürfen noch einer gründlichen Analyse über den unterschiedlichen Stand von Repression und Machtverhältnissen in diesen Ländern.

Aktionen in Italien nach dem Selbstmord an den Gefangenen der RAF – ‚antideutsch'/antifaschistisch/antiimperialistisch/ gegen die ‚germanizzazzione' Italiens.
(Zusammengestellt nach Corriere della Sera und lotta continua)

18.Oktober 1977
Rom: Am späten Nachmittag eine von den Organisationen der Schüler- und Studentenbewegung einberufene Demonstration: mehrere hundert Personen demonstrieren in der Innenstand und ziehen zur deutschen Botschaft, die aber von starken Polizeieinheiten abgeriegelt ist; der Demonstrationszug zieht weiter und vor der US-Botschaft kommt es dann doch noch zu Auseinandersetzungen: Tränengas wird eingesetzt, auf Polizeiautos und Schaufenster (in der Nähe der Via Veneto, einer feinen Gegend...!) wird geschossen; zwei Personen werden festgenommen.

19.Oktober
Genua: Das auf einem Parkplatz am Meer stehende Auto des Kölner Fernsehjournalisten Peter Knips wird nachts ins Meer geworfen.
200 Demonstranten bewerfen das deutsche Konsulat mit Steinen: einige Scheiben gehen zu bruch. 19 Personen werden festgenommen und zwei Haftbefehle wegen Landfriedensbruch und schwerer Sachbeschädigung erlassen.
Gegen eine Autohandlung, in der deutsche Autos angeboten werden, wird nachts mit Molotowcocktails ein Brandanschlag gemacht, durch den erheblicher Sachschaden entsteht.

Mailand: Für 10 Uhr morgens war eine Demonstration auch Protest gegen die Fahrpreiserhöhungen bei den öffentlichen Verkehrsmitteln angesetzt, deren Ziel spontan geändert wird: die ca. 3000 Jugendlichen wollen zum deutschen Konsulat ziehen; auf dem Weg dorthin werden Mollies gegeneine BMW-Niederlassung geworfen: 3 neue Autos und ein geparkter Wagen werden zerstört.

turin: Bei zwei nächtlichen Attentaten gegen eine V- und eine BM-W-Niederlassung entsteht erheblicher Sachschaden; zu den Aktionen bekennt sicht ‚gruppi di azione rivoluzionaria' (Gruppen für revolutionäre Aktionen).

Siena: Gegen eine Mercedes-Niederlassung werden Mollies geworfen, sodaß 5 PKW's und ein LKW kaputtgehen.
Die Schaufensterscheibe der VW-Niederlassung geht durch einen Brandanschlag kaputt.

Livorno: Die Mercedes-Niederlassung wird durch die Explosion eines Sprengkörpers verwüstet; eine Gruppe ‚combattenti per il communismo' (Kämpfer für den Kommunismus) bekennt sich zu dem Anschlag.

Bologna: Nachts werden zwei Bombenanschläge verübt: einer gegen Kalle Infotec (Büromaschinen) und einer gegen die VW-Niederlassung; es entsteht Sachschaden.
Am Vorabend, also noch am 18.10. hatten 30 Personen ein go-in in der BMW-Niederlassung gemacht und einen Sprengkörper gezündet, durch den ein Karabienieri, der dazwischengehen wollte, verletzt wurde; 3 Personen werden verhaftet.

Venedig: Die Türe zum deutschen Konsulat wird mit Benzin übergossen und angezündet, wodurch geringer Sachschaden entsteht.

20.Oktober
Rom: Auf einer Versammlung in der Uni wird morgens eine Demonstration aus Protest „gegen den Mord an den drei Führern der RAF" beschlossen; daraufhin versammeln sich am Nachmittag über 2000 Genossinnen und Genossen in der Uni und anschließend kommt es zu heftigen Straßenschlachten mit der Polizei und Karabinieri im uni-nahen Stadtteil San Lorenzo.
Es werden Bombenanschläge gegen die VW-Niederlassung, gegen Wurt, gegen Ersatzteillager von Porsche und BMW, gegen die Deutsche Akademie und gegen Büros der Firma Leitz verübt.
Ähnliche Protestaktionen gegen deutsche Firmen gibt es auch in Saronne, Busto Arsizio, Florenz, Padua und Venedig.

24.Oktober
Die Brigate Rosse kündigen die Erschießung des deutschen Botschafters in Italien, Hans Arnold an und: „Das Botschaftspersonal hat 24 Stunden Zeit, das Land zu verlassen."

Triest: Gegen drei Büros der christdemokratischen Partei (DC) werden Brandanschläge ausgeführt und einer gegen das Haus eines Abgeordneten der neofaschistischen Partei MSI; durch einen Bombenanschlag auf eine Grundig-Werkstatt gehen zwei Schreiben kaputt; eine geplante Kundgebung mit dem Faschistenführer Almirante wird daraufhin verboten; am Abend machen Schüler und Studenten eine kleine Demonstration und es kommt zu Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Brescia: Auf die Mercedes-Niederlassung wird ein Brandanschlag durchgeführt und gleichzeitig noch eine Bombe gelegt, die einen Polizisten, der sie findet und untersucht, verletzt.

Como: Eine aus einem halben Kilo Trinitrotulouol und einem Wecker gebastelte und in der Audi-Niederlassung gelegte Bombe explodiert nicht, wahrscheinlich weil der Wecker kaputt war.

Diano Marina: Die Schaufenster einer Grundig-Vertragswerkstatt gehen kaputt.

Palermo: 500 Genossen und Genossinnen demonstrieren gegen die Ermordung der Genossen von der RAF; die Polizisten und Karabinieri provozieren und prügeln brutal auf die Demonstranten ein und verfolgen sie durch die ganze Stadt. Während sich die Bevölkerung des Stadtteils Vucciria bislang immer solidarisch gegenüber den Genossen verhalten hatte, ist es diesmal anders: einige Genossen und besonders Genossinnen werden von Bewohnern angegriffen und beschimpft, während sie vor den Karabinieri geflohen sind.
26 Personen wurden festgenommen, gegen 5 Haftbefehl erlassen; am nächsten Tag wurde eine Schule besetzt, um die Freilassung der Verhafteten durchzusetzen.
Die fünf Genossen sind inzwischen verurteilt worden.
Einer erhielt 18 Monate Gefängnis mit Bewährung wegen Mitführens von Mollies; auch die anderen vier, die wegen Teilnahme an einer verbotenen Demonstration. Widerstand angeklagt worden waren, sind ebenfalls auf Bewährung freigelassen worden
Ein Bombenanschlag auf eine VW-Niederlassung wird verhindert.

30.Oktober
An diesem Tag explodiert nachts in einem Auto eine Bombe und tötet den 22jährigen Genossen Rocco Sardone, Mitglied der PCd'I (m-l); Rocco hatte sich den Wagen von seiner Freundin geliehen und wollte offensichtlich die selbstgebastelte Bombe zur Audi-Niederlassung bringen.

Bericht aus Paris – entnommen aus der Liberation

In Paris wurden leere deutsche Touristenbusse im Quartier Latin angezündet. Für drei Attentate hat eine ‚Atuonome

Gruppe revolutionärer Solidarität' die Verantwortung übernommen. Bei einem Anschlag wurde ein Jugendlicher (Christian Wuillaume) verhaftet, der in einem Schnellgerichtsverfahren zu 7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt wurde. Es ist bekannt geworden, daß mindestens 3 Privatwagen mit deutschem Kennzeichen in Paris angesteckt wurden.

19.Oktober
In Paris wurde eine Niederlassung der deutschen Chemiefabrik Keller-Bohacek aus Düsseldorf durch einen Brandanschlag zerstört. (,Gruppe internationaler revolutionärer Solidarität).
Ein Anrufer hat gegenüber AFP (Nachrichtendienst) erklärt, daß ab dem 21.10. systematisch alle Autos, die in Deutschland hergestellt werden, zerstört werden.

21.Oktober
Die Versammlung der ,Autonomen Gruppen' hat in Paris zu einer Demonstration am Bahnhof Saint-Lazare gegen die Morde in Stammheim aufgerufen. In dem Aufruf hieß es: „In ganz Europa werden Repressions-Mechanismen errichtet, die darauf abzielen, jegliche revolutionäre Opposition zu zerbrechen, den ,harten Kern' zu kriminalisieren und die nicht (o)rganisierten Teile der Linken nach dem Muster steriler Volksfront-Politik unter Kontrolle zu bringen... Baader, Ensslin und Raspe sind unsere GEnossen, auch wenn sie eine Politik gewählt haben, die wir nicht immer teilen... Wir lassen es nicht zu, daß der Staat ungestraf mordet."

Die Demonstration wurde verboten und Einheiten der CRS in Kampfausrüstung waren an den Metroausgängen postiert. Sie haben alle Jugendlichen durchsucht und zum Teil in die Mannschaftswagen abgeführt. Als eine kleine Gruppe von Demonstranten in einer Seitenstraße dennoch einen Demonstrationszug formieren konnte, hat die Polizei Tränengas geworfen und sie sofort auseinandergetrieben. 20 Personen wurden festgenommen. Nach Augenzeugen sollen insgesamt 300 Personen dem Aufruf gefolgt sein.

22./23.Oktober
Toulouse: Am Ortsausgang wurde in der Nacht vom Mittwoch auf Donnerstag 19./20. zwei Werkstätten von deutschen Autofirmen (Volkswagen und Mercedes) durch Bomben beschädigt. Mehrere Autos wurden zerstört. In Toulouse wurde e(be)nfalls eine Papierfabrik, die enge wirtschaftliche Bezieh-u(ng)en mit deutschen Firmen unterhält, in Brand gesteckt. Autonome Gruppen haben die Verantwortung für die Anschläge übernommen und erklärt, damit auf die Ermordung von Baader zu antworten, die nicht unbestraft bleiben soll.

Marseille: Eine Mercedes-Garage wurde durch einen Plastiksprengsatz völlig zerstört.

20.Oktober

Nancy: Hier wurde ein selbstgebastelter Molotowcocktail gegen das deutsche Kulturzentrum geworfen, wobei ein Brand entstand, der jedoch schnell gelöscht werden konnte.

Nizza: Zwei deutsche Touristenbusse wurden durch Brände schwer beschädigt.

Limoges: Auf der Route Nationale 20 wurde eine Mercedes-Werkstatt durch einen Brandanschlag beschädigt, für den die ,Bewegung revolutionäre internationale Solidarität' die Verantwortung übernommen hat. Sie hat auch zum Boykott und zur Zerstörung aller deutschen Handels- und Industrieniederlassungen in Frankreich aufgerufen.

Nantes: Eine Mercedes-Werkstatt wurde durch einen Brandanschlag beschädigt.

Poitiers: Es gab eine Demonstration von 200 Personen gegen die Liquidierung von 5 politischen Gefangenen in den Gefängnissen der BRD. Sie haben einen Schweigemarsch gemacht und wollten einen Blumenstrauß am Ehrendenkmal für die Kriegsgefangenen niederlegen. Dabei hat sie die Polizei mit Schlagstöcken vertrieben.

Port-Marly (Vorort von Paris): Hier wurde die Mercedes-Werkstatt durch einen Sprengstoffanschlag völlig zerstört, für den die Gruppe ,Andreas Baader der NAPAP (bewaffnete Zellen für die Volksautonomie) die Verantwortung übernommen hat.

Marseille: Ein Mann mit deutschem Akzent hat angerufen, der sich als ,Sprecher der RAF von Südfrankreich' bezeichnet hat und angekündigte, daß „Tausende von Sprengstoffanschlägen in ganz Europa die kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen Deutschlands zerstört werden."

Strasbourg: Antideutsche Parolen wurden auf Häuserwände gesprüht.

PROZESS-BERICHT über Christian Wuillaume:

Christian Wuillaum, der am 20.10.77 in Paris einen Mercedes-Bus mit deutschem Kennzeichen angesteckt hatte, wobei die Schäden sehr gering waren, ist zu 7 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verurteilt worden. In dem Beicht nach der Verhaftung heißt es: „Christian Wuillaume hat ohne weiteres diese Tatsache anerkannt und erlärt, daß er sich dabei direkt auf den,Selbstmord'von Baader bezieht ."

Auszüge aus dem Prozeß:
Der Gerichtspräsident: „Wie erklären Sie ihre Tat? "
Christian: „Als ich vom verdächtigen Mord Baaders und seiner Freunde erfuhr — es hatte schon so einen Fall in der BRD gegeben: Ulrike Meinhof — habe ich angesichts des Mangels an internationalen und nationalen Reaktionen und des Schweigens in der Presse beschlossen, ein Symbol der RAF anzugreifen."
Der Präsident: „Aber wo sehen Sie die Verbindung zwischen einem Bus und dem, was in diesem Land passiert? "
Christian antwortet indierekt: ..Ich betrachte mich nicht als einen Terroristen. Einen Bus anstecken ist für mich, als ob ich zu der Zeit der Bombardierungen in Hanoi eine Pappfigur von Nixon angesteckt hätte." — „Ich halte diese Tat nicht für eine terroristische Tat. Ich mache daraus keine politische Linie, keine Strategie. Meine Tat ist vielmehr eine Tat der Revolte als eine der Revolution. Den Sozialimus zu erreichen ist nicht nur die Sache von bewaffneten Gruppen, die Leute selbst sollen ihre Sache in die Hand nehmen. Die Macht wird nicht delegiert auch nicht an die Terroristen. Ich mache aus meiner Aktion keine revolutionäre Heldentat."
Ein ehemaliger Lehrer von Christian macht folgende Aussage: „Christian ist ein sehr ehrlicher Mensch, seine Tat ist eine spontane Aktion, sie ist ein Hilferuf an alle Leute, die ihn gekannt haben."
Der Präsident: „Sie denken, daß man einen Bus anstecken muß, um Hilfe zu rufen? " Das ist tatsächlich nicht überzeugend."
Der Kommentar des Staatsanwalts: „Es ist eine intellektuelle und moralische Regression, wenn man sich für Gegenstände und Sachen interessiert, um den Sozialismus zu erreichen."

Wenn ihr an Christian schreiben wollt:
Nummer 189 811 bloc C Zelle 317
Maison d'arret de la Santè, Rue de la Santè, Paris 14.
Christian Wuillaume

BERICHT AUS LONDON VOM 11.NOVEMBER:

„In England gab es keine anti-deutsche Welle" (sagt die Frankfurter Rundschau)
Ein Gegenbericht:
Trotz der Tatsache, daß der Protest weder der Militanz noch der politischen Breite von Beispielsweise Italien erreichte, gab es eine Reihe von Aktionen in Großbritannien, die zeigen,daß der britischen Linken doch langsam die Notwendigkeit der

Auseinandersetzung mit dem ‚Modell Deutschland' wahrnimmt. Erst ein paar erklärende Bemerkungen.
Großbritannien mußte nie unter einer deutschen Besatzung leiden wie Frankreich und Italien und Griechenland, d.h. daß das Mißtrauen den nordeuropäischen Nachbarn gegenüber wesentlich geringer ist als in diesen Ländern. Weiter sind die Briten immer als Siegermacht aufgetreten den Deutschen gegenüber. Auch gab es in Großbritannien bislang keine faschistische Bewegung, die über eine Massenbasis verfügen konnte. Die historische Erfahrung ist einfach anders an der Periferie Europas als in seiner Mitte. Die britische Linke hat sich nie besonders für Europa interessiert, sein Internationalismus bezieht sich hauptsächlich auf die Kämpfe in den ehemaligen Kolonien des britischen Reichs (insbesondere das südliche Afrika).
Sie fühlen sich demnach, trotz der wachsenden außenpolitischen Einflußnahme der BRD, nicht unmittelbar bedroht und tatsächlich ist das Verhältnis Großbritannien/BRD zur Zeit ziemlich undurchsichtig.

18.Oktober

London: Spontane Proteste von etwa 60 Leuten vor der deutschen Botschaft in London. Ähnliche Aktionen in Edinburgh und Nord-England. Der Nachrichtensender, Independent Radio News berichtet ausführlich über den Londoner Protest. Ausschnitte dieses Berichts werden am nächsten Tag in der Frankfurter Rundschau abgedruckt.

18. – 23.Oktober

Plakate werden gedruckt mit der Inschrift „Baader,Ensslin, Raspe – Imprisoned, Tortured,Murdered", sowie ein ‚Daily Mirage' (Persiflage auf die größte britischen Tageszeitung Daily Mirror) mit der Schlagzeile „Schleyer commits suicide". (Schleyer beging Selbstmord)
Diese Plakate sind dann in einigen Londoner Stadtteilen geklebt worden.
In der britischen Presse wird die offizielle Selbstmordversion skeptisch behandelt.

16.Oktober

Reuter (britische Presseagentur) schickt folgende Meldung über den Fernschreiber: „Flugzeug mit GSG 9 unterwegs nach Somalia". 2 Minuten später mit der Bitte, diese Nachricht nicht zu verwenden. Alle britischen Zeitungen bis auf die rechte Daily Telegraph und Daily Express folgen dieser Anweisung. Die Gleichschaltung der Presse nimmt internationale Dimensionen an.

28.Oktober

Helmut Schmidt kommt überraschend nach London , um den Briten einen Vortrag über die Bekämpfung des Terrorismus zu halten. Nur etwa 70 Leute kommen zu einem kurzfristig geplanten Protest.
Am gleichen Abend findet die erste größere kulturelle Veranstaltung des Goethe-Instituts seit Stammheim statt. Geplant ist eine Diskussion über Kunsterziehung in der BRD, aber eine Rednerin verweigert die Teilnahme an der Diskussion und begründet dies mit den Stammheimer Ereignissen und den Verfolgungen der Linken. Vor etwa 120 Leuten versucht der deutsche Kulturattache das Deutschland-Bild in ein ‚rechtes' Licht zu rücken. Es gelingt ihm nicht und die zweieinhalb-stündige Diskussion befasst sich mit den politischen Verhältnissen in der BRD.

29.Oktober

Der ‚Peoples News Service' (PNS = britischer ID), kriegt einen Anruf aus Nordirland. Der Sprecher sagt: „Am Anfang der Woche ist die germanistische Fakultät der Queen's University, Belfast mit roter Farbe beschmiert worden."

ANWÄLTE AN DER GRENZE TERRORISIERT

DARMSTADT 12. November *Die Anwälte Hans Heinz Heldmann, Stephan Baier, Armin Golzem, Brigitte Tilgener und Gerhard Knöss sind vom Bundesgrenzschutzoberkommissar Dawo am Grenzübergang Saarbrücken schikaniert worden. Hans Heinz Heldmann hat darauf Innenminister Maihofer einen persönlichen Brief geschrieben:*

Sehr geehrter Herr Bundesminister!

Sehr verehrter Herr Professor Maihofer!

Auf kollegiale Bitte der französischen Anwälte von Dr. Croissant, dem ich mich seit Jahren freundschaftlich verbunden fühle, habe ich am 2. November bis um 0.30 Uhr des 3. November an der Verhandlung vor dem Cour d' Appel in Paris teilgenommen. Der Cour d' Appel hat mich neben anderen ausländischen Rechtsanwälten als Rechtsanwalt für Dr. Croissant zugelassen. Ich bin, zusammen mit den Kollegen Stephan Baier, Verteidiger Croissants vor dem Landgericht Stuttgart, und Armin Golzem, Prozeßbeobachter im Auftrag der 'Initiative von Verteidigern in politischen Strafsachen', gereist.

Bei unserer Wiedereinreise am 3. November um 17,20 Uhr am Grenzübergang Saarbrücken hat uns im Gegensatz zu allen anderen von uns beobachteten Einreisenden ein Zollbeamter zum Zollgebäude gewiesen. Nach Beendigung genauester Zollkontrolle unseres gesamten Gepäcks und des Wagens war die Zollkontrolle um 17,50 Uhr abgeschlossen. Danach hat Polizeioberkommissar Dawo vom Bundesgrenzschutz unsere körperliche Durchsuchung mit totaler Entkleidung verfügt. Er weigerte sich, dafür eine Rechtsgrundlage anzugeben; dann, auf Insistieren: eine 'polizeiliche Verfügung'; dann: 'Zolluntersuchung', worauf der zuständige Zollbeamte auf die Beendigung der Zolluntersuchung hingewiesen hat; dann wieder seine Weigerung, Rechtsgrundlage und Anlaß für seine Total-Strip-Anordnung zu nennen; satt dessen die Ankündigung unmittelbaren körperlichen Zwangs und: 'er müsse die freiheitlich demokratische Grundordnung erhalten und werde sich von uns davon nicht abhalten lassen'.

Wir haben uns geweigert, an dieser offensichtlich rechtswidrigen, sichtbar schikanösen (und von anwesenden Zollbeamten als schikanös begriffenen) Maßnahme mitzuwirken unter ausdrücklichem Hinweis darauf, daß wir als Rechtanwälte uns verpflichtet fühlen, unsere Teilnahme an einem offensichtlich rechtswidrigen Akt zu verweigern.

Dabei sind wir trotz vielfach wiederholter Drohung des Herrn Dawo, unmittelbaren körperlichen Zwang gegen uns zu exekutieren, geblieben.

Dann ließ uns Herr Dawo warten.

Um 19,30 Uhr haben wir unsere Personal- und Kraftfahrzeugpapiere zurückgefordert (darunter auch der Kraftfahrzeug-Brief!). Herr Dawo hat die Rückgabe verweigert (auch die des Kraftfahrzeug-Briefs). Ich habe ihm daraufhin erklärt, daß ich unsere Festhaltung nunmehr als Freiheitsberaubung und versuchte Nötigung würdige. Herr Dawo fand das noch immer zum Lachen.

Um 20,30 Uhr – drei Stunden nach unserer Arretierung – hat Herr Dawo uns unsere Papiere zurückgegeben: 'die Zollbehörde weigerte sich, uns durchsuchen zu lassen'.

Herr Dawo hat sich als Leiter der Grenzschutzstelle Saarbrücken–Autobahn ausgegeben. Ein Telefongespräch mit seiner vorgesetzten Behörde hat er uns verweigert. Danach müssen wir unsere 3-stündige handgreiflich rechtswidrige Sistierung dem Bundesgrenzschutz zurechnen.

Aber auch ein weiteres: Vor unserer Ankunft an diesem Grenzübergang hatte Herr Dawo Frau Rechtsanwältin Brigitte Tilgener aus Stuttgart zwei Stunden lang festgehalten. Frau Kollegin Tilgener ist Bevollmächtigte von Dr. Croissant in Stuttgart. Sie hatte Herrn Rechtsassessor Gerhard Knöss aus

Frankfurt von Paris in ihrem Wagen mitgenommen. Herr Dawo hat Herrn Knöss zu vollständiger Entkleidung gezwungen mit der Drohung: 'Herr Knöss, Sie wollen doch sicher keine Gewalt — aber Sie können sie sofort haben'.
Während seiner 'Amtshandlung' hat Herr Dawo Herrn Knöss in Gegenwart zweier Zollbeamte erklärt (nämlich auf Herrn Knöss' Vorhaltung, wie denn bei solcher Verfahrensweise an Grenzübergängen Herr Kappler von Rom, der immerhin mehr als 300 Menschen ermorden ließ, hätte nach Hause kommen können): 'Über die Entführung Kapplers habe ich mich gefreut'.(Danach haben sich die beiden Zollbeamten gegenüber Herrn Knöss von dieser Äußerung des Herrn Dawo ausdrücklich distanziert: 'er solle nicht denken, sie wären ebenso und freuten sich über die Entführung Kapplers.)

Um 19,30 Uhr habe ich Herrn Dawo vorgehalten: er hinderte uns offensichtlich rechtswidrig an der Wiedereinreise, während zugleich er über die des Herrn Kapplers sich freute. Daraufhin hat Herr Dawo 'reagiert': "Herr Knöss, damit kommen Sie nicht durch."

Ich halte fest: der — angebliche — Leiter der Grenzschutzstelle Saarbrücken-Autobahn behinderte mich in meiner Anwaltstätigkeit (dazu gehört auch die Reise vom Gerichtsort des anwaltlichen Tätigwerdens zurück zur Kanzlei),hält mich offensichtlich willkürlich und erkennbar schikanös nach abgeschlossener Zolluntersuchung noch 2 1/2 Stunden fest, verweigert mir während dieser Zeit jegliche — überwachte — Kontaktaufnahme nach außen, beruft sich hierfür, ohne zu erröten, auf die freiheitlich-demokratische Grundordnung. und 'freut' sich zugleich — in Ausübung seiner Diensttätigkeit! — über die Entführung des Herrn Kappler aus italiensichem Justizgewahrsam (Billigung strafbarer Handlungen nach §§ 120, 258, 258a StGB).

Bei dieser Sachlage werden Sie gewiß volles Verständnis für meine noch in derselben Nacht an DPA und AFP gegebene Presseerklärung haben, welche ich in Kopie anfüge.

Zusammen mit meinen betroffenen Kollegen Baier und Golzem werde ich Strafanzeige gegen Grenzschützer Dawo erstatten. Bitte sehen Sie diesen persönlichen Brief als Anregung, diesen Beschützer der — unserer — freiheitlich-demokratischen Grundordnung dienstaufsichtlich betrachten zu lassen.

In vorzüglicher Hochachtung

ZU DEN VERHAFTUNGEN IN KAISERSLAUTERN

KAISERSLAUTERN
17. November

Am 8. November 1977 wurden 8 Leute der Gruppe „Antifaschistischer Kampf" in Kaiserslautern festgenommen und sitzen seitdem in U-Haft. Die Polizei ermittelt gegen sie wegen des Bombenanschlags auf das Zweibrückener Oberlandesgericht am 31. Oktober 1977 und wegen ‚Bildung einer kriminellen Vereinigung'. Die Verhafteten sind zum Teil in Isolationshaft und hatten auch nur zum Teil Kontakt zu ihren Anwälten. In der Presse wurde über die Gruppe ‚Antifaschistischer Kampf' berichtet als habe man sie schon längst überführt und verurteilt, dabei gilt laut Gesetz jeder solange als unschuldig bis ihm seine Schuld vor Gericht nachgewiesen ist. So las man in den verschiedenen Zeitungen von den „Zweibrückener Attentätern", von den „Bombenlegern, die den Kampf probten", von der „Kampfgruppe mit den Verbindungen zu dem Büro Croissant", von der „Pfälzischen Terrorbande" und von „einer Nachwuchsorganisation der Terroristen" usw. Dabei macht die Presse und wahrscheinlich auch die Polizei und die Bundesanwaltschaft auch vor Lügen nicht halt (denn irgendwoher muß die Presse ja diese Diffamierungen beziehen). So heißt es in der ‚Rheinpfalz' vom 11.11.: ‚Wenige Tag vor der Schleyerentführung ... waren F. und E. untergetaucht.' Die Wahrheit ist jedoch, daß die beiden zu dieser Zeit in Kaiserslautern waren, das wissen auch die Staatsschutzbehörden ganz genau, denn sie waren es, die die Wohnungen und die Gruppe ‚Antifaschistischer Kampf' seit mindestens einem halben Jahr genauester Observierung aussetzten. Seit Anfang Oktober observierten sie rund um die Uhr — jeder Schritt wurde beobachtet. Insofern sind die Staatsschutzbehörden die besten Zeugen dafür, daß die Gruppe den Anschlag nicht verübt haben kann. Wir kennen die Leute vom ‚Antifaschistischen Kampf' und wissen, daß Bombenlegen nicht zum politischen Konzept dieser Gruppe gehört. Vielmehr versuchten sie durch Flugblätter und Veranstaltungen über die Isolationshaft politischer Gefangener und Ähnlichem zu informieren. Auf diesen Veranstaltungen traten auch Mitarbeiter des Büro Croissant auf, was nun als weiteres Indiz der Vorverurteilung zu Terroristen dient. Die Vorwürfe, die gegen die Gruppe erhoben werden stehen auf sehr wackligen Füßen: so seien Fotokopien des Bekennerbriefes zum Zweibrücker Anschlag und sogenanntes Bombenbastelmaterial bei den Hausdurchsuchungen gefunden worden. Was heutzutage Bombenbastelmaterial sein kann, das weiß jeder: Blitzlichter, Kupferdraht, Bananenstecker, Batterien etc.pp. Zu den Fotokopien ist interessant zu wissen, daß die Staatsschutzbehörden wie selbstverständlich davon ausgehen, daß diese auch von der Gruppe ‚Antifaschistischer Kampf' selbst verfaßt worden sind.

Daß sich aber auf so minimale „Fakten" Haftbefehle für gleich 8 Leute stützen zeigt, daß es hier nicht um den Anschlag in Zweibrücken geht, sondern darum, daß der Staatsschutz nach der langen erfolglosen Anti-Terrorfahndung nun endlich Erfolge vorweisen will und muß. So produziert man einfach ein paar Terroristen, wobei Deutschlands freie Presse ihren Teil dazu beiträgt — die Hetze läuft auf vollen Touren.

Wir müssen davon ausgehen, daß die Verhaftung der 8 eine Willkürmaßnahme der Staatssicherheitsorgane ist, um einerseits die politische Arbeit der Gruppe zu beenden und die Existenz derer Mitglieder zu zerstören und um andererseits allen übrigen in Kaiserslautern und anderswo politisch tätigen Gruppen zu zeigen, daß politische Arbeit unerwünscht ist und daß, wer trotzdem nicht damit aufhört, dann halt gewaltsam dazu gebracht werden soll. Gegen diese staatlich verordnete Friedhofsruhe gilt es anzukämpfen, sonst herrscht eines Tages nur noch Ruhe und Schweigen im Land. Wir werden dazu eine Veranstaltung machen. Termin und Ort sind erfahrbar bei:
Solidaritätskomitee c/o KATZ, Rittersberg 5, 6750 Kaiserslautern Telefon 0631/52979

GESETZE ZUR TOTALEN ÜBERWACHUNG

WESTBERLIN
11. November

Der berliner 'Extra-Dienst' hat in seiner Ausgabe vom 11.November Dokumente aus dem Bundesjustizministerium veröffentlicht. In einer Art Vorspann heißt es dazu:

"Aus dem Bundesministerium der Justiz wurden uns einige „Problempapiere" zugespielt, die dort unter der Federführung des Sozialdemokraten Dr. Vogel erarbeitet wurden und den Rechtsabbau in der unterkühlten Sprache der Juristen festschreiben werden. EXTRA-Dienst nimmt sich das Recht, diese vertraulichen, nicht zur Veröffentlichung bestimmten Papiere zu veröffentlichen, weil Gefahr im Verzuge ist: Schließlich fand in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch dieser Woche eine Große-Koalitions-Sitzung im Bundeskanzleramt statt, in der exakt die hier dokumentierten Papiere zur Diskussion standen.

EXTRA-Dienst dokumentiert aus zwei Bereichen:

1. ERWEITERUNG DER SICHERUNGSVERWAHRUNG

Der Begriff der Sicherungsverwahrung ist nicht in allen Staaten bekannt; er wird in einigen abgelehnt, weil er der staatlichen Willkür Tür und Tor öffnet. Im bundesdeutschen Strafrecht war er bisher schon üblich, soll nun aber entscheidend ausgedehnt werden. Die tatsächliche Problematik der Sicherungsverwahrung wird in dem „Problempapier" aus dem Hause Vogel aber nicht einmal angetippt: Daß Gerichte und Staatsanwaltschaft (bei ihren Anträgen) geradezu angehalten werden, die vorgesehenen Höchststrafen für bestimmte Delikte durch zusätzliche Verhängung der Sicherungsverwahrung – „Schutzhaft" sagte man bei den Nazis – bis zu lebenslänglich auszudehnen.

2. DER TOTALE ÜBERWACHUNGSSTAAT

Vorgesehen ist künftig, sogenannte Kontrollstellen zur totalen Personenkontrolle errichten zu können. Die Fassung der einschlägigen Paragraphen für die Polizeigesetze besteht aus Gummi. Der Begriff „öffentlich zugänglicher Ort" ist im Prinzip auf jedes Fleckchen Erde, mit Ausnahme des privaten Wohnbereichs, auszudehnen. Bei „Gefahr im Verzuge" braucht die Kontrollstelle nicht einmal vom Richter angeordnet werden, jeder Staatsanwalt und jeder Hilfsbeamte des Staatsanwalts – lies: Polizist – kann es sich einfallen lassen. „Öffentlich zugängliche Orte" sind beispielsweise auch die Büros von Parteien, Gewerkschaften und Organisationen: Nach dem Gummi-Gesetz kann an der Tür jedes Parteibüros bei vermuteter „Gefahr" ein Polizist jedermann anhalten und durchsuchen.

Er kann dies auch in jeder Wohnung, wie eine andere Gesetzesänderung vorsieht.

Wohnungsdurchsuchungen müssen richterlich künftig nicht mehr einzeln bezeichnet werden, es reicht, wenn sich ihre Anordnung auf einen „räumlich abgrenzbaren Bereich" bezieht. Was das heißt, wurde in Köln dieser Tage klar, als man ein ganzes Wohngebiet durchkämmte. Räumlich abgrenzbar aber ist auch ein Stadtviertel, eine Stadt, ein Bundesland, ja räumlich begrenzt ist auch der Staat Bundesrepublik, wenn „aufgrund von Tatsachen anzunehmen ist, daß sich der Beschuldigte in ihm aufhält".

Die Verbindung der Kontrollstelle und der Wohnungsdurchsuchung en masse bedeutet: Zu jeder Zeit kann jedermann an jedem Ort überprüft und seine Habe durchsucht werden.

Wenn dieser Entwurf noch in diesem Jahr Gesetz wird, hat die derzeit gültige gregorianische Kalenderordnung ausgespielt: Dann ist der 1. Januar 1978 bereits der 1. Januar 1984 ...

DOKUMENT

Bundesministerium der Justiz

Problempapier

Erweiterung der Sicherungsverwahrung (Ausdehnung auf erstmals straffällig gewordene terroristische Gewalttäter)

I. Das Problem

Nach geltendem Recht (§ 66 Abs. 1,2 StGB) kann Sicherungsverwahrung nur angeordnet werden, wenn der Täter mindestens drei selbständige Straftaten von erheblichem Gewicht begangen hat, einen Hang zu erheblichen Straftaten besitzt und für die Allgemeinheit gefährlich ist. Dagegen greift § 66 StGB dort nicht ein, wo ein Terrorist erstmalig und durch eine einzige Straftat – z. B. eine Geiselnahme nach § 239b Abs. 1 StGB – in Erscheinung getreten ist.

Eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sicherungsverwahrung auf Ersttäter würde – auch gegenüber allen früheren Fassungen des Gesetzes – eine Neuerung darstellen. Sie steht deshalb aber nicht in einem Widerspruch zu dem System der Maßregeln der Besserung und Sicherung, wie die Vorschriften über die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) und in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) zeigen.

Systemkonform wäre die Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sicherungsverwahrung auf den Ersttäter allerdings nur wenn

1. sich seine Gefährlichkeit u. a. schon aus der einen von ihm begangenen Tat folgern läßt,

2. sich seine Gefährlichkeit aus einer vorhandenen Willensrichtung oder einem bestimmten Hang ergibt und

3. die Gefahr erheblicher Straftaten droht.

II. Lösung

Der von der Fraktion der CDU/CSU vorgelegte Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung von Terrorismus und Gewaltkriminalität sowie zum Schutz des inneren Friedens (Drucksache 8/322) schlägt in Artikel 1 Nr. 6 vor, § 66 Abs. 2 StGB wie folgt zu fassen:

„(2) Das Gericht kann neben der Strafe die Sicherungsverwahrung auch ohne frühere Verurteilung oder Freiheitsentziehung (Absatz 1 Nr. 1,2) anordnen, wenn jemand

a) drei vorsätzliche Straftaten, durch die er jeweils Freiheitsstrafe von mindestens einem Jahr verwirkt hat, begangen hat, wegen einer oder mehrerer dieser Taten zu zeitiger Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wird und die Voraussetzung des Absatzes 1 Nr. 3 vorliegt, oder

b) eine Straftat nach § 129a und im Zusammenhang damit eine Straftat begangen hat, die mit lebenslanger Freiheitsstrafe oder mit einer Freiheitsstrafe von zwanzig Jahren bedroht ist, deswegen zu zeitiger Freiheitsstrafe von mindestens drei Jahren verurteilt wird und die Gesamtwürdigung des Täters und der Tat ergibt, daß seine Bereitschaft fortbesteht, Straftaten nach § 129a zu begehen."

III. Argumente für die vorgeschlagene Gesetzesänderung

Für den Vorschlag zu II. könnte – neben dem kriminalpolitischen Bedürfnis – sprechen, daß sich der Entwurf Drucksache 8/322 bemüht hat, den oben zu I. erwähnten Voraussetzungen für eine Erweiterung des Anwendungsbereichs der Sicherungsverwahrung auf Ersttäter Rechnung zu tragen.

IV. Argumente gegen die vorgeschlagene Gesetzesänderung

Gegen die vorgeschlagene Gesetzesänderung könnte in erster Linie eingewandt werden, daß der Entwurf Drucks. 8/322 zwar eine systemkonforme Lösung anstrebt, im einzelnen aber doch noch zu geringe Voraussetzungen für die Anordnung der Sicherungsverwahrung bei Ersttätern verlangt.

1. Erscheint eine Erweiterung des Anwendungsbereiches der Sicherungsverwahrung auf Ersttäter nur vertretbar, wenn sich die Gefährlichkeit des Täters u.a. schon aus der einen von ihm begangenen Tat folgern läßt, so können als die Sicherungsverwahrung auslösende Taten nur bestimmte besonders schwere Delikte in Betracht gezogen werden. Durch deren Begehungsweise muß der Täter gezeigt haben, daß er auch vor besonders schweren Verbrechen nicht zurückschreckt. Dies wiederum sollte sich auch im Strafmaß niedergeschlagen haben. Unter diesem Aspekt dürfte eine Freiheitsstrafe von mindestens fünf Jahren für die auslösende Tat jedenfalls ausreichend sein,

während der Oppositionsentwurf insoweit schon eine Freiheitsstrafe von drei Jahren genügen lassen will.

2. Muß von dem Täter die Gefahr erheblicher Straftaten drohen, so erscheint es zweifelhaft, ob das Fortbestehen der Bereitschaft, Straftaten nach § 129a StGB zu begehen, hierfür genügen kann, zumal der Entwurf Drucks. 8/322 den Tatbestand des § 129a StGB wesentlich erweitert sehen will.

Bei der Entscheidung der Frage, welcher Grad von Gefährlichkeit von einem Ersttäter ausgehen muß, um eine unter Umständen langjährige Sicherungsverwahrung zu rechtfertigen, wird in erster Linie der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten sein. Dabei muß einerseits berücksichtigt werden, daß

a) das Gericht vor dem Ende des Vollzugs der Strafe zu prüfen hat, ob der Zweck der Maßregel die Unterbringung noch erfordert (§ 67c Abs. 1 StGB),
b) das Gericht jederzeit prüfen kann und in Abständen von zwei Jahren prüfen muß, ob die weitere Vollstreckung der Unterbringung zur Bewährung ausgesetzt werden kann (§ 67e Abs. 1, 2 StGB).

Andererseits ist zu beachten, daß die Sicherungsverwahrung auch im Falle ihrer Aussetzung belastende Wirkungen äußert (Widerrufsmöglichkeit nach § 67g; Eintritt der Führungsaufsicht nach § 67c Abs. 1 Satz 2, § 67d Abs. 2 Satz 2 StGB).

Ob der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz im Blick auf die Täterprognose gebietet, mehr als die Bereitschaft zu bestimmten Straftaten zu fordern, hängt wiederum eng mit der oben zu IV 1. behandelten Vorfrage zusammen, welche Anforderungen man an die Schwere der die Sicherungsverwahrung auslösende Tat stellen will. Je höher dort die Anforderungen sind, desto eher erscheint hier der Schluß berechtigt, daß der Täter, der bereits gezeigt hat, daß er eines besonders schweren Verbrechens fähig ist, schon auf Grund der Bereitschaft zu bestimmten Straftaten für die Allgemeinheit gefährlich ist.

Darüber hinaus hängt die Entscheidung von der Frage ab, auf welche künftigen Taten sich diese Bereitschaft beziehen muß. Wird in § 129a StGB der Mordkomplott besonders aufgeführt, so dürften kaum Bedenken bestehen, die Bereitschaft zur Unterstützung eines derartigen Komplotts als ausreichend für die Anordnung der Sicherungsverwahrung anzusehen. Sollte es dagegen bei dem weiten Tatbestand des § 129a StGB bleiben, so wäre daran zu denken, die Entschlossenheit des Täters zu fordern, Taten der in § 129a Abs. 1 Nr. 1 bis 3 bezeichneten Art zu begehen oder – als Erweiterung – durch auf deren Begehung gerichtete Handlungen zu fördern.

DOKUMENT 2

Bundesministerium der Justiz

Problempapier

Erweiterung der Sicherungsverwahrung (Streichung des Höchstmaßes von 10 Jahren)

I. Das Problem

§ 67d Abs. 1 StGB sieht eine Befristung der ersten Unterbringung in der Sicherungsverwahrung auf zehn Jahre vor. Auch im Falle fortbestehender Gefährlichkeit muß der Untergebrachte nach dem genannten Fristablauf entlassen werden.

II. Lösung

Bereits im Rahmen der Erörterungen zum Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch ist angeregt worden, auf die Befristung des § 67d Abs. 1 StGB bei der Sicherungsverwahrung zu verzichten.

III. Argumente für eine Gesetzesänderung

Es wird in erster Linie die Auffassung vertreten, es widerspräche dem Charakter der Sicherungsverwahrung als einer Maßregel der Besserung und Sicherung, ihre Dauer unabhängig von der fortbestehenden Gefährlichkeit des Untergebrachten zu limitieren.

IV. Argumente gegen eine Änderung des Gesetzes

Hier wird vor allem auf die Schwierigkeit einer hinreichend gesicherten Prognose hingewiesen. Auch verbietet der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz die unbefristete Sicherungsverwahrung jedenfalls dort, wo nur Taten aus dem Bereich der mittleren Kriminalität drohen. Eine differenzierende Lösung – unbefristete Sicherungsverwahrung bei drohenden Kapitalverbrechen – wurde seinerzeit in den Erörterungen zum Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch für erwägenswert gehalten.

§ 111 Kontrollstelle

(1) Zum Zwecke der Ergreifung einer Person, die dringend verdächtig ist, eine der in § 100a bezeichneten Straftaten begangen zu haben, sowie zum Zwekke der Sicherstellung von Beweismitteln, die der Aufklärung einer solchen Straftat dienen können, können auf öffentlichen Straßen und Plätzen und an anderen öffentlich zugänglichen Orten Kontrollstellen eingerichtet werden, an denen jedermann verpflichtet ist, seine Identität feststellen sowie sich und von ihm mitgeführte Sachen durchsuchen zu lassen.

(2) Die Anordnung, eine Kontrollstelle einzurichten, trifft der Richter; die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) sind hierzu befugt, wenn Gefahr im Verzug ist ...

§ 104a Durchsuchung an einer Kontrollstelle

(1) An einer Kontrollstelle ist die Durchsuchung jeder dort angetroffenen Person und der ihr gehörenden Sachen zulässig.

(2) Kontrollstellen dürfen zur Ergreifung eines Beschuldigten nur eingerichtet werden, wenn dieser flüchtig ist oder sich verborgen hält und dringend verdächtig ist, eine der in § 100a bezeichneten Straftaten begangen zu haben; der Person nach muß der Beschuldigte nicht bekannt sein. Die Einrichtung einer Kontrollstelle darf nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft und ihre Hilfsbeamten (§ 152 des Gerichtsverfassungsgesetzes) angeordnet werden.

§ 105 Abs. 1
wäre durch folgende Regelung zu ergänzen:
Die Durchsuchung an einer Kontrollstelle ist auch ohne richterliche Anordnung zulässig.

§ 163c Identitätsfeststellung

(1) Ist jemand einer Straftat verdächtig, so können die Staatsanwaltschaft und die Beamten des Polizeidienstes die erforderlichen Maßnahmen treffen, um die Identität seiner Person festzustellen. Sie können den Verdächtigen insbesondere anhalten, ihn nach seinen Personalien befragen und verlangen, daß er mitgeführte Ausweispapiere zur Prüfung aushändigt. Der Verdächtige darf festgehalten werden, wenn die Identität sonst nicht oder nur unter erheblichen Schwierigkeiten festgestellt werden kann. ...

Wohnungsdurchsuchungen

§ 103 wird wie folgt geändert
a) In Absatz 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

„Zur Ergreifung eines Beschuldigten, der dringend verdächtig ist, eine Straftat nach 129a des Strafgesetzbuches oder eine der in dieser Vorschrift bezeichneten Straftaten begangen zu haben, ist eine Durchsuchung von Wohnungen und anderen Räumen auch zulässig, wenn diese sich in einem räumlich abgrenzbaren Bereich befinden, von dem auf Grund von Tatsachen anzunehmen ist, daß sich der Beschuldigte in ihm aufhält."

b) Absatz 2 erhält folgende Fassung

„(2) Die Beschränkungen des Absatz 1 Satz 1 gelten nicht für Räume, in denen der Beschuldigte ergriffen worden ist oder die er während der Verfolgung betreten hat."

In § 105 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:
„Durchsuchungen nach § 103 Abs. 1 Satz 2 dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzug auch durch die Staatsanwaltschaft angeordnet werden."

DIE MASSNAHME WURDE ZUR REGEL

FRANKFURT 14. November — *Die Initiativgruppe Peter-Paul Zahl schreibt:*

Am 5. September 1977 wurden ca. 90 politische Gefangene der BRD unter Berufung auf den "rechtfertigenden Notstand" (§ 31 StGB) von jeglichem Kontakt zu Verteidigern, Angehörigen, Mitgefangenen sowie sämtlichen Informationen durch Presse und Rundfunk abgeschnitten.

Merkwürdigerweise, aber vielleicht auch bezeichnend, befand sich unter diesen Gefangenen auch Peter-Paul Zahl.
Die Maßnahmen nach dem Erlaß des Kontaktsperregesetzes (am 3.10.77) haben diesen Ausnahmezustand bestätigt. Erst nach Einspruch des Anwalts, der bereits nach der ersten Verfügung erfolgte, hat sich die Justiz zu einer Differenzierung bequemt.

Am 13.10.77, also 10 Tage nach Erlaß des Kontaktsperrengesetzes, hob der Bundesgerichtshof die Totalistolation für Peter-Paul Zahl (und drei weitere Gefangene) auf. Zur Begründung im Fall Peter-Paul Zahl hieß es, der Schriftsteller sei zwar besonders gefährlich, "es sei (aber) weder bewiesen noch auch nur substantiert behauptet, daß er einer terroristischen Vereinigung, sei es auch nur als Unterstützer zuzuordnen ist." (Beschluß des BGH v. 13.10.77).
Daraufhin begann die JVA Werl die Vollzugsbedingungen des Gefangenen Zahl wieder dem Normalvollzug anzupassen. Jedoch weil nicht sein kann, was offensichtlich nicht erwünscht ist, wurde er ab dem 20.10.77 wieder in strenge Einzelhaft genommen. Das bedeutet, ihm wurden wiederum sämtliche Kontakte innerhalb der Anstalt wie gemeinsamer Hofgang, Umschluß und Freizeitveranstaltungen untersagt.
Die Begründung für diese Maßnahmen leitete die JVA Werl aus Vorgängen ab, die Peter-Paul Zahl in der beiliegenden "eidesstattlichen Erklärung" darlegt. Bis zum 8.11.77 hat die Isolationshaft von Peter-Paul Zahl wieder einmal gedauert. Insgesamt waren es im letzten halben Jahr 14 Wochen.
Wer möchte behaupten, daß man solch sorgfältige Behandlung schadlos überlebt?
Es besteht die große Gefahr, daß "im Wege der sensorischen Deprivation ein Verlust an menschlicher Sozialität entsteht." (Calliess/Müller-Dietz, Rdnr. 2 zu § 89 StVollzG).

Peter-Paul Zahl, z.Zt. Postfach 301, D-4760 Werl, 25.Okt.1977

EIDESSTATTLICHE ERKLÄRUNG VON P.P. ZAHL

Diese Erklärung gebe ich an Eides statt:

Am 29. April 1977 wurde ich im Einzeltransport aus der JVA Werl in die JVA Bochum verbracht und dort bis zum 30.Juni 1977 in strenger Einzelhaft gehalten. Anlaß für diese Maßnahme war die - zunächst anonyme - Denunziation, ich hätte zusammen mit 31 anderen Gefangenen einen "Gefangenenaufstand", verbunden mit einer "Geiselnahme eines Justizbediensteten", geplant.

Ein diesbezügliches Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Arnsberg wurde e i n g e s t e l l t; seither wird gegen zwei Denunzianten und einen höheren Bediensteten der JVA Werl wegen Vortäuschung eines Verbrechens und falscher Anschuldigung ermittelt.

Am 6. September 1977 kam ich erneut in Isolationshaft, verbunden mit Kontaktsperre. Anfang Oktober 1977 traf der Bundesminister der Justiz die "Feststellung" nach § 31 des neuen Einführungsgesetzes zum GVG.

Der BGH hob diese "Feststellung" a u f, da ich n i c h t zu dem im Gesetz genannten Gefangenenkreis gehöre.

Beides bedeutet, daß ich allein im letzten halben Jahr etwa 14 W o c h e n u n s c h u l d i g in strenger Einzelhaft saß!

Am 20. Oktober 1977 wurde ich auf Anweisung des stellv. Anstaltsleiters der JVA Werl erneut in Einzelhaft gesteckt. Eine Anhörung des Gefangenen fand nicht statt. Erst in einer Unterredung mit dem ORR H ö t t e r erfuhr ich, warum ich erneut - nach nur einer Woche Normalvollzug - in Einzelhaft kam.
Es stellte sich heraus, daß zwei Gefangene mir, wie es der hiesige Oberlehrer H u e sagte, "eine Lampe gebaut haben".

Im Juli 1977 erzählte mir ein Gefangener, der Gefangene Hermann S c h ö n g r a f habe einen Besuch, bzw. mehrere, einiger namentlich bekannter Beamter der polit. Abteilung des LKA Düsseldorf erhalten, und zwar jener, die meine Besuche überwachten.

Nachdem ich innerhalb der JVA Werl vom Haus 3 ins Haus 1 verlegt wurde, traf ich bei einem Hofgang am Samstag auf diesen Gefangenen. Er sprach mich an, tat recht "militant" und versuchte, mich zu überzeugen, eine gemeinsame Aktion von Gefangenen, wie der geplante Hungerstreik von 32, später 50 Gefangenen gegen die hiesige Station B 1, "bringe nichts", das habe man ja gesehen, da müsse "was ganz anderes kommen".
Am Ende der Freistunde sagte ich daraufhin Schöngraf auf den Kopf zu, er habe Kontakt mit LKA-Beamten, und äußerte ihm gegenüber die Vermutung, er sei agent provocateur und versuche, in fremdem Auftrag, mich und andere zu Vergehen oder Verbrechen zu verleiten. Sei das n i c h t der Fall, möge er mich berichtigen und eine Erklärung an Eides Statt abgeben, nicht er sei auf den Gedanken gekommen, mich aufzuhetzen, sondern andere. Diese verweigerte er.

Ich sah mich daraufhin aus Fairness gegenüber meinen Mitgefangenen genötigt, denen, die mit ihm Kontakt haben, mitzuteilen, er habe Kontakt zur pol. Abteilung des LKA und habe mich aufzuhetzen versucht.
Seither mieden wir uns selbstverständlich.

Nach meiner Verlegung von der Abt. A 3 in die Abteilung B 3 des Hauses 1 kam ich lediglich in der täglichen Freistunde mit ihm in Sichtkontakt. Wir redeten nicht miteinander.

Am Mittwoch, 19. Oktober 1977, trat der mir namentlich nicht und auch sonst nur vom flüchtigen Sehen bekannte Gefangene Peter S i l k o w s k i an mich heran. Er wirkte erregt und meinte, ich müsse mich seinem Freund Schöngraf stellen. Ich würde diesen "verleumden". In der Ecke des Freistundenhofes stehend war Silkowskis Auftreten bewußt provokativ ("Wild-West-Manieren"). Er beleidigte mich mehrmals in der Hoffnung, eine Schlägerei mit mir anfangen zu können. Ich sagte ihm, ich schlüge mich nicht mit Mitgefangenen, im übrigen sei es für einen Schläger wie ihn keine Heldentat - sich als Leibwächter Schöngrafs aufspielend -, jemanden verprügeln zu wollen, dessen linker Oberarm durch einen Trümmerbruch zerstört sei. Im übrigen hatte ich keine Angst. Sowohl Schöngraf als auch Sikowski wiederholten mehrmals, wenn ich etwas gegen den Vollzug, im speziellen gegen die Abt. 1 hätte, müsse ich "was bringen". Ich fragte, was sie darunter verstünden. Dem wichen sie aus, meinten jedoch, ich solle einem - mir nicht bekannten! - Beamten der Abt. B 1 "sagen, was" ich von ihm "halte". Ich erkannte den provokativen Charakter des gesamten Auftritts und verhielt mich zurückhaltend und besonnen, trotz diverser Anpöbeleien.

Zeugen: Die Gefangenen Franz R e i t z e r, Abt. B 3, J a n s e n, Abt. C 4 u.a.

Am gleichen Abend, als ich vom Lazarett zurückkam, sprach mich Silkowski seltsamerweise an und sagte, er habe unser Gespräch dem Anstaltsleiter gemeldet.

Das kam mir seltsam vor, hätte Silowski sich doch bei etwas Ehrlichkeit selbst belastet. Mir kam die Sache zu banal vor, weiter darauf einzugehen. Streitigkeiten unter Gefangenen - zudem, wenn es sich um Mißverständnisse oder Provokationen handelt - pflege ich grundsätzlich nicht vor amtliche Stellen zu bringen.

Am nächsten Tag rückten die Zeugen Reiter, Jansen, die besagten Gefangenen Silkowski und Schöngraf, wie ich und andere des B- und C-Flügels zur Freistunde aus.

Während der Freistunde kam es zu keinerlei Vorkommnissen. Ich hatte nicht vor, mich weiter anpöbeln und provozieren zu lassen, und die Anderen, davon ging ich aus, hatten wohl durch ihr Imponiergehabe ausreichend Genugtuung.

Stattdessen aber kam i c h in Einzelhaft gem. § 89 StVollzG.

Ohne mich anzuhören, ja es ablehnend, die Zeugen zu hören, die ich benannte, rechtfertigte ORR H ö t t e r meine Einzelhaft, indem er die Verdrehungen des Gefangenen Silkowski als Anlaß zugrunde legte.
Er nannte drei Gründe:

1. Es bestünde die Gefahr, daß ich verprügelt würde. (Was ich nicht glaube und was sich durch eine einfache Verlegung in eine andere Abteilung simpel ausschließen lassen könnte - allein dies Hafthaus besitzt deren 14!)

2. Es bestünde die Gefahr, daß - Schöngraf verprügelt würde. (Das hatte ich nicht vor, habe ich doch theoretisch genügend Möglichkeit dazu gehabt...)

3. Ich sei im Besitz von "Flugblättern".

Diese Flugblätter aber sind einfache Fotokopien eines pauschalen Antwortschreibens von mir, das ich - seit Dezember 1976 ungerügt - an die vielen Menschen guten Willens richte, die mir auf Grund der Bekanntheit meines "Falles" und meiner literarischen Tätigkeit schreiben. In diesem pauschalen Brief bitte ich meine Adressaten darum, nicht mir, der ich sehr viel Post erhalte, zu schreiben, sondern jenen 46 % der Gefangenen, denen es lt. Justizministerium Niedersachsen an jeglichem Kontakt nach draußen mangelt.

Zeugen für Empfang dieser Fotokopien und ihre Verwendung: Oberregierungsrat und Dipl.Psych. S c h o p l i c k, sowie mein Zensurbeamter (Micheel).

Alle drei Gründe sind mithin willkürlich und an den Haaren herangezogen. K e i n e der in §§ 88 und 89 des StVollzG genannten Voraussetzungen, die "in der Person des Gefangenen liegen" müssen, liegen vor!

Ich beantrage, den Leiter der JVA Werl anzuweisen, die Einzelhaft nach § 89 StVollzG aufzuheben.

Ich erkläre an Eides Statt, daß alle obigen Angaben wahr sind.

Werl, 25. Oktober 1977

Peter-Paul Zahl

Kontaktadresse:

Initiativgruppe Peter-Paul Zahl, c/o Verlag Neue Kritik, Myliusstr. 58, 6 Frankfurt 1

POLIZEIEINSATZ UM MITTERNACHT

OCKSTADT
4. November

Am 4.11. trafen sich 30 Studenten (der Gruppe II des Grundlagenseminars, Fachhochschule Frankfurt des Fachbereichs Sozialpädagogik) in dem Kinderschloß Ockstadt, um sich besser kennenzulernen. Dort passierte folgendes:

"Es war 23.45 Uhr und wir saßen gerade bei Kerzenlicht, Glühweinduft und Gitarrenspiel (Go down, Moses ...).

"Licht an, Ruhe!" "Wer ist der Halter des Wagens F - ...?" 3 Kriminalbeamte in grünen Parkas und in Sweat Shirts und 2 Uniformierte mit MP's standen im Raum, zu dem man von der Eingangstür über einen ca. 20 m langen Flur gelangt. Vor der Zimmertür stand außerdem eine zivil gekleidete Frau mit Notizblock.

Die Halterin Z., Teilnehmerin des Grundlagenseminars, meldete sich. Sie wurde nach den Mitfahrerinnen gefragt. Die Ausweise der 3 Personen (Personalausweis, Kfz-Papiere) wurden verlangt. Auf die Frage von Z. nach dem Grund der Ausweiskontrolle: "Das werden Sie später erfahren!" Nach der erneuten Frage von uns: "Die junge Dame wird es Ihnen später schon sagen." Z. bestand auf einer sofortigen Antwort, mit dem Hinweis, sie sei einverstanden, daß wir alle den Grund hörten. Sie gingen darauf überhaupt nicht ein, sondern betonten lediglich, daß sie ihrer Pflicht nachkommen würden.

Die Situation war für uns unübersichtlich. Wir standen inzwischen in Gruppen im Raum verteilt, die Kinder standen, teils neugierig, teils ängstlich, hinter der rückwärtigen Tür, während vorne immer noch zwei Uniformierte und 2 Zivile, den Finger am Abzug der MP's, der 3. Zivile mit der Ausweiskontrolle beschäftigt waren.
Inzwischen begann einer von uns mit einer Protokollaufnahme, andere bestanden darauf, den Dienstausweis des Einsatzleiters Manfred Ehlert nochmals genauer zu sehen, weil vor Beginn der Personalienaufnahme nur ein flüchtiger Blick auf den Ausweis gestattet worden war.

Sie hatten keinen Haudurchsuchungsbefehl, sie erklärten jedoch, es sei Gefahr im Verzug, wenn wir sie des Hauses verweisen würden.
Z. bekam nun erklärt, daß ihre Überprüfung im Zusammenhang mit der Schleyer-Entführung stände, und daß Hinweise der Bevölkerung bzgl. ihres Wagens vorlägen.

Z. betonte, sie sei seit Monaten polizeilich in Frankfurt gemeldet — ebenso ihr Fahrzeug — und daß sie überhaupt nicht verstehen könne, warum sie ausgerechnet hier um Mitternacht und mit MP's und nicht in Frankfurt überprüft würde.

24 Uhr. Mit der Begründung, es sei nicht ganz sicher, wer wirklich mit Z. gekommen sei, wollten sie nun von allen die Personalausweise sehen. Wer sich nicht ausweisen könne, müsse mit aufs Revier — einige von uns hatten erklärt, sie hätten keinen Personalausweis dabei.
Daraufhin einigten wir uns, daß wir alle aufs Revier mitkommen würden. Unsere Entschlossenheit hatte zur Folge, daß sie sich mit der Notierung unserer Personalien (incl. Beruf) begnügten.
Inzwischen wurde die Fahrzeughalterin aufgefordert, mit zu ihrem Auto zu kommen. Z. wollte aber vorher ihren Anwalt anrufen und erklärte, das sei ihr Recht. Das wurde ihr verweigert, ihren Anwalt könne sie auch später anrufen. Ihren Rechtsanspruch auf einen Zeugen bei der Überprüfung ihres Fahrzeuges wurde erst nach eindringlichem Beharren stattgegeben. Unter Begleitung von insgesamt 4 Polizisten (2 hatten bislang mit scharfem Hund im Hof Posten gestanden) begann die doppelte Untersuchung von Z's Fahrzeug. (Als zu diesem Zweck einer der Polizisten seine Waffen ablegte, schnappte der Hund nach seinem Bein.)
Gegen Ende der Durchsuchung unterhielt sich der Besitzer des Schlosses, F., mit dem Einsatzleiter. F.: "Heute morgen waren doch schon einmal Beamten der Kriminalpolizei Friedberg zur Personalüberprüfung im Schloß." Einsatzleiter Ehlert: "Zum Vergleich sei eine nochmalige Überprüfung ganz gut. Von der morgentlichen Untersuchung wisse er nicht." F.: Die Koordination innerhalb der Polizeistelle (beide von der Kriminalpolizei Friedberg) sei ja wohl nicht gerade zufriedenstellend und ginge auf unsere Kosten mit nächtlicher Untersuchung usw. (Kinder!). Herr Ehlert zuckte nur mit den Schultern und sagte nichts mehr. Die Beamten verabschiedeten sich freundlich.

Z. vermutete Fragen bzgl. ihrer Person von uns anderen. Sie erzählte uns daraufhin ausführlich von sich und warum sie die Überprüfung ihres Wagens und ihrer Person nicht verstehe.

VERSUCH EINER DARSTELLUNG UNSERER SITUATION

Mit diesem Vorfall hatten wir uns noch den ganzen Abend und den folgenden Tag beschäftigt. Dabei stellte sich die Frage,

welche Erfahrung wir eigentlich gemacht haben und was das Resultat dieser Erfahrungen sein könnte. Wir entschlossen uns, eine Beschreibung des Hergangs und einige Punkte unserer Diskussion zu veröffentlichen.

Unsere erste Reaktion war Verblüffung, dann kam bei vielen die Angst (schwere Bewaffnung, agressives Auftreten, keine Aufklärung seitens der Polizei). Es stellte sich die Frage, wie verhalten wir uns. Der Anfang war gemacht, als wir darauf bestanden, die Papiere der Polizei zu sehen und dies zurückgewiesen wurde. Unser Beharren führte zunächst zu einer Verschärfung, wir sollten uns schließlich alle ausweisen. Uns wurde angedroht, daß alle Leute ohne Ausweis mitgenommen würden. Dagegen versuchten wir uns kollektiv zu wehren, was auch gelang. Als die Polizei endlich weg war, trat bei uns eine Mischung aus Empörung, Angst und Ratlosigkeit zutage. Diese Empörung, Angst und Ratlosigkeit sind noch zu definieren:
Waren wir über den Einsatz empört, weil wir doch mit "den Terroristen" nichts zu tun haben?
Sind es die Verstöße gegen rechtsstaatliche Prinzipien seitens der Polizei?
Ist es die Störung unserer Privatsphäre bei einem lockeren Abend während eines Wochenendseminars?
Ist es das Unbehagen über die momentane politische Entwicklung (Repression)?
Ist es die Wut, daß jeder der "anders" ist, eingeschränkt wird?

Aus diesen Fragen leitet sich das weitere Verhalten ab. Wird das Verständnis und die gewünschte aktive Mitarbeit durch solche Formen der Fahndung in uns gefördert? Was bewirken solche Einsätze bei uns? Schürt es den Widerstand, führte es zum Rückzug, der vielleicht Sicherheit bietet oder weckt es Interesse für politische Zusammenhänge und Hintergründe?

Folgende Fragen tauchten auf: Was sind die politischen Hintergründe für solche Einsätze? Wie macht man Zusammenhänge ersichtlich, wie vermittelt man die Hintergründe (Terrorismus als Vorwand, Arbeitslosigkeit als Disziplinierung, wachsende Repression erstickt Widerstand, gleichgeschaltete Presse, der Bürger muß sich mit dem Staat identifizieren etc.) ?

Der Beruf des Sozialarbeiters in seiner gesellschaftlichen Funktion. Sie sitzen an der Wurzel des Übels. Gibt es ruhige Jobs für uns? "

KATASTROPHENTHEATER IN AKTION

BREMEN
17. Nov. 77

In Bremen gibt es ein "Katastrophentheater", das eine Aktion durchgeführt hat, zu der uns folgende Erklärung zuging:

Erklärung des Katastrophentheaters!

"am dienstag, den 8.11.77 um 17.30 Uhr besuchten wir in blumenthal herrn zioto, mitglied der norddeutschen kraftwerke (nwk). in den umliegenden straßen wurden flugblätter bekannten inhalts in die haushaltsbriefkästen gesteckt. zur gleichen zeit huben mitarbeiter des "strahlenschutzkommandos" vorsorglich mit der absperrung des grundstückes von herrn zioto begonnen. es wurden außerdem schwarz-gelbe schilder mit der aufschrift "radioaktiv-verseucht – lebensgefahr" aufgestellt. zusätzlich wurde per megaphon der flugblattext verlesen.

durch den umstand der aktion. "mitarbeiter" in weißen strahlenschutzanzügen mit gut sichtbaren radioaktivzeichen wurden einige besorgte bewohner der straße aufmerksam.

zum ziel der aktion: wir meinen, daß, wenn das akw esenshamm nicht durch uns und unsere phantasie verhindert wird, die gestellte situation jeden tag für alle wirklichkeit wird. zum anderen soll der Forderung nach veröffentlichung des katastrophenplanes nachdruck verliehen werden. des weiteren finden wir es richtig, den verantwortlichen leuten die besorgnis der bürger näher zu bringen.

aktionen dieser art aollen nicht als einzelfall stehenbleiben!!!

Und nun der Text des verteilten Flugblattes:

"An alle Haushalte!

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit können wir davon ausgehen, daß Ihr Nachbar, Herr Zioto, Aufsichtsratsmitglied der NWK (Erbauer des AKW Asenshamm), bei einem routinemäßigen Kontrollbesuch des AKW Ensenshamm RADI RADIO–AKTIV verseucht worden. ist. Der für den Betrieb des AKW und für die Bevölkerung völlig ungefährliche Zwischenfall wurde durch eine Unregelmäßigkeit eines Regelventils verursacht. Es besteht kein Anlaß zur Sorge, wenn Sie die Anweisungen unserer Miarbeiter befolgen.

Folgende Vorsichtsmaßnahmen können Sie selbst ergreifen:
1. Meiden Sie jeden Kontakt (Sicherheitsabstand mind. 50 m) mit Herrn Zioto oder Mitbewohnern seines Hauses.

2. Schließen Sie alle Fenster und Türen, die in Richtung des Hauses zeigen.

3. Falls Sie in den letzten 6 Std. mit Herrn Zioto oder Mitbewohnern seines Hauses Kontakt hatten, so melden Sie sich bitte unter der oben angegebenen Tel.-Nr.

4. Verhalten Sie sich bitte gemäß dem Katstrophenplan für Radioaktive Unfälle im Unterweserbereich. Der Katastrophenplan wurde an alle Haushalte verteilt!

Weitere Weisungen erhalten Sie von unseren Mitarbeitern oder über Rundfunk und Fernsehen.
Bitte bewahren Sie Ruhe und geben diese Informationen sofort an alle Mitglieder Ihres Haushaltes weiter. Wir hoffen auf Ihre aktive Mitarbeit und bitten Sie, Fragen nicht an unsere Mitarbeiter zu stellen. Für Informationen über diesen unbedeutenden Vorfall und weitere Informationen über Atomkraftwerke, die Energieträger von Morgen, stehen Ihnen fachkompetente Mitarbeiter zu Verfügung. Besuchen Sie uns einmal.

Bitte Beachten: Linksextremisten und Terroristen werden diesen Vorfall wahrscheinlich aufputschen. Geben Sie keine Informationen an Unbeteiligte weiter. Bitte strapazieren Sie auch nicht unnötig die Telefone unserer Polizei. Die Polizei ist informiert.
In den nächsten Tagen werden amtlich angewiesene Mitarbeiter zu einer Befragung bei Ihnen erscheinen. Bitte geben Sie nur diesen Mitarbeitern Auskünfte.
Halten Sie sich bitte an diese Vorschriften.

Wir danken für Ihre Mitarbeit.

KONZERTIERTE AKTION FÜR DEN ATOMTOD

FRANKFURT
16. November

„Die Pro-Kernkraft-Veranstaltung des DGB am 10. November im Dortmunder Westfalenstadion gerät mittlerweile ins Zwielicht", schreibt die Hamburger Morgenpost am 15.11. "Obwohl mehr als 40 000 Arbeitnehmer aus der ganzen Bundesrepublik teilnahmen, entstanden dem DGB nur etwa 30.000 Mark Kosten. Nicht nur die Gewerkschaften hatten

ins Westfalenstadion gerufen, sondern auch einige Bürgerinitiativen. Zu denen gehört die 'Bürgerinitiative für gesicherte Energieversorgung', deren verantwortliche Angestellte und Betriebsräte der Kraftwerk Union in Frankfurt sind ..."

Die in der Morgenpost erwähnte Bürgerinitiative BGE hat in einer Informationsschrift vom 29.10.1977, die an Betriebsräte verschiedener Firmen verschickt wurde, dazu aufgefordert, möglichst viele Mitarbeiter teilnehmen zu lassen. Unter anderem heißt es in dieser Information:

"Auch wir, als mitbetroffene Arbeitnehmer, lassen uns nicht länger zum Buhmann der Nation stempeln. Zur Erhaltung unserer Arbeitsplätze und unseres Lebensstandards brauchen wir Strom aus allen verfügbaren Quellen, die sicher und sauber sind.

Auch wir müssen mit dieser Veranstaltung zeigen, daß verantwortungsbewußte Bürger FÜR eine gesicherte Energieversorgung auf die Straße gehen." ... usw.

Die Sprecher dieser Bürgerinitiative geben ihre Telefonnummern an:
06 11 8 07 26 47 Fr. Janoschka
06 11 8 07 32 56 H. Laubenheimer

Wählt man die Nummer 06 11 8 07 1, so meldet sich die Kraftwerksunion (Siemens) in Offenbach.

Herr Laubenheimer ist dort Betriebsrat.

Der Einladung waren beigefügt:

– Unterschriftenlisten
– Aufruf einer anderen Bürgerinitiative AEK (Aktionsgemeinschaft der Bürgerinitiativen für Energiesicherung und Kerntechnik, der ebenfalls zur Teilnahme an der Großkundgebung (hier nicht als Kundgebung des DGB ausgewiesen) zusammen mit folgenden weiteren Bürgerinitiativen BGE Rhein-Main, BGE Main-Kinzig, BKE Dietzenbach, BGE Südh.Ried, BGE Rhein-Neckar und DBE Bochum, beteiligen. Man erwartet 40 000 bis 50 000 Teilnehmer. Unterschrieben ist dieser Aufruf mit den Namen Laubenheimer und Wittstock, beide Mitarbeiter der KWU, letzterer in der Abt. KV 4.5

Ferner lag ein Informationsblatt "Unser Lebensstandard ist gefährdet. Das geht auch Sie an!" bei. Unterschrift H. Langer, Antoniterstraße 14-18, 6450 Hanau 1. Es enthält drei Graphiken, die das Wachsen der Arbeitslosigkeit beweisen sollen, wenn keine weiteren Atomkraftwerke gebaut werden. (1985 1 Mio Arbeitslose zusätzlich!)

Bericht aus dem Westfalenstadion:

Von der Stadt gehe ich zum Stadion rauf, um mir jene pro-AKW-Aktion anzusehen, die der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) wohl recht kurzfristig, zumindest aber klammheimlich, vorbereitet hatte. Tags zuvor war es mir nicht mehr gelungen, Karten für diese geschlossene Veranstaltung zu bekommen, linke Gewerkschafter, die ich angesprochen hatte, wußten teilweise von nichts.

In Richtung Stadt ziehend kommen mir "Demonstranten" entgegen. Es ist noch gut eine Stunde bis zum Beginn der Veranstaltung, man will sich noch stärken. Nicht alle haben später rechtzeitig den Weg zurück gefunden, im Stadion bleiben Plätze frei.

Vor dem Stadion werden die Ankommenden mit Würstchenbude und Marschmusik erwartet. Frage von "Demonstranten" an einen Flugblattverteiler der Dortmunder KKW-Nein–Initiative: "Wo gibt's denn hier die Biermarken? " Die meisten Kollegen aber haben ihre Bierdosen dabei. In meist grünen Plastikbeuteln - je nach Firma mit oder ohne Reklameaufdruck - tragen sie

aus der Frankfurter Standtrundschau vom 11. November 1977

Frankfurter Firmenangehörige fahren zur Kundgebung

„Kernkraftwerke sollen gebaut werden", lautete der Kurz-Kommentar eines der 53 Reisenden in Sachen Pro-Atomenergie, die am Donnerstagmorgen um 8.45 Uhr mit dem Bus vom Eingangstor der Firma Hartmann & Braun in der Bockenheimer Falkstraße aufbrachen. Ihr Ziel: das Westfalenstadion in Dortmund, wo der Deutsche Gewerkschaftsbund eine Massenkundgebung mit 40 000 Arbeitnehmern aus der Elektrizitätswirtschaft und den Kraftwerksunternehmen veranstaltete.

Gut war die Stimmung bei den H&B-Mitarbeitern, brauchte man doch den Ausflug nicht aus der eigenen Tasche zu bezahlen. Zunächst einmal wurden die „53" von ihrem Betrieb, der Meß- und Regelgeräte für Atomkraftwerke produziert, „freigestellt". Ein Urlaubstag fällt nicht ins Wasser, das stärkt die Motivation. Zusätzlich gab's 20 Mark Handgeld vom Betriebsrat, wie die H&B-Pressestelle mitteilt, direkt von der Unternehmensführung, wie ein daheimgebliebener H&B-Mitarbeiter in Erfahrung gebracht haben will.

„Merkwürdig, daß der Arbeitgeber für eine Gewerkschaftsveranstaltung ein Tagesgeld von 20 Mark zahlt", wundert er sich angesichts solch offensichtlicher Interessen-Harmonie.

„Mit fünf Mark sind Sie dabei", hieß es dagegen für die Beschäftigten der Kraftwerk-Union in Offenbach. Soviel nämlich mußten die in 17 Bussen aufbrechenden Atom-Demonstranten hinblättern, damit sie einen der begehrten Plätze ergattern konnten. Denn auch hier hieß es: Demonstrationszeit ist Arbeitszeit. So war denn auch rund die Hälfte der KWU-Beschäftigten unterwegs in Richtung Dortmund, für einen Daheimgebliebenen Grund zu der Feststellung: „An vielen Telefonanschlüssen meldet sich niemand."

Wie böse Zungen behaupten, bekamen die KWU-Mitarbeiter nur deshalb kein Zusatz-Handgeld, weil hier die Geschäftsleitung von vornherein größere Betroffenheit als bei den H&B-Mitarbeitern voraussetzen konnte, wo die Produktion für Atomanlagen einen geringeren Stellenwert hat.

Freigiebigkeit hat doch ihre Grenzen. Die Frankfurter Bürgerinitiative hat unterdessen ihren geharnischten Protest gegen, wie es heißt, „Bestechungen der Unternehmer" ausgedrückt. Die Gegner der Atomenergie — so ein Sprecher — könnten ihren Protest nur in der Freizeit oder bei Lohnausfall zum Ausdruck bringen.

Bier- oder Coladosen neben belegten Brötchen und Frikadellen, gestiftet vom Rheinisch-Westfälische Elektrizitätswerke (RWE) von Brown Boverie and Company (BBC), von Hartmann und Braun, von ... ich hab sie nicht alle gefragt. Einige hatten aber auch die selbstgeschmierten von Muttern dabei, ihr "Brötchengeber" hatte statt der Freßpakete 20 DM Spesen springen lassen. Die Thyssen-Schulte-AG hatte ein Mittagessen im Goldsaal anrichten lassen.

Warum waren sie heute gekommen. "Weil ich sonst heute arbeiten müßte", einige sind da ganz offen. Die meisten aber scheiner wirklich zu glauben, hier für die Sicherung ihrer Arbeitsplätze zu demonstrieren und halten den Bau von Kernkraftwerken, die "Sicherung der Energieversorgung" für ein geeignetes Mittel dazu. Da nutzt es auch gar nichts, auf die Statistiken zu verweisen, die im Flugblatt der AKW-Gegner abgedruckt sind und die gerade den Abbau von Arbeitsplätzen bei gestiegenen Energieverbrauch nachweisen. "Papier ist geduldig, und mit Statistiken kann man ohnehin alles beweisen."

In den Ansammlungen, die sich immer wieder um die Verteiler der "Komischen Volkszeitung" bilden, hört man nur das übliche: "Die sollte man doch alle über die 'Mauer' schmeißen."

Die Stände der AKW-Gegner werden ängstlich gemieden, die Flugblätter aber von vielen genommen, von einigen sogar gelesen.

Die Jungfaschisten von der EAP sind mit großem Aufgebot angerückt. Sie scheinen aber schlecht gelaunt, weil sich offenbar kaum einer dafür interessiert, daß sie für Kernkraftwerke sind und Schlesinger dagegen.

Der Stand der Bürgerinitiative (BI) für gesicherte Energieversorgung ist von Bonzen umlagert, ihre Unterschriftensammlung geht aber schlecht voran. Kommentar eines Sammlers auf der Jagd nach Unterschriften: "Ein lascher Haufen ist das hier aber."

Dann beginnt die Kundgebung. Ein Gewerkschafter und AKW-Gegner hatte noch Karten an Interessierte zu vergeben, sodaß ich doch noch ins Stadion reinkomme. Am stark umlagerten Bierstand kann man noch mal ins Gespräch kommen. Klar haben sie alle frei gekriegt. "Nacharbeiten? I wo, bei uns nicht!" 2 Mädchen aus Berlin berichten, daß sie kurz zuvor umgesetzt worden waren und eigentlich hätten entlassen werden sollen. Deswegen sind sie heute hier, und außerdem hat ja auch Borsig den Tag voll bezahlt.

Wenn rund um den grünen Rasen Beifall laut wird, hört man von der Würstchenbude her: "Die Bayern kommen! Tooor!" Dennoch ist man sich weitgehend einig: Kraftwerke müssen her. Und hier im Stadion weiß man auch, daß es heute um Kernkraftwerke geht, auch wenn die Redner dauernd von Voerde schwatzen. (In Voerde wurde der Bau eines Kohlekraftwerkes von Bürgerinitiativen gestoppt.) Die Kumpels hatte man daher wohl auch vorsichtshalber im Pütt gelassen. Ich traf einen einzigen Dortmunder Bergmann, und der berichtete, daß auf seiner Zeche voll gearbeitet wird. Nur auf den Aufklebern - schwarz, rot, gold, zu Tausenden verschenkt - stand die Kohle vor der Kernkraft.

Beifall fand auch jeder, der die Bürgerinitiativen angriff, die ja bekanntlich nur "demolieren statt zu demonstrieren". Insgesamt aber war die Stimmung eher verhalten. Wenn Borussia spielt, ist hier wesentlich mehr los.

Wichtig aus den Gesprächen schien mir noch ein Argument der Kollegen, da es nicht aus der offiziellen Propaganda stammt. "Risiken der Kernkraft? Na ja, mag sein, aber es lagern in Deutschland sowieso so viele Atombomben, was machen da noch ein paar AKW's aus? "

Könnte es sein, daß die Gefahren der Kernkraft schon deshalb für die Kollegen kein so brennendes Thema sind, weil sie täglich mit so vielen näherliegenden Kaputtmachern konfrontiert sind?

"DRUCK AN ALLEN FRONTEN: AM BAUZAUN UND IM RATHAUS!"

HAMBURG
20. Oktober

Mit einiger Verspätung (Entschuldigung!) drucken wir hier eine erste Erklärung der Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe aus Hamburg zur Frage der Beteiligung der Bürgerinitiativen an der Hamburger Bürgerschaftswahl im nächsten Jahr:

Das Delegiertenplenum der BUU/ Hamburg hat sich auf seiner Sitzung am 20.10.77 mit den in der ersten Jahreshälfte 1978 anstehenden Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft befaßt. Aus insgesamt 35 auf dieser Sitzung vertretenen Bürgerinitiativen wurde ein Überblick über die bisher zu dieser Frage stattgefundenen Diskussionen gegeben. Dabei ergab sich:

1. Mit großer Mehrheit wird in der BUU/Hamburg die Auffassung vertreten, daß die BUU/Hamburg aktiv in den Wahlkampf und in die Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft eingreifen sollte. Die Wahlen werden als eine zu nutzende Gelegenheit betrachtet, um im Sinne einer weiteren Verbreitung des Protests und der Bewegung gegen Atomkraftwerke und das lebensbedrohende Atomenergieprogramm zu wirken.

2. Die Mehrheit der BUU/Hamburg befürwortet eine alternative Kandidatur zu den bestehenden bürgerlichen Parteien, da keine dieser Parteien die Besorgnisse und den Protest wachsender Teile der Bevölkerung gegenüber den Atomanlagen teilt. Auch wenn niemand in der BUU/Hamburg sich Illusionen darüber macht, daß der Kampf gegen das Atomenergieprogramm auf parlamentarischer Ebene entschieden wird, oder dort auch nur entscheidende Fronten dieses Kampfes lägen, so ist die Mehrheit der BUU/Hamburg doch der Auffassung, daß eine alternative Kandidatur von AKW-Gegnern bei den Bürgerschaftswahlen für unseren Kampf nützlich sein kann. Vor allem ist eine solche aktive Beteiligung an den Wahlen dazu geeignet, die Frage der Atomkraftwerke zu einem Thema in diesem Wahlkampf zu machen, dem sich alle bürgerlichen Parteien dann in öffentlicher Auseiandersetzung mit den AKW-Gegnern stellen müssen, was sie sonst nur allzu gern umgehen würden, da ihnen der Widerspruch ihrer Politik zu den Interessen breiter Teile der Bevölkerung natürlich selbst bekannt ist. Eine solche für die Anti-AKW-Bewegung förderliche öffentliche Auseinandersetzung dürfte sich dann auch durchaus darin niederschlagen, daß die für eine alternative Kandidatur abgegebenen Stimmen die Beahuptung der AKW-Betreiber und der bürgerlichen Politiker widerlegen, daß die AKW-Gegner nur ein unbeträchtliches Häufchen von "Extremisten" seien.

3. Der BUU/Hamburg ist bekannt, daß es neben der AKw-Frage eine Reihe von anderen Problemen gibt, an denen sich ein wachsender Protest und eine wachsende Gegnerschaft vieler Menschen gegen die Politik der herrschenden Parteien entwickelt. Die Mehrheit der Mitglieder in der BUU/Hamburg hat sich darum dafür ausgesprochen, daß mit anderen fortschrittlichen Initiativen, Gruppierungen, Vertretungen usw. in Verbindung getreten wird, um deren Meinung zu den Bürgerschaftswahlen zu erfahren und die Möglichkeit eines gemeinsamen aktiven Eingreifens in diese Wahlen zu prüfen. Von verschiedenen Bürgerinitiativen wurde dazu direkt der Vorschlag gemacht, eine gemeinsame Kandidatur mit anderen fortschrittlichen Kräften in Form einer Liste "Wehrt euch" anzustreben, die außer unseren Forderungen im Kampf gegen die Atomkraftwerke auch gleichberechtigt andere Interessen und Forderungen zum Ausdruck bringt. Die BUU/Hamburg würde an ein solches gemeinsames Eingreifen keine anderen Bedingungen stellen, als die, daß die in Frage kommenden Bündnispartner mit uns den Protest gegen die Atomkraftwerke teilen und daß sie eine insgesamt fortschrittliche Grundhaltung zu gesellschaftlichen Problemen vertreten. Teilweise sind in diesem Sinne bereits erste Kontaktaufnahmen von einzelnen Bürgerinitiativen gelaufen, die verschiedentlich auch auf spontanes Interesse gestoßen sind. Alle Bürgerinitiativen und der Sprecherrat wurden vom Delegiertenplenum aufgefordert, die Anstrengungen in dieser Richtung sofort zu verstärken.

Die Diskussion auf dem Delegiertenplenum am 20.10.77 stellt noch keine endgültige Entscheidung über die genaue Art unseres Eingreifens in die Bürgerschaftswahl dar. Sie war ein erster zusammenfassender Überblick über die Diskussion, die teilweise schon wochenlang in den BIs läuft. Eine solche endgültige Entscheidung wird wesentlich davon abhängen, welche Ergebnisse die Diskussionen und Kontaktaufnahmen mit anderen Kräften außerhalb der BUU/Hamburg erbringen. Die BUU/Hamburg hat damit die Diskussion über ihr Eingreifen in die Bürgerschaftswahl in eine breitere Öffentlichkeit gestellt und ist bereit, ihre endgültige Entscheidung einem breiten Diskussionsprozeß in der Öffentlichkeit zu unterwerfen. Konkret wurde über einzelne Kontaktaufnahmen hinaus der Sprecherrat damit beauftragt, in ca. 3 Wochen eine Versammlung aller BI-Mitglieder durchzuführen, zu der öffentlich aufgerufen und Vertreter anderer fortschrittlicher Gruppierungn eingeladen werden sollen. Die öffentliche Auseindersetzung auf einer solchen Versammlung wird dann hoffentlich nicht nur die Bildung einer endgültigen Entscheidung innerhalb der BUU/Hamburg, sondern möglichst auch in anderen Kreisen beschleunigen.

Sprecherrat der BUU/Hamburg
i.A. des Delegiertenplenums vom 20.10.77
(täglich erreichbar von 17-20 Uhr, Schlüterstr. 4, 2 Hmbg. 13
Tel. 410 5673)

AKTIONEN GEGEN DIE BROKDORF-ZAHLUNGSBEFEHLE

KNAUSERN a.d. GEIZ/KASSEL
11. November

Aus den zahlreichen Reaktionen auf den Versuch des schleswig-holsteinischen Innenministeriums, die Kosten des Polizeieinsatzes anläßlich der Räumung des Anti-Atom-Dorfes Brokdorf den Geräumten aufzubürden, bringen wir zwei Beispiele: einen offenen Brief und einen Aufruf des Kasseler Anti-Atom-Büros.

Offener Brief

Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Brokdorf am 9.8.1977

An die
Landespolizei Schleswig-Holstein
Polizeidirektion
— Wirtschaftsverwaltungsstelle —
Große Paaschburg 66

2210 Itzehoe

Sehr geehrte Menschen!

Aus Zeitungsmeldungen habe ich erfahren, daß Sie 21 von über 100 Bewohnern des o.a. Anti-Atom-Dorfes, die versuchten, ihr Grundrecht auf Leben und körperliche Unversehrtheit wahrzunehmen, sogenannte "Leistungsbescheide" über je DM 5384,14 zugestellt haben. Nach meinen Berechnungen werden die Gesamtkosten der Polizei-Aktion in Höhe von DM 113067,-- nicht voll gedeckt. Als staatsgläubiger Bürger habe habe ich die Differenz in Höhe von DM -,06 (in Worten Sechs Pfennige) durch eine spontane Geldsammlung unter Freunden, Bekannten, Verwandten und Kollegen aufbringen können. Ich lege diesen Betrag diesem Schreiben bei. Ich bitte diese Summe auch als Beitrag zur Entlastung der öffentlichen Hände zu verstehen und damit auch als Beitrag zur Verringerung der Arbeitslosigkeit.

Verzeihen Sie mir zum Abschluß eine Frage, die vielleicht nur durch Unkenntnis der wirklichen Zusammenhänge entstanden ist: Da in Berlin (West) den Mitarbeitern privater Geldtransport-Firmen das Waffentragen durch die Besatzungsmächte untersagt ist, werden an Banken und ähnliche Institutionen Polizeibeamte "ausgeliehen" und zwar zum Preis von DM 10,50 je angefangene STunde incl. Maschinenpistole. Für die Aktion gegen das Anti-Atom-Dorf stellen Sie DM 17,-- in Rechnung. Die Differenz von DM 6,50 je angefangene Stunde ist allein durch Berlin-Subvetionen nicht zu erklären. Da eine Klärung der Kosten für die Grundrechts-Wahrnehmung im Interesse alle Bürger ist, bin ich für eine baldige Antwort dankbar, denn man weiß ja nie, wie lange wir die Grundrechte noch haben.

Mit der Ihnen und unserem Staat gebührenden Hochachtung!

Aufruf zur Unterschriftensammlung

Das Kasseler Anti-Atom-Büro bittet darum, sich an einer Unterschriftenaktion gegen die Zahlungsbefehle zu beteiligen und schreibt: "Interessierte Gruppen und Initiativen sollen nach Möglichkeit die Unterschriftenliste abtippen, vervielfältigen und die ausgefüllten Listen an das Anti-Atom-Büro, Emmerichstr. 20 a, 3500 Kassel senden." Hier der Kasseler Text, den es zu unterschreiben gilt:

UNTERSCHRIFTENLISTE

Wir fordern das Innenministerium von Schleswig-Holstein und die Polizeidirektion-West in Itzehoe auf, die Forderung, von 16 ehemaligen Einwohnern des Anti-Atomdorfes Brokdorf, 5384,14 DM an Personal und Sachkosten bei der Räumung zu zahlen, unverzüglich zurückzuziehen. Das Regierungspräsidium in Hannover fordern wir auf, bei der Räumung des Anti-Atomdorfes Grohnde entstandene Kosten erst gar nicht von den Bewohnern zu verlangen.

DENN:

a) Wir bejahen dasmoralische und politische Recht von Atomenergiegegnern, mit dem Bau der Anti-Atomdörfer Brokdorf und Grohnde dazu beigetragen zu haben, die lebensgefährdenden Atomkraftwerke Brokdorf und Grohnde endgültig zu verhindern.

b) Wir halten es für unverantwortlich, mit formaljuristischen Vorwürfen, wie Verstoß gegen die Landeszeltordnung, eine politische Aktion als eine kriminelle zu behandeln.

c) Einzelne Atomgegner sollen stellvertretend für die Einwohner und Tausende von Besuchern der Anti-Atomdörfer bestraft und finanziell ruiniert werden.

d) Der Staat greift zu unterdrückenden Maßnahmen gegen Atomenergiegegner, nachdem er die existentiellen Sorgen großer Teile der Bevölkerung wegen der sogenannten friedlichen Nutzung der Atomenergie nicht mehr durch Argumente beruhigen kann und Hunderttausende von Bürgern für ihe Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit aktiv geworden sind.

NAME STRASSE UND ORT UNTERSCHRIFT

Kontakt:
Anti-Atombüro, Emmerichstr. 20a, 35oo Kassel

GROHNDE-RÄUMUNG

HANNOVER/NÜRNBERG
15. 11.77

Wie in Brokforf (ID 2o3) werden auch jetzt anläßlich der Räumung des Anti-Atom-Dorfes in Grohnde Zahlungsbefehle an die Besetzer versand. Die Leute, die so eine Rechnung bekommen, sollen nicht in Panik geraten, sondern sich zuerst mal an den Ermittlungsausschuß Hannover wenden.

Ermittlungsausschuß
Klaus Mertsching
Theodor-Krüger-Str. 10
3000 Hannover 1
Tel.: 0511/ 14605

GROHNDE-PROZESS IN HAMELN

Nürnberg
17.November 77

Der erste Grohnde-Prozeß beginnt am 22.November in Hameln gegen Linda aus Bremen. Sie soll einem Polzisten gegen das Schienenbein getreten haben.
Damit nicht nur im Norden zu dieser wichtigen Sache etwas passiert, will die Nürnberger Initiative gegen AKW's (NIGA) auch in Bayern 'Öffentlichkeit' schaffen. Wer die Nürnberger da unterstützen will, wende sich an:

WALTRAUD STADELMANN
ROONSTRASSE 1
8500 NÜRNBERG, TEL: 26 04 09

SECHSJAHRESFEST DES RAUCHHAUSES: KAMPAGNE FÜR DIE SELBSTVERWALTUNG

WESTBERLIN 14. November

Vom Rauchhaus-Kollektiv:

Am 9./10. Dezember 1977 steigt im Rauchhaus wieder ein großes Fest – ähnlich dem im letzten Jahr. Aktueller Anlaß ist nicht nur die Tatsache, daß das Rauchhaus sechs Jahre alt wird, sondern auch die, daß wie im "Offenen Brief" erwähnt – am 31. Januar 78 unsere Nutzungsvereinbarung mit dem Senat abläuft.
Dieser Vertrag ist fünf Jahre alt geworden – wir aber leben hier schon seit sechs Jahren in Selbstverwaltung!

Der Nutzungsvertrag ist nur ein Glied in einer Kette von Versuchen des Senats und des Bezirksamtes, unsere Selbstverwaltung auszuhöhlen.

- Am Anfang versuchte der Senat, uns zu kaufen, indem er dem Kollektiv monatlich bis zu 20.000 DM in Form von Lebensmittel- und Kleidergutscheinen überwies. Es war klar, daß angesichts dieser "Unterstützung" die Gefahr drohte, in die finanzielle und damit auch in die politische Abhängigkeit des SPD-Senats zu geraten. Doch es gab noch viele laute Diskussionen über die Konsequenzen im Kollektiv, ehe sich die Einsicht durchsetzte, arbeiten zu gehen, um nicht mehr auf die "Spenden" irgendwelcher "Gönner" angewiesen zu sein.
- Dann versuchte der Senat, uns über die Sozialarbeiter (deren Hilfe in den ersten Monaten nach der Besetzung dringend benötigt wurde) zu kontrollieren. Er wollte uns einen Vertrag aufzwingen, der uns u.a. die Aufsichtspflicht im Haus durch in seinem Sold stehende Sozialarbeiter vorschrieb. Doch trotz Androhung der Räumung mißlang dem Senat auch dieser Versuch; das Kollektiv verweigerte solange seine Unterschrift, bis dieser Paragraph aus dem Vertrag gestrichen wurde.
- Was ihm mit der Bestechung und den Sozialarbeitern nicht gelang, versuchte der Senat zuletzt ständig mit anderen Paragraphen des jetzt auslaufenden Nutzungsvertrages zu erreichen. Dabei sind ihm Klauseln, die uns vorschreiben, alljährlich eine Dokumentation anzufertigen und eine bestimmte Altersgrenze (sowohl nach oben als auch nach unten) im Kollektiv einzuhalten, als Mittel zur Kontrolle und Schikane höchst willkommen gewesen.
- Wie ihr aus dem "Offenen Brief" entnehmen könnt, fordern wir – das Rauchhaus – die Streichung speziell dieser beiden Punkte in einer neuen Vereinbarung. Uns ist jedoch klar, daß wir allein – also 30 bis 50 Schüler, Lehrlinge und Jungarbeiter des Rauchhauses – nichts ausrichten können. Wir müssen – wie beim al ten Nutzungsvertrag – Öffentlichkeit schaffen und versuchen, wenigstens einen Teil der Bevölkerung für unseren Kampf zu mobilisieren. Deshalb:

Unser Fest am 9./10. Dezember steht ganz im Zeichen unserer Kampagne für die Selbstverwaltung!

Das bedeutet aber nicht, daß wir euch nur als Zuschauer bzw. -hörer einladen. Im Gegenteil: ihr habt – wie beim 5-Jahres-Fest 1976 – auch diesmal die Gelegenheit, falls ihr etwas von Euch zu berichten habt, dies auf dem Fest publik zu machen – sei es durch Bücher, Zeitschriften, auf Wandzeitungen oder mit Redebeiträgen und anschließender Diskussion.

Was läuft sonst während der zwei Tage?

Es werden Filme gezeigt (darunter auch der Rauchhaus-Film), es wird Musik aus der Konserve und live von Musikgruppen geboten, wahrscheinlich tritt ein Kabarett auf, und außerdem gibt's bestimmt 'ne Menge zu erzählen. Dazu – spottbillige Schmalzstullen, Bier und andere Getränke und viel Spaß.

Wir erwarten euch auf dem 6-Jahres-Fest des Rauchhaus-Kollektivs!

PS: Für die Gäste aus Westdeutschland – wir haben Räume im Haus für euch zum Pennen zur Verfügung - vergeßt bitte nicht euren Schlafsack oder ähnliches mitzubringen!
Für die Gäste aus Westberlin – falls ihr plant, einen Beitrag von euch auf dem Fest zu veröffentlichen, kommt bitte am Sonnabend, den 3.12.77 um 14 Uhr, ins Rauchhaus, damit wir alles in Ruhe koordinieren können.

OFFENER BRIEF des Rauchhauses an den "Senator für Familie, Jugend und Sport" an das Bezirksamt Kreuzberg

"Am 31. Januar 1978 läuft unser Nutzungsvertrag mit euch – dem Senat und dem Bezirksamt Kreuzberg – ab.

Nachdem wir das Haus vor 6 Jahren besetzt hatten, leben wir hier in Selbstverwaltung, das heißt:
—Wir bestimmen selbst, was hier läuft!
— Wir lassen uns nicht von euch durch Sozialarbeiter oder Heimleiter kontrollieren!

Trotzdem versucht ihr ständig, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Was euch mit den Sozialarbeitern nicht gelang, wollt ihr nun mit dem Nutzungsvertrag erreichen – die Kontrolle über unser Kollektiv.
In seinem Inhalt ist der Vertrag nur ein Fetzen Papier – ... für euch,

- weil das kein Vertrag zwischen Gleichberechtigten ist; denn während ihr jederzeit das einzige Druckmittel – nämlich die Kündigung des Vertrages – benutzen könnt, ohne daß es an eure Existenz geht, schneiden wir uns ins eigene Fleisch, wenn wir davon Gebrauch machen;
- da ihr mit diesem Wisch sowieso nur im Sinn habt, unserer "illegalen" Besetzung einen "legalen" Anstrich zu geben und uns zu eurem "projekt" zu machen;
- weil ihr Zugeständnisse, die ihr uns im Nutzungsvertrag scheinheilig zugesagt habt, sowieso nicht eingehalten habt;

... aber auch für uns,

- weil wir euch nicht trauen und wissen, daß ihr uns – wenn wir euch zu unbequem werden - trotz Vertrag auf die Straße zu setzen versucht;
- da wir uns, auch wenn wir diesen Vertrag unterschrieben haben, nicht nach ihm richten werden, sobald er von euch als ein Mittel der Kontrolle über uns benutzt wird.

Was also spricht für eine neue Nutzungsvereinbarung? Ihr werdet bemerkt haben, daß wir die Auseinandersetzung mit euch nicht mehr im stillen Kämmerlein führen, sondern offen austragen. So gibt uns ein neuer Nutzungsvertrag dann auch die Möglichkeit, eure „Vertragstreue" in der Öffentlichkeit zu beweisen. Ihr könnt also in Zukunft damit rechnen, daß eure Betrugsversuche nicht allein vom Rauchhaus-Kollektiv registriert werden, sondern auch von einem breiteren, durch uns in Kenntnis gesetzten Teil der Bevölkerung.

Bevor wir mit euch eine neue Vereinbarung treffen, müssen folgende Punkte klar sein:

- Uns stört es, daß ihr bestimmen wollt, wann wir eine Dokumentation anzufertigen haben. Denn wir sind zwar rechenschaftspflichtig – aber nicht euch, sondern der Bevölkerung gegenüber! Daher hat solch eine Bestimmung nichts in einem neuen Vertrag zu suchen!
- Wir denken nicht daran, euch das Recht einzuräumen, zu bestimmen, wer bei uns wohnen darf und wie alt die Leute zu sein haben. Nicht ihr, sondern wir entscheiden, wer in unserem Kollektiv aufgenommen wird! Ihr könnt also in einem neuen Vertrag die Altersbestimmung getrost uns überlassen.
- Uns stinkt es, daß rings um unser Haus Zäune hochgezogen werden, gebuddelt und gebaut wird, ohne daß wir gefragt werden.
- Wir sehen es nicht ein, daß wir Leuten von der Trebe, die im Haus aufgenommenwerden, die Klamotten, Monatsfahrkarten, Taschengelder usw. bezahlen müssen, nur weil sie vom Amt oft monatelang keinen Pfennig erhalten. Deshalb for-

dern wir für jeden aufgenommenen Trebegänger Überbrükkungsgeld vom ersten Tag seiner Aufnahme an!

— Uns stinkt es, daß wir die durch die Bullenrazzia nach der Lorenz-Entführung entstandenen Schäden im Haus größtenteils selber finanzieren mußten. Wir erinnern euch an eure Versprechungen auf den Kooperationsrunden, wo ihr uns Renovierungsgelder zugesagt habt. Deshalb erwarten wir, daß ihr in einem neuen Vertrag verbindliche Zusagen hinsichtlich eurer Pflichten als "Hauseigentümer" macht!

Wir fordern euch auf, zu den eben aufgezählten Punkten auf einer Kooperationsrunde Stellung zu nehmen!

Wir lassen uns nicht von euch auf die Straße setzen!

Hände weg vom Rauchhaus!"

DOKUMENTATION ZU DEN VORFÄLLEN IN EINEM BREMER MÄDCHENHEIM

BREMEN
1[illegible] November

Die Frauenaktionseinheit Bremen hat eine Dokumentation zum Fall Isenbergheim herausgegeben. Im folgenden drucken wir das Vorwort dieser Dokumentation ab, die über

Brigitte Möller
Helgolanderstr. 73
28 Bremen 1

für 1 DM bei Einzelbestellungen + 0,70 DM Porto zu bestellen ist:

"Das Isenbergheim ist eine kirchliche Einrichtung der Inneren Mission für sog. 'schwer erziehbare Mädchen'. Es steht in Bremen-Neustadt in der Kornstraße. Die Heimleitung arbeitet Hand in Hand mit dem Bremer Landesjugendamt, welches auch die Mädchen ("Fälle") in das Heim einweist. Dort sollen die Mädchen laut § 1 JWG (Jugendwohlfahrtsgesetz) zur „sittlichen Persönlichkeit" herangezogen und "zu politischer Verantwortung, als selbständige und verantwortliche Menschen" vorbereitet werden.

Durch eine Pressekonferenz am 13.9.77, initiiert durch den Sozialarbeiter Peter Brosch, wurden dann erstmals skandalöse Z[illegible]ände im Isenbergheim an die Öffentlichkeit gebracht. Dieser S[illegible]ritt war nötig geworden, nachdem das Bremer Jugendamt, mehfach von Peter Brosch über die Zustände im Heim informiert, es nicht für nötig gehalten hatte, einzugreifen.

Durch die Pressekonferenz ausgelöst, begann eine ausführliche Berichterstattung in der Presse, die hauptsächlich die Todesfälle von S. Blanke und ihrem Kind in den Mittelpunkt stellte. Unserer Meinung nach geht es um mehr: Wir müssen die unmenschlichen Unterdrückungsmethoden und unhaltbaren Zustände in diesem Heim, die traurigerweise erst durch das Bekanntwerden der Todesfälle an das Licht der Öffentlichkeit gekommen sind, angreifen, denn sie sind es, die tagtäglich neues Elend produzieren und diese Verhältnisse sind auch die Ursache dafür, daß es überhaupt zu diesen Todesfällen kommen konnte.

Die verantworichen Institutionen, die Innere Mission und das Bremer Landesjugendamt,fanden auch nach den schweren Anschuldigungen nichts Verbesserungswürdiges im Isenbergheim, im Gegenteil, sie reagierten mit fristloser Kündigung und einstweiliger Verfügung gegen Peter Brosch und rechtfertigen ihr Verhalten. Wie vereinbart sich dieser Anspruch "christlicher Nächstenliebe" mit einem derartig brutalen Zynismus, muß sich da jeder fragen? !

Wir sind eine Frauenaktionseinheit und haben die Initiative ergriffen, in Zusammenarbeit mit allen interessierten Gruppen und Personen die Öffentlichkeit auf die Vorfälle im Isenbergheim aufmerksam zu machen mit dem Ziel, eine breite Front von Empörung und Protesten gegen die verantwortlichen Institutionen und Personen zu entwickeln, um so eine Veränderung der Verhältnisse im Isenbergheim zu erreichen. Dazu ist es notwendig, möglichst umfassend Informationen über die Zustände im Isenbergheim zu veröffentlichen, gerade weil auch zu erwarten ist, daß die Presse, nachdem ihr "Sensationshunger" gestillt ist, bald nichts mehr über das Isenbergheim schreiben wird. Wir wollen kein Gras darüber wachsen lassen!"

BEWÄHRUNG SOLL WIDERRUFEN WERDEN

München
17. November 1977

Margit Czenki, Mitarbeiterin beim Münchner BLATT und außerdem noch in einem Schülerladen tätig, war 1971 wegen Bankraubs zusammen mit Rolf Heissler und Roland Otto zu 6 1/2 Jahren verurteilt worden. Nachdem sie 4 1/2 Jahre abgesessen hatte, wurde sie vor 2 Jahren auf Bewährung entlassen.
Da es dem LKA während dieser Zeit nicht gelungen ist, sie wieder in den Untergrund zu treiben, hat jetzt die Staatsanwaltschaft den Antrag gestellt, ihr die Bewährung zu widerrufen.
Begründet wurde der Antrag u.a. damit, daß es in dem laufenden Verfahren gegen sie wegen Beleidigung, Widerstand, Körperverletzung, versuchter Gefangenenbefreiung ganz sicher zu einer Verurteilung kommen werde, da die Beweislage aufgrund der Aussagen von 10 Polizeibeamten eindeutig sei.
Die Urteile der letzten Zeit lassen diesen Schluß auch ohne weiteres zu. Die 35 Entlastungszeugen dürften wohl nicht ins Gewicht fallen.

DAGEGENLEBEN ist das einzige was ich und sicher viele andere, die aus dem Knast raus sind, machen kann.
Leben GEGEN Hausdurchsuchungen in unserer Wohnung, in dem Schülerladen, in dem ich arbeite, in den Wohnungen von Freunden, meiner Mutter. Leben GEGEN die Kündigung des Jobs – weil zivile Herren da waren und Druck ausgeübt hatten. Leben gegen die Wohnungskündigung für uns alle: "..... da es sich hierbei um eine kriminelle Person (sog. Bank-Lady) mit Bewährung handelt, sehen wir uns gezwungen, mit Rücksicht auf die anderen Hausbewohner und das nebenan befindliche Hotel, den sofortigen Auszug zu verlangen ... Wir bedauern im Hinblick auf die letzten Gewaltverbrechen in der BRD nicht anders handeln zu können. Eine Solidarisierung durch Vermietung von Räumlichkeiten ist dem Hauseigentümer, uns und anderen Hausbewohnern nicht zumutbar ..." leben GEGEN die ständige aufsässige, offene oder versteckte Bewachung, gegen Nachfragen und Überprüfungen bei Nachbarn, Hausmeistern, bei der Dienststelle meiner Mutter (möglichst mit der MP im Anschlag), bei ihr selbst und bei ihrem Bekanntenkreis, gegen neue Ermittlungsverfahren für Sachen, die vor nunmehr 7 Jahren gelaufen und noch immer unaufgeklärt sind, oder neue völlig aus der Luft gegriffene Beschuldigungen.
Dazu kommen unmotiviert ausschauende Festnahmen und Knast in der Schweiz und in Griechenland mit anschließender Abschiebung. Die Presse wärmt immer wieder alte Kamellen auf und verlutbart Vermutungen eines Staatsanwalts über mich. Der Bewährungshelfer wird mir gegen seinen Willen unüblicherweise entzogen.
Leben GEGEN ständigen Terror also, wo die Häufung von Maßnahmen, Vorfällen den permanenten Druck ausmacht, der mich in den Untergrund treiben soll, oder mich zu einem total angepaßten Vegetieren bringen soll, in einer anderen Stadt, ohne meine Freunde, möglichst mit Mann und Kind, ohne politische Identität und am besten ohne auch nur noch einen Funken Zivilcourage.

Da nichts davon geklappt hat, soll ich jetzt zurück in den Knast. Begründet wurde der Antrag auf Bewährungswiderruf 1. mit meiner Verurteilung wegen dem Kleben von Plakaten für die Theatergruppe "Rote Rüben", 2. mit meinem formalen Verhältnis zum Bewährungshelfer, 3. mit einem laufenden Verfahren, wo es bis jetzt erst die Anklageschrift gibt. *(Während einer 5tägigen offenen Tag+Nacht-Überwachung im Mai 77 protestierten die Betroffenen vorm Amtsgericht München gegen diesen Terror. Provoziert durch eine willkürliche Festnahme der Polizei, kam es zu Schlägereien, 5 Leute wurden festgenommen und haben ein Verfahren wegen Widerstand, Beleidigung, Körperverletzung, versuchte Gefangenenbefreiung, Vortäuschung einer Straftat. Als Margit schon festgenommen war, wurde noch der Polizeihund Cäsar auf sie gehetzt, der ihr 2 Verletzungen beibrachte.)*

Bis ich die Restzeit abgesessen habe, vielleicht noch eine neue Strafe dazu, ist vermutlich die Sicherheitsverwahrung durch – von der Möglichkeit, eine neue U-Haft gleich an die alte Strafe zu setzen, wird ja schon jetzt üppig Gebrauch gemacht. Ich fürchte, wenn ich jetzt rein gehe, komme ich nimmer raus.
Ich will aber weiter im BLATT arbeiten, im Schülerladen, will meinen Frauen-Knast-Film machen und mein Buch darüber zu Ende schreiben.

Margit Czenki

" ... DA NICHT AUSGESCHLOSSEN WERDEN KANN, DASS SIE ERNEUT POLIZEILICH IN ERSCHEINUNG TRETEN WERDEN ... "

MÜNCHEN
12. November

Auf den Versuch einer Münchner Genossin, erkennungsdienstliche Unterlagen von ihr vernichten zu lassen, reagierte das bayerische Landeskriminalamt mit folgendem Bescheid:

"Sehr geehrte Frau Kopp,
Ihrem Antrag, die von Ihnen am 12.4.77 beim Polizeipräsidium München gefertigten ed-Unterlagen zu vernichten, kann nicht entsprochen werden.

BEGRÜNDUNG:

I. Am 12.4.1977 wurden Sie beim Polizeipräsidium München wegen des Verdachts der Verunglimpfung des Staates ed-behandelt. Das gegen Sie eingeleitete Ermittlungsverfahren wurde von der Staatsanwaltschaft beim Landgericht München I gem. § 170/II StPO eingestellt, Az. 115 Js 3833/77.

II. Ihr Antrag war abzulehnen, da die weitere Aufbewahrung der ed-Unterlagen rechtens ist.

Das gegen Sie eingeleitete Ermittlungsverfahren ist nach § 170/II StPO eingestellt worden. Ihnen konnte nicht mit einer zur Verurteilung ausreichenden Sicherheit nachgewiesen werden, daß Sie Täter oder Teilnehmer der in Rede stehenden Straftat waren. Trotz dieser Einstellung blieb aber ein diesbezüglicher Verdacht bestehen. Die Fertigung der ed-Unterlagen selbst war gerechtfertigt, da sie nicht willkürlich vorgenommen worden ist, sondern weil Sie Beschuldigter nach § 81 StPO waren.

Die weitere Aufbewahrung der von Ihnen gefertigten ed-Unterlagen ist gerechtfertigt, da in naher Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann, daß Sie erneut polizeilich in Erscheinung treten werden und somit die von Ihnen gefertigten ed-Unterlagen für die polizeiliche Ermittlungstätigkeit von Bedeutung sein könnten.

Das öffentliche Interesse an der Aufbewahrung dieser Unterlagen geht Ihrem Interesse an der Vernichtung vor (vgl. hierzu auch Urt. des VGH Mannheim vom 13.21973, Az. I 807/72).

Da aus präventiv-polizeilicher Sicht die weitere Aufbewahrung erforderlich ist, um die Bekämpfung zukünftiger Straftaten im Interesse eines wirksamen Schutzes der Allgemeinheit zu erleichtern, wird Ihr Persönlichkeitsrecht durch die weitere Aufbewahrung nicht wesentlich beeinträchtigt ..."

(Es folgt eine Rechtsbehelfsbelehrung).

AUFRUF ZU EINEM TRIBUNAL ÜBER DIE "WEHRSPORTGRUPPE HOFFMANN"

NÜRNBERG
10. NOVEMBER

Am 4.12.76 fand eine Veranstaltung des „Hochschulrings Tübinger Studenten" zum Thema Rhodesien statt, bei der es von seiten der faschistischen Gruppen, besonders der „Wehrsportgruppe Hoffmann" zu brutalen Angriffen auf antifaschistische Demonstranten kam. Es folgte ein Prozeß gegen 12 faschistische Schläger und 3 Antifaschisten (siehe ID 194, 195, 197). Die „Antifaschistische Aktionseinheit gegen die 'Wehrsportgruppe Hoffmann' " macht folgenden Aufruf:

„Anläßlich des Tübinger-Prozesses gegen Hoffmann, die „Wehrsportgruppe" und den rechtsradikalen „Hochschulring Tübinger Studenten" wegen schweren Landfriedensbruch wollen wir von der Aktionseinheit die Öffentlichkeit über unsere anstehenden Pläne unterrichten.

In Heroldsberg bei Nürnberg gibt es eine der militantesten Faschistenbanden der BRD. Die 'Wehrsportgruppe Hoffmann', denen der Totenkopf als Leitmotiv und Uniformzeichen gilt, treibt nicht nur in Nürnberg ihr Unwesen. In Tübingen hatte diese 'Wehrsportgruppe' ihren bisher brutalsten Einsatz gegen demonstrierende Antifaschisten. Mit Totschlägern und Karate-Waffen wurden Demonstranten krankenhausreif geschlagen. Neben Waffen und Panzerfahrzeugen (mit Totenkopf und Tarnfarbe), mit denen sich Hoffmann auf den „Ernstfall" vorbereitet, wird seine politische Arbeit durch seine Aussprüche („Hitler ist ein genialer Mensch") deutlich. Hoffmann selbst versucht den Eindruck zu erwecken, er wäre völlig unpolitisch und nur „wehr"-sportlich tätig. Die Tatsachen sprechen eine andere Sprache. Nach dem Motto „Wehret den Anfängen" haben wir uns entschlossen, die Arbeit gegen diese Eisbergspitze der neuerlichen Rechtsentwicklung in der BRD aufzunehmen.

Neben einer ausführlichen Broschüre und kleineren Veranstaltungen im Nürnberger Umland haben wir am **25. November** in Nürnberg eine größere Veranstaltung geplant. In einer Art Hoffmann-Tribunal soll sowohl über seine Aktivitäten als auch den Zusammenhang zu anderen Neonazis berichtet werden. Für diese Veranstaltung brauchen wir die Unterstützung der Presse und Medien. Auch gerade die Auslandspresse muß hier unbedingt miteinbezogen werden, damit dieses Tribunal zu einem Erfolg wird. Wir haben z.Zt. Gespräche mit bekannten Antifaschisten der BRD über ihre Teilnahme an diesem Tribunal, wären aber gerade jetzt über neue Anregungen dankbar. Bei der Veranstaltung sollen die faschistischen Vorgänge der 'Hoffmann-Truppe' in Zusammenhang gestellt werden mit den geltenden Gesetzen und dem Potsdamer Abkommen und den Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozessen.

Hoffmann hinter Gitter ! Auflösung der „Wehrsportgruppe"

Kontaktadresse: Antifaschistische Aktionseinheit gegen die „Wehrsportgruppe Hoffmann", c/o L. Dicke, Postfach 150-473, 85 Nürnberg, Tel.: 0911 / 374045

Die Aktionseinheit Nürnberg setzt sich zusammen aus: Deutsche Friedensgesellschaft/Vereinigte Kriegsdienstgegner (DFG/VK), Bund deutscher Pfadfinder/Bund demokratischer Jugend (BDP/BDJ), einer SPD-Stadtteilgruppe, Teilen der Nürnberger Jusos, dem Kommunistischen Bund (KB), dem Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und mehreren Einzelpersonen."

PROZESS GEGEN NAZI-ROEDER

UELZEN
10. November

Im ID Nr. 172/173 konnte man nachlesen, was passiert war in Uelzen, als Roeder mit seinen Gesinnungsfreunden die Aufführung eines Schüler-Theaterstücks verhindern wollte, das gegen seine Gesinnung ging und Methoden der nationalsozialistischen Propaganda aufdecken wollte.

Nun müssen sich Roeder und der Fernsehtechniker D.B. vor dem Uelzer Schöffengericht verantworten. Angeklagt sind sie wegen Landfriedensbruch und Widerstand gegen die Staatsgewalt. Der erste Verhandlungstag am 3.11. diente der Beweisaufnahme. In der Meinung, daß "lebendiger Protest zum Theaterleben einfach dazugehört" (Roeder) wollte er nach Beginn der Aufführung einiges klarstellen. Daß es dabei zu "Handgreiflichkeiten" kam, streitet er und die etwas obskuren Zeugen ab. Ein vom NDR während der Aufführung gedrehter Fernsehfilm zeigt allerdings das Gegenteil. Film und Ton dienten dem Gericht als Mittel der Beweisaufnahme.

Am zweiten Verhandlungstag tauchten im Gerichtssaal plötzlich Flugblätter auf, die von der Kripo aufs heftigste eingesammelt wurden und an die Staatsanwaltschaft weitergeleitet wurden. Passagen aus dem Inhalt: "Besatzungstheorien treiben ihr Unwesen in diesem Land, Deutsche werden von herrschenden, judenhörigen Bankrottparteien gejagt."
"Demokraten, wenn ihr noch nicht genug Ärger mit den Terroristen habt, - verurteilt Manfred Röder und dann: Gnade euch Gott!"

Neben den Flugblättern wurde von der Polizei auch der Verteiler sichergestellt. Gleichzeitig stellte Roeder einen Befangenheitsantrag gegen den Richter, u.a. weil dieser über "mangelnde deutsche Gesinnung" verfüge. Das führte dazu, daß die Verhandlung erst einmal ausgesetzt wurde. Nächster Termin ist der 12.11.

Der Prozeß gegen Roeder ist ein interessantes Phänomen in Uelzen. Die "Heimatzeitung" schreibt über den Prozeß wie über einen gelungenen Scherz, nimmt Roeders Denkweise also nicht ernst, verurteilt sie aber auch nicht. Dabei sollte beachtet werden, daß die Aufführung des von Roeder gestörten Theaterstücks in der Stadt nicht wesentlich andere Reaktionen hervorgerufen hat, als die von Roeder praktizierten. Geschäftsleute standen damals vor der Alternative: Kunden oder Ankündigungsplakate im Schaufenster, die Leserbriefe in der Zeitung waren überwiegend negativ und schrieben von Geschmacklosigkeiten u.ä. Ob und wieviel heimlich Sympathie dem Roeder entgegenschlägt, weiß man nicht so recht...

AUSBILDUNGSVERBOT IST DER AUSSCHLUSS VON SÄMTLICHEN JURISTISCHEN BERUFEN

HEIDELBERG
14. November

Zu der jüngsten Berufsverbots-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat die Rechtsanwältin Liselotte Ropke (Heidelberg, Märzgasse 7) folgende Presseerklärung verfaßt:

Der 2. Senat des Bundesverfassungsgerichts hat jetzt entschieden: für Staatsfeinde keine Ausbildung!
In dem Verfahren, durch das mein Mandant, Hans Michael Empell, die Aufnahme in den juristischen Vorbereitungsdienst durchsetzen will, hat das Bundesverfassungsgericht festgelegt, daß der Staat einem Bewerber die Aufnahme in den Vorbereitungsdienst verweigern kann, wenn er
"dem Leitbild des den Grundsätzen des demokratischen und sozialen Rechtsstaats verpflichteten Juristen" nicht entspricht. Es gehe nicht an, "daß der Staat seine Hand dazu leiht, diejenigen auszubilden, die auf die Zerstörung der Verfassungsordnung ausgehen."

Das Bundesverfassungsgericht hat sich damit nicht nur in Widerspruch zum Grundgesetz gestellt, in dem das Grundrecht auf Ausbildung verankert ist, sondern auch zu einer eigenen früheren Entscheidung. Noch in seinem grundlegenden Beschluß zu den Berufsverboten (Mai 1975) hat es zwar generell die Berufsverbote für rechtmäßig erklärt, jedoch in Bezug auf den juristischen Vorbereitungsdienst die Einschränkung gemacht, daß hier Bewerber aus politischen Gründen nicht zurückgewiesen werden dürfen. Die Begründung war, daß der Staat das Ausbildungsmonopol für Juristen hat, und der Zugang zum Vorbereitungsdienst Voraussetzung ist, um überhaupt als Jurist, auch außerhalb des Staatsdienstes, z.B. als Rechtsanwalt oder in der Wirtschaft arbeiten zu können.

Was es mit dem vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten "Leitbild" auf sich hat, wird an den gegen Hans Michael Empell vorgebrachten Anschuldigungen deutlich: außer, daß er wegen Hausfriedensbruch zu einer Geldstrafe von DM 200 verurteilt worden ist, wird ihm hauptsächlich vorgeworfen, daß er an einem Offenen Brief gegen die Isolationshaft mitgewirkt und eine Schrift zu den Verteidigerausschlüssen verfaßt hat. Es geht dem Bundesverfassungsgericht somit nicht um das "Leitbild" eines rechtsstaatlichen Juristen, sondern im Gegenteil darum, daß alle Juristen den Staat, der in seinem Kampf gegen jede Opposition die rechtsstaatlichen Prinzipien wie lästigen Ballast über Bord wirft, unterstützt, also um den jederzeit staatskonformen Juristen.

Eine Verkörperung dieses "Leitbildes" ist hingegen allem Anschein nach der - nach Meinung der "Frankfurter Rundschau" - "führende Kopf" des Senats am Bundesverfassungsgericht: Prof. Willi Geiger. Unter den Nationalsozialisten war er Richter am Landgericht Bamberg, Staatsanwalt an einem politischen Sondergericht in Bamberg, bei der Ausbildung der Referendare aktiv, schließlich Verfasser einer Doktorarbeit, in der er Berufsverbote gegen Kommunisten, Juden und andere, die dem damaligen "Leitbild" nicht entsprachen, guthieß. Einen diesbezüglichen Befangenheitsantrag Empells hat das Bundesverfassungsgericht zurückgewiesen: er sei "ersichtlich nicht zu begründen".

Die jetzige Entscheidung hat über den Bereich der Juristen-Ausbildung hinaus Bedeutung. Das Ausbildungsverbot ist zugleich der Ausschluß von sämtlichen juristischen Berufen, also auch den nicht im Staatsdienst ausgeübten, und damit ein erster Schritt in die Richtung, daß der Staat generell Berufsverbot verhängt auch bei nicht-staatlichen Berufen - etwa gegen Journalisten, Ärzte, Architekten, wenn sie dem vom Staat postulierten "Leitbild" nicht entsprechen.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich für seine Entscheidung offenbar einen nach seiner Meinung günstigen Zeitpunkt ausgesucht. Hatte es zunächst das Verfahren über 2 Jahre verschleppt (seit Juni 1975), so hat es gerade jetzt - in einer Situation allgemeiner Hetze auf "Sympathisanten" - entschieden, wohl in der Erwartung, daß seine weitrechende verfassungswidrige Entscheidung in der Öffentlichkeit keinerlei Widerspruch provozieren wird.

DIE BETROFFENHEIT EINES CDU-RATSHERREN

DORTMUND 12. November — *Mitteilung der Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote:*

In seinem Schreiben vom 17.10.77 an die 87 Vertreter des Rats der Stadt Dortmund hatte der Sprecher der "Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote" Karl-Heinz Kammertöns u.a. geschrieben: „Jede persönliche Intervention bei Behörden, die Berufsverbote aussprechen, hilft einer Entwicklung entgegenzutreten, die uns alle angeht, die uns betroffen macht, weil wir betroffen sind. Einer der 87 Ratsvertreter, der bisher reagierte, zeigte sich denn auch auf seine Weise 'betroffen'. Der CDU-Ratsvertreter Norbert Leismann schrieb an Karl Heinz Kammertöns:

"Sehr geehrter Herr Kammertöns,

Sie haben völlig recht: wir sind betroffen, weil wir betroffen sind. Ich fühle mich nur von etwas anderem betroffen als Sie. Vermutlich kenne ich Sie nicht, aber mir ist Ihr Name irgendwie im Gedächtnis als "Linksanwalt" radikaler Interessen.

Berufsverbot, ist das nicht ein ähnliches Schlagwort wie Isolationsfolter? Ich möchte wetten, daß Sie auch dieses Schlagwort auf die Barrikaden bringt.

Ich habe nichts gegen einen kommunistischen Schafhirten. Nur möchte ich nicht, daß meine Kinder von radikalisierten Lehrern infiltriert und indoktriniert werden. Sie glauben doch wohl selbst nicht, daß ein Lehrer, der intime Beziehungen zur DKP oder einer der K-Gruppen unterhält, seine Gesinnung in der Schule im Rechenbuch verbirgt und unsere Kinder als demokratische Staatsbürger erzieht. Auch die Verbrecherin Gudrun Ensslin war Grundschullehrerin. Ich möchte solch einer Unperson keines meiner Kinder anvertrauen.

Was heißt denn Berufsverbot? Muß denn ein Vertreter einer veralterten und verkalkten Ideologie, die aber dennoch an Gefährlichkeit nicht verloren hat, ausgerechnet Lehrer werden. Ich sehe nicht ein, daß die potentiellen Zerstörer unseres Staates und die Verderber unserer Kinder ausgerechnet in einem satten Beamtenverhältnis von dem so geschmähten Staat gehegt und gepflegt werden sollen.

Die von Ihnen geschilderten Personen haben zweifellos genug Dreck am Stecken, daß sie als Lehrer nicht geeignet sind.

Ich bin ganz entschieden der Meinung, daß Lehrer dieser Art nicht in unsere Schulen gehören. Wenn Protest, dann Protest gegen Ihre Aktion."

Kontaktadresse:

Dortmunder Initiative gegen Berufsverbote
Karl-Heinz Kammertöns
Karl Zahn Str. 5, 46 Dortmund

BREMER CDU FORDERT BÜCHER-VERBRENNUNG

BREMEN 10. November — Das Gedicht "Die Anfrage" des antifaschistischen Schriftstellers Erich Fried (er und seine Familie wurden schon von den Nazis verfolgt, er lebt seitdem im Londoner Exil) war "Diskussionsthema" des Bremer Parlaments.

Eine Deutschlehrerin soll nach Recherchen der CDU dieses Gedicht im Deutschunterricht behandelt haben. Darauf die CDU: "Das ist eine Verherrlichung terroristischer Gewalttaten von Schülern einer neunten Klasse. Gegen die Lehrerin muß ein Disziplinarverfahren eingeleitet werden." Und weiter: "Durch solche Gedichte werde Gewalt in junge Köpfe gepflanzt."

Über das taktische Vorgehen gegen die Lehrerin kam es dann zu einem Wortgefecht zwischen den Parteien.

Als der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd Neumann, von Beruf selber Lehrer, durch einen Zwischenruf an das Schicksal des jüdischen Schriftstellers Fried erinnert wurde, erklärte er, dieses interessiere ihn nicht. Er forderte schließlich, daß solche Gedichte verbrannt werden müßten.

Erich Fried

DIE ANFRAGE

Mit Verleumdung und Unterdrückung
und Kommunistenverbot
und Todesschüssen in Notwehr
auf unbewaffnete Linke
gelang es den Herrschenden
eine Handvoll empörter Empörer
Ulrike Meinhof
Horst Mahler
und einige mehr
so weit zu treiben
daß sie den Sinn verloren
für das was in dieser Gesellschaft
verwirklichbar ist

Was weiter geschah
war eigentlich zu erwarten:
wieder Menschenjagd
wieder Todesschüsse in Notwehr
die bekannten Justizmethoden
die bekannten Zeitungsartikel
und die Urteile gegen Horst Mahler
und gegen Ulrike Meinhof

Aber Anfrage an die Justiz
betreffend die Länge der Strafen:
Wieviel Tausend Juden
muß ein Nazi ermordet haben
um heute verurteilt zu werden
zu so langer Haft?

(aus: Erich Fried "So kam ich unter die Deutschen" - Gedichte, Verlag Association GmbH Hamburg, April 1977)

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

BEIRAT DES ID:

Johannes Beck/Hochschullehrer - **Horst Bingel**/Schriftsteller - **Heiner Boehncke**/Hochschullehrer - **Dr. Hans Christoph Buch**/Schriftsteller - **Peter O. Chotjewitz**/Schriftsteller - **Dr. Robert A. Dickler**/Hochschullehrer - **Christian Geissler**/Schriftsteller - **Prof. D. Helmut Gollwitzer**/Theologe - **Holger Heide**/Hochschullehrer - **Otto Jägersberg**/Schriftsteller - **Yaak Karsunke**/Schriftsteller - **Dr. Heinar Kipphardt**/Schriftsteller - **Gisbert Lepper**/Hochschullehrer - **Helga M. Novak**/Schriftstellerin - **Jürgen Roth**/Schriftsteller - **Volker Schlöndorf**/Regisseur - **Erwin Sylvanus**/Schriftsteller - **Dr. Klaus Wagenbach**/Verleger - **Gerhard Zwerenz**/Schriftsteller

HUNGERSTREIK AM 14. 11. IN DER MENSA DER TH AACHEN

Aachen,
November 77

Aus Aachen erreichte uns folgende Presseerklärung der „Conföderation iranischer Studenten" (CISNU):

Der Iran, der für Millionen Arbeiter, Bauern , Studenten, Lehrer, Künstler, Geistliche, Schüler usw. zu einem Konzentrationslager geworden ist, ist für die Minderheit der internationalen Konzernherrn und der einheimischen Kapital- und Gutsbesitzer ein Paradies der Ruhe und Ordnung. Dieses Paradies darf nicht durch freie Meinungsäßerung, Pressefreiheit, gewerkschaftliche Betätigung.......usw. gestört werden.

Wenn dieses Paradies des internationalen Kapitals gestört würde, dann wäre der Iran nicht mher eines der „stabilsten Länder der freien Welt", wie Dregger A., der hervorragende Interessenvertreter der deutschen Konzerne und „Menschenrechtsverfechter", feststellte.

Die Folgen der „guten Profitmöglichkeiten" im Iran, wie sie der Schah den Kapitalbesitzern versprochen hat, ist trotz der Milliarden von Öleinnahmen für die iranischen Völker ein Leben voll Elend und Armut.

Diese Armut sowie die brutale Unterdrückung der iranischen Völker verschärft naturgemäß die sozialen Konflikte und verursacht ständige Unzufriedenheit, die sich in Demonstrationen, Streiks, Aufständen und auch – seit Jahren – im bewaffneten Kampf gegen das Regime ausdrücken. Dieser Kampf der iranischen Völker gegen das Schah-Regime gefährdet natürlich die „Sicherheit und Stabilität", die von den Imperialisten im Iran und am persischen Golf verlangt wird.

Wer sich gegen diese Unterdrückung wehrt, wird hingerichtet oder eingekerkert. Es vergeht kein Tag, ohne daß das Regime nicht einen Oppositionellen ermordet, der sich für Freiheit und Unabhängigkeit des Iran eingesetzt hat..

Das wichtigste Instrument der Unterdrückung ist neben Armee, Polizei und faschistischer „Einheitspartei" die iranische Gestapo SAVAK, die seit 1957 auch mit dem deutschen Verfassungsschutz zusammenarbeitet. Die iranische Gestapo erschießt in letzter Zeit häufiger die Oppositionellen in ihren Wohnhäusern oder foltert sie zu Tode, um sie dann als auf „der Flucht erschossen" oder „Bei einer Schiesserei umgekommen" zu melden. Nicht einmal vor Kindern der Oppositionellen macht der faschistische Terror halt. Oft werden bei den Überfällen auf die Wohnungen der Oppositionellen deren Kinder miterschossen!

Die SAVAK, die das gesamte Terorr- und Foltersystem im Iran leitet, behandelt die politischen Gefangenen in den Gefängnissen des Schah genau wie die Gestapo ihre Gefangenen im Nazi-Deutschland. In den iranischen Gefängnissen sitzen nach Angaben von Amnesty International 100 000 politische Gefangene. Sie werden verschiedenen Folterarten unterzogen. Die Folter soll den Willen der Gefangenen brechen, das Bewußtsein der Gefangenen zerstören, die menschliche Würde der Gefangenen vernichten.

Die Aktionen der CISNU in der ganzen Welt richten sich gegen die imperialistische Gewalt und den faschistischen Terror im Iran, welcher ein ganzes Volk terrorisiert und 100 000 Menschen allmählich zu Tode foltert.

Unser HUNGERSTREIK, der am 14. 11. 77 beginnt, soll unseren Protest gegen diese barabarische und kriminelle Unterdrückung in den iranischen Gefängnissen zum Ausdruck bringen.

Unsere Forderungen lauten:

1. Die Entsendung einer neutralen medizinisch-juristischen Delegation in den Iran, um die Lage der politischen Geangenen im Iran zu untersuchen und der Öffentlichkeit einen Bericht zu geben.
2. Diese Delegation muß sich über die Lage der folgenden Personen informieren:
   - Frau Fatemeh Saidi -Schayegan - Frau Shirin Moazed- Frau Nahid Djallalzadeh - Frau Simin Salehi - Fariborz Sandjari - Schokorollah Paknedjad - Geistlicher Taleghani- Lotfollah Maissami - Naser Kachssaz - Ssafar Ghahremani - Hossein Rezai.

Wir fordern alle Demokraten in der BRD auf, uns bei der Durchsetzung dieser Forderungen zu unterstützen. Gleichzeitig führen wir eine Spendenaktion durch zur Finanzierung der Reise der Delegation in den Iran sowie Unterstützung der Familien politischer Gefangenen.

für den ASTA der RWTH Aachen: B.Kempf
Vorstand der CISNU
Frankfurt

Informations Bibliographie—Bibliographie Information

Verlag Assoziation, Hamburg

* Die sechzehn Erschossenen; Unbekannte Aufsätze (II) von Victor Serge; 7,50. Erstmals erschienen 1936, über die stalinistischen Säuberungsprozesse in der Sowjetunion.
* Victor Serges 'Erinnerungen eines Revolutionärs 1901 - 1941' ,18,00 ist in dritter Auflage neu bei Assoziation erschienen.
* Handbuch der Lebenskunst für die jungen Generationen; Raoul Vaneigem; 20,00. 1967 geschriebene Aufforderung zur ständigen individuellen Befreiung. Situationistisches Lehrbuch.
* Untersuchung über die Natur und die Ursachen des Elends der Menschen. Jean-Pierre Voyer; 12,00. Kurz und deutlich: die Stimme des Neo - Situationismus.
* Reihe Politische Ökologie: Folge 11: Umwelt Sch(m)utz; Holger Strohm 9,00 . Reprint der Ausgabe von 1972.
  Folge 12: Gen Manipulation und Drogenmißbrauch; Hrsg. Holger Strohm, 11,Oo. Die Gefahren der 'Menschenzucht' aus den Laborretorten unserer KKW - Kultur.

Männerkalender 78

* Ist nun auch da. Männer aller Strömungen der Bewegung widersprechen sich ständig. Das wirft Falten, die nicht ausgebügelt werden. Dazu Informationen, Adressen, Geschichten. 7,00

AG gegen AKWs am Fachbereich Medizin, Hamburg

* Gesundheit oder Atomkraft. Medizinische Argumente gegen Atomkraftwerke. Versuch einer verständlichen Darstellung. Wie wirkt die im Normalbetrieb aus AKWs entweichende Strahlung auf den menschlichen Körper, warum ist die Bundesärztekammer für AKWs? 1,50 an I. Möller, Krayenkamp 9, 2000 Hamburg 11.

April Records jetzt: Schneeball

* Seit anderthalb Jahren gibt es APRIL Records - Musik im Vertrieb der Musiker - jetzt auf einmal merkt der Plattenmammut CBS, daß ein Musikverlag gleichen Namens im amerikanischen Konzerndschungel existiert und verklagt die Vertriebs Selbstorganisation der Musiker. Der juristische Streit bringt in diesen Gefilden nichts ein. Drum: was bislang April hieß heißt künftig SCHNEEBALL. Merkts euch.

Das Nebelhorn, Berlin

* Gibt es noch gar nicht, kündigt aberseine Entstehung wie folgt an: Seit längerer Zeit spukt uns eine Idee im Kopfe herum.Jetzt hat sie sich selbstständig gemacht. Anfang nächsten Jahres erscheint hier in Berlin das NEBLHORN - Zeitschrift für Literatur, Graphik& Kritik im Alternativverlag. Geschaffen als undogmatisches Forum für junge Autoren, wollen wie die Literatur wieder ein wenig auf den Boden der Tatsachen zurückholen.Der subversive Humor soll indes nicht zu kurz kommen. Das Nebelhorn versteht sich als non-profit Alternativzeitschrift, kann keine Honorare zahlen, wird aber auch nicht von Dr. Oetker & Co finanziert. Kontakte und Manuskripte (mit Rückporto) an; Nebelhorn, c/o Ronald Glomb, bei Zeunert, Liebenowzeile 28, 1000 Berlin 41



(id-bilderdienst)

RUB Bochum
Inst. z. Gesch. d. Arbeiterbew.
SZD 1602

tel.07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

schweiz:
eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel.01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 57 72

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

einzelverkaufspreis
1,50 dm incl 5,5% mwst

abonnement gegen vorauskasse von 1,50 dm je heft. mindestbetrag 18 dm für 12 hefte (vierteljahr) auf **postscheckkonto 52 52 28 – 602 postscheckamt frankfurt** (blz 500 100 60) bitte **stichwörter** angeben: „neuabo", „verlängerung", „adresswechsel", außerdem die genaue adresse. noch besser die abonummer

BANANENREPUBLIK ?